

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Georg W. Strobel

Politisches System und Pluralismus in Polen

Jerzy Holzer

Polens Weg aus dem Kommunismus

Heinrich Machowski

Polens schwieriger Weg in die Marktwirtschaft

Jörg K. Hoensch

Der Normalisierungsprozeß zwischen  
der Bundesrepublik Deutschland und Polen

Hintergründe und Belastungen

B 12-13/90  
16. März 1990

Georg W. Strobel, Dr. phil., geb. 1923; o. Prof. em. für Politikwissenschaften an der TH Darmstadt, Honorarprofessor für osteuropäische Geschichte und Politik an der Universität Mainz.

Seit der ersten Veröffentlichung über Polen (Ende 1949) zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung Polens und zu den deutsch-polnischen Beziehungen.

Jerzy Holzer, Dr. phil., geb. 1930; Professor für Zeitgeschichte an der Universität Warschau.

Veröffentlichungen u. a.: Parteien und Massen. Politische Krise in Deutschland 1928—1930, Wiesbaden 1975; Solidarität. Die Geschichte einer Freien Gewerkschaft in Polen, München 1985; Osteuropa und die neue deutsche Staatenordnung, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949—1989, Bonn 1989.

Heinrich Machowski, Dr. rer. pol., geb. 1936; seit 1969 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin (West).

Neuere Veröffentlichungen u. a.: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EG- und RGW-Staaten, in: Europäische Rundschau, (1985) 3; Die Produktionsspezialisierung im RGW am Beispiel der DDR, in: Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in Osteuropa, hrsg. von H. Machowski, Berlin 1985; Grundzüge der neuen sowjetischen Außenwirtschaftspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/87.

Jörg K. Hoensch, Dr. phil., M. A., geb. 1935; Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken, Präsidiumsmitglied der deutsch-polnischen Schulbuchkommission.

Veröffentlichungen u. a.: (mit G. Nasarski) Polen — 30 Jahre Volksdemokratie, Hannover 1975; Sowjetische Osteuropapolitik 1945—1975, Kronberg 1977; Geschichte Ungarns 1867—1983, Stuttgart 1984; Geschichte Böhmens, München 1987; Geschichte Polens, Stuttgart 1990<sup>2</sup>.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1985 und 1988 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Politisches System und Pluralismus in Polen

## I. Geschichtsverständnis, Symbolik und aktuelle Politik

Am 12. September 1989 übernahm mit Tadeusz Mazowiecki zum ersten Male in der Nachkriegsgeschichte Polens ein nichtkommunistischer, katholischer Ministerpräsident die Regierung des Landes. Am 12. September 1683 schlugen die Polen unter ihrem König Johann III. Sobieski die Türken vor Wien und retteten mit ihrer letzten großen Waffentat vor dem Niedergang Polens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts das Abendland, ohne daß dieser Dienst für Europa die polnischen Teilungen verhindert hätte. Damals war es ein großer, nun ein symbolisch verpflichtender Tag.

Die polnische Gesellschaft lebt mit einem tiefverwurzelten populären, aber stereotypen Geschichtsverständnis und einem mythisierten Geschichtsbeußsein, das die eigene Geschichte heroisierend und märtyrologisch überhöht. Aus solchem Denken wurde der Messianismus im 19. Jahrhundert mit der Vorstellung, Polen leide am Kreuze Europas wie Christus für die Menschheit gelitten habe — was 1980/81 von der „Solidarität“ aufgegriffen wurde und in der Legitimation der Papstwahl Johannes Paul II. durch den Fürstprimas Wyszyński deutlich herauszuhören war<sup>1)</sup>. Ähnlich war die Vorstellung des polnischen Geschichtsphilosophen Cyprian Kamil Norwid, daß die Polen „kein sozialer Körper“, sondern alle zusammen „ein einziges Nationalbanner“ seien<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Kardinal Wyszyński legitimierte die Wahl eines Polen zum Papst mit den Worten: „Polen gebührt diese Auszeichnung zu Recht, denn Polen hat stets viel erlitten, nicht nur zur Verteidigung der Unabhängigkeit seiner Nation, sondern auch für die Kirche Christi.“ (Vgl. Der Sieg ist gekommen — es ist ein Sieg Mariens!, in: Stefan Kardinal Wyszyński, Der Primas von Polen über den Papst aus Krakau, Regensburg 1979, S. 43). Zur „messianistischen Vormauerfunktion“ der „Solidarität“ vgl. Georg W. Strobel, NSZZ „Solidarność“, Beitrag zur Analyse der Organisation und politischen Wirkung einer sozialen Sammlungsbewegung, in: Dieter Bingen (Hrsg.), Polen 1980—1984. Dauerkrise oder Stabilisierung? Strukturen und Ereignisse in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, Baden-Baden 1985, S. 87 ff.

<sup>2)</sup> Zum Gesamtkomplex des polnischen populären Geschichtsverständnisses und seiner Gestaltung durch den Messianismus des 19. Jh. vgl. Świadomość historyczna Polaków. Problemy i metody badawcze pod redakcją Jerzego Topolskiego (Das Geschichtsbeußsein der Polen. Forschungsprobleme und -Methoden), Łódź 1981. Zur Instrumentalisierung dieses Problems für Kirche und Gesellschaft, insbesondere in der neuesten Vergangenheit, vgl. Georg W. Strobel, Der Einfluß der Religion in der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Polens, Saarbrücken 1982.

Das mythisierte, heroisierend-märtyrologisierte Geschichtsverständnis besaß in Polen eben schon immer neben einer psychopolitisch begründeten Anspruchsfunktion auch eine aktuelle politische Bedeutung. In der politischen Entwicklung seit 1945 bedienten sich beide Lager, die Herrschaftsträger wie die Oppositionellen, des populären Geschichtsverständnisses als eines eigenen agitatorischen Politikaxioms<sup>3)</sup>. Mithin war es gleichermaßen Herrschaftsmittel wie Zeichen politischer Opposition. Damit wurde es aber zum Ausdruck sehr unterschiedlicher politischer Wünsche und Absichten nach innen und außen.

Die historischen Symbole stehen für aktuelle Programme und Ansichten, z. T. in der Tradition der Parteien Vorkriegspolens und des Kampfes gegen die deutsche Besatzungsmacht, und werden in ihrem politischen Gehalt von der für Symbolik außerordentlich sensiblen und darin geübten Gesellschaft verstanden. Daher werden sie von allen politischen Kräften und Strömungen mit jeweils unterschiedlichen Absichten eingesetzt: sowohl zur Diffamierung des Gegners wie zur nationalen Identifizierung.

Als Beispiele für *Wortsymbole*, die in der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Herrschaft eine Rolle spielten und die Differenzierungen innerhalb der Opposition anzeigten, wären zu nennen: Niepodległość (= staatliche Unabhängigkeit und politische Souveränität, dazu Verneinung des politischen Zustandes nach 1945), Rzeczpospolita (= res publica als Ausdruck höchsten politischen Strebens und Toleranz), Sybirak (= durch Leiden, Verbannung oder Verschleppung geadelter antirusischer Patriot), Antyk (= entschiedener bis militanter Antikommunismus), Grunwald (= Antigermanismus, Deutschfeindlichkeit), Międzymorze (= Intermarium als machtpolitische Stellung Polens zwischen Ostsee und Schwarzem Meer und polnisch dominierter ostmitteleuropäischer Föderalismus)

<sup>3)</sup> Für die kommunistische Herrschaft nach 1945 war es vor allem eine unnachsichtige, und durch Härte und das Nicht-Vergessenlassen „nationale“ Zuspitzung der deutschen Frage, die ihrer abgelehnten Herrschaft nationale Identifikation und Legitimation geben sollte. Vgl. Georg W. Strobel, Polen und die deutsche Frage, in: Günther Wagenlehner (Hrsg.), Die deutsche Frage und die internationale Sicherheit, Koblenz 1988, S. 174 ff.

und Katyń (= Inbegriff der sowjetischen Verbrechen am polnischen Volk).

Dazu kommen *Namenssymbole*, wie Adam Mickiewicz, (= größter, dazu antirussischer Dichter der Romantik, einer der Begründer des polnischen Messianismus), Józef Piłsudski (= national-aktivistisches, antirussisches Unabhängigkeitsprogramm), Roman Dmowski (= nationales, deutschlandkritisches und eher pro-russisches Programm), Wincenty Witos, Stanisław Mikołajczyk (= patriotisch-populistisches Programm mit Vorrang für Pluralismus und bäuerliche Interessen), Jerzy Popiełuszko (= Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft, auch gegen den Willen der Oberen in der eigenen Institution).

Außerdem gibt es eine Vielzahl von *Zeichensymbolen*<sup>4)</sup>. Am bekanntesten ist das Bild der Schwarzen Madonna von Tschenstochau, die 1656 durch königlichen Beschluß zur Königin der Krone Polens erhoben wurde und auch heute politisch in dieser Weise instrumentalisiert wird. Während des Kriegszustandes nach dem 13. Dezember 1981 wurde es zum offen getragenen Ersatzsymbol für den einprägsamen Schriftzug „Solidarność“. Dazu zählen weiter der eine Krone tragende Weiße Adler, das Staatssymbol des nichtkommunistischen Polens, die Madonna von Katyn mit einem durch Genickschuß gespaltenen Totenschädel im Schoß, den sie beweint, und der Hoffnungsanker, das politisch wohl aussagestärkste Symbol. Während der deutschen Besatzungszeit wurde er mit wenigen Strichen als Zeichen des Widerstandes an die Wände gemalt. In den achtziger Jahren wurde er allgemein als Oppositionssignum übernommen und später mit der „Solidarität“ – z. T. in Verbindung mit dem Kreuz – identifiziert.

Die meisten der symbolhaften Bezeichnungen waren zuerst Titel illegaler periodischer Veröffentlichungen, wurden dann zu Identifikationsmerkmalen der sich um die jeweiligen Redaktionen scharenden Gesinnungsgenossen, um letztlich zu Namen oppositioneller Organisationen zu werden. Sie werden immer noch als Identifikationsmerkmale und verbale Signale verwendet. Auf diese Weise sind sie aus dem politischen Leben Polens nicht wegzudenken.

Nach einer völligen Beseitigung und brutalen Unterdrückung bürgerlicher politischer Strömungen kamen die Träger der ersten öffentlich organisierten oppositionellen Ansätze gegen Mitte der siebziger Jahre allein aus dem linken politischen Spek-

<sup>4)</sup> Neuerdings erschien eine mit Illustrationen reich dokumentierte Arbeit zur Zeichensymbolik der Oppositionsbewegung seit 1980. Vgl. Anna Uhlig, *W kręgu symboli (Im Kreis der Symbole)*, Warschau 1989.

trum. Ihr Ziel war es, verhafteten Arbeitern und deren Familien materiell und juristisch beizustehen. Zum ersten Male zogen Arbeiter und Intellektuelle in Polen an einem Strang. Meist waren es abdriftende Mitglieder der staatstragenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), wie schon gegen Mitte der sechziger Jahre Kuroń und Modzelewski. Dazu gehörten auch radikale Linksozialisten der Vorkriegszeit, die seit 1948 in der PVAP zwangsvereinigt worden waren: der Sozialwissenschaftler Edward Lipiński oder der Sozialphilosoph Władysław Bieńkowski sowie Schüler des weltbekannten kritischen Nationalökonom Oskar Lange<sup>5)</sup>. Sie alle strebten keine grundlegende Systemänderung an, sondern einen menschlicheren Sozialismus in den alten, jedoch verbesserten und gerechteren Strukturen.

So kommt es aber, daß die ersten dissidenten Organisationen, wie das KOR (Komitet Obrony Narodowej-Komitee zur Nationalen Verteidigung) oder TKN (Towarzystwo Kursów Naukowy-Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse)<sup>6)</sup>, von enttäuschten PVAP-Mitgliedern und Linksozialisten bis Kommunisten unterschiedlichen Herkommens, darunter auch Trotzlisten, beherrscht waren. Aus dem Umfeld der Gruppierung „Erfahrung und Zukunft“ (DiP), die seit 1978 Unzufriedene aller politischen Schattierungen, darunter auch Reformkommunisten, anfangs sogar mit dem Segen aus dem ZK der PVAP vereinigte, kamen später bekannte Persönlichkeiten, wie Bronisław Geremek. Sie alle strebten anfangs aber nur die Erneuerung, aber keine grundlegende Veränderung des realsozialistischen Regimes an.

Die schon vor dieser Zeit in striktester Illegalität entstandene Oppositionsorganisation PPN (Polskie Porozumienie Niepodległościowe – Polnische Unabhängigkeitsverteidigung) vertrat im Gegensatz zu diesen eher linkssozialistisch-reformkommunistischen Oppositionsströmungen programmatisch klar definierte, auf die westlichen Demokratien ausgerichtete nichtsozialistische Vorstellungen, die sie in Polen nur illegal verbreiten konnte. Der Sender Freies Europa und die in Paris erscheinende polnische Zeitschrift „Kultura“ hatten für die Verbreitung *aller* oppositionellen Ideen in Polen eine erhebliche Bedeutung. Die „Kultura“ gilt als die

<sup>5)</sup> Vgl. hierzu Georg W. Strobel, Oskar Lange und die Reformbestrebungen in der Wirtschaftstheorie Polens, in: *Europa-Archiv*, (1959) 19–20, S. 601 ff.

<sup>6)</sup> Helga Hirsch, KOR, Frankfurt 1987; Peter Raina, *Independent Social Movements in Poland*, London 1981, S. 183 ff.; Georg W. Strobel, NSZZ „Solidarność“. Beitrag zur politischen Wirkungsanalyse einer sozialen Sammlungsbewegung, Köln 1983 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 8).

intellektuell bedeutsamste polnischsprachige Zeitschrift. Sie war ein beliebtes, unter der Hand weitergegebenes Schmuggelgut in Polen; ihre Geldsammlungen unter Emigranten, jeweils namentlich aufgelistet, halfen der Opposition in Polen sehr.

Im Gefolge dieser Geschehnisse entstand im August 1980 nach Streiks die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft „Solidarität“ (NSZZ „Solidarność“). Es war ganz natürlich, daß ihre Führungsgremien sich zu einem großen Teil aus Mitgliedern der bereits bestehenden Oppositionsgruppen rekrutierten. Damit waren sie aber zu einem erheblichen Teil linksorientiert. Das erklärt wiederum, daß die im Entstehen begriffene Gewerkschaft sich noch in ihren ersten Statutenentwürfen weder als eine politische noch als eine soziale Gegenbewegung im politischen System Polens verstand, sondern als eine parteiunabhängige Ergänzung des Gewerkschaftssystems, das sie zudem nur regional pluralisieren, aber nicht dominieren wollte. Allerdings wurde die „Solidarität“ von der gesellschaftlichen Entwicklung überrollt. Nachdem sie sich gesamtstaatlich konstituiert hatte, nahm sie die oppositionellen nichtsozialistischen bis nationalistischen Gruppen genauso unter ihrem Dach auf wie sie in ihr Beratergremium auch unabhängige Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer Herkunft einreichte<sup>7)</sup>. Das führte schon bald zu erheblichen Spannungen, und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen um Einfluß und die künftige politische Richtung der Organisation. Die „Solidarität“ wurde aber trotzdem nicht nur zu einer sozialen, sondern auch zu einer nationalen Sammlungsbewegung verschiedener politischer Strömungen.

Als nationale Sammlungsbewegung wurde die „Solidarität“ von der „polnischen Kirche“ — wie sich

die katholische Kirche Polens wegen ihrer nationalen Verpflichtung und Bedeutung selbst bezeichnet — entschieden unterstützt<sup>8)</sup>. Diese trachtete vor allem danach, die linkspolitischen Einflüsse zurückzudrängen. Das brachte aber der „Solidarität“ weitere innere Spannungen wegen angeblich unverträglicher „kirchlicher Einmischung“, die von den linksorientierten und neoliberalen Teilen der Bewegung vehement abgelehnt wurde. Schon damals hütete man sich, den Begriff „Sozialismus“ zu verwenden. Das führte zu Fehlbeurteilungen der „Solidarität“, auch in der westlichen Öffentlichkeit.

Die linksorientierten Teile der „Solidarität“ zogen sich — wenn nötig — auf die katholische Soziallehre zurück, die sie freilich sehr viel weiter auslegten als etwa Nell-Breuning. Die taktische Berufung auf die katholische Soziallehre erfolgt in der politischen Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Oppositionsgruppen bis auf den heutigen Tag. Im polnischen gesellschaftlichen Verständnis ist der Begriff „Sozialismus“ nämlich in absoluten Mißkredit geraten und sehr nah an den abgewirtschafteten und als feindselig empfundenen Begriff „Kommunismus“ gerückt, der neuerdings gelegentlich wieder in seiner doppelt pejorativen Form als „Żydokomuna“ (Judenkommune) auftaucht<sup>9)</sup>, was bezeichnend für das Anwachsen antisemitischer Stimmungen ist.

Für die Bewertung und Einordnung politischer Organisationen in Polen, die in wesentlichen Teilen ihrer Programmatik sehr eng beieinander liegen, entstehen dadurch auch heute noch große Schwierigkeiten. Für eine politische Einordnung sind dann die psychopolitisch verankerten Symbole der Organisationen und deren Traditionsbezüge weitaus hilfreicher.

## II. Die Etappen des „polnischen Weges“ zum politischen Pluralismus

An der Wiege des Durchbruchs zum politischen Pluralismus in Polen stand der Bankrott der bisherigen kommunistischen Herrschaft und ihrer Wirtschaftsreformpolitik. Er wurde aber erst dadurch ermöglicht, daß die formal noch verbotene, aber seit 1985/86 wieder in aller Öffentlichkeit wirkende Gewerkschaft „Solidarität“ die Schwächen der kommunistischen Partei- und Regierungspolitik konsequent ausnutzte und sich nunmehr weit unterschiedener als noch 1981 an staatspolitische Aufga-

ben heranwagte, wobei das einfallreiche und geschickte Taktieren ihres charismatischen, wenngleich eigenwillig-autoritären Vorsitzenden Lech Wałęsa eine wichtige Rolle spielte.

<sup>8)</sup> Vgl. G. W. Strobel (Anm. 2), S. 26 ff.

<sup>9)</sup> Neuerdings wird in Polen verbreitet, Tadeusz Mazowiecki sei Jude, unabhängig davon, daß in den früheren Oppositionskreisen und heute im Regierungsspektrum Menschen jüdischer Herkunft tätig waren und sind. Diese tradierte polnische Herabwürdigung insbesondere von Linkskreisen und besonders von Linksintellektuellen findet ihren vorläufigen Höhepunkt in der Verwendung eines vom „Żydokomuna“ abgeleiteten Signums „Żydosolidarność“ (Judensolidarität). Die Auseinandersetzungen um Macht und Einfluß in der PVAP 1968 erfolgten mit ähnlichen Argumenten. Es wäre zu überlegen, ob die Herkunft der jetzigen Anti-Regierungs- und Anti-„Solidaritäts“-Aktion mit antisemitischen Parolen der gleichen Küche entstammen könnte.

<sup>7)</sup> Vgl. die breit eingeführte Dokumentation: Georg W. Strobel, „Solidarität“ und Augenmaß: Probleme politischer Optimierung und Maximierung, in: Osteuropa, (1983), S. A 176—A 197. Zur Gesamtsituation auch: Klaus Ziemer, Polens Weg in die Krise. Eine politische Soziologie der „Ára Gierék“, Frankfurt/M. 1987.

Der Durchbruch war vor allem durch drei Ereignisse gekennzeichnet, die seit Mitte 1988 in einem spannenden politischen Poker vorbereitet worden waren<sup>10)</sup>:

— die Gespräche am sog. Runden Tisch vom 6. Februar bis 5. April 1989,

— die am Runden Tisch für Mitte Juni 1989 in zwei Etappen vereinbarten Parlamentswahlen,

— die Bildung einer Koalitionsregierung unter dem nichtkommunistischen Ministerpräsident Mazowiecki am 12. September 1989.

Diese Entwicklung vollzog sich in einem komplizierten Prozeß, der im Westen offenbar nicht ganz richtig eingeordnet wird<sup>11)</sup>. Die zwar immer noch formal illegale „Solidarität“ hielt mit der kommunistischen Regierung Kontakt und verhandelte mit ihr — gelegentlich auch indirekt durch Presseverlautbarungen — über ihre Führungsmannschaft mit unterschiedlichen Akzentsetzungen und über Lech Wałęsa, die Symbolfigur der polnischen Opposition im Westen und Gallionsfigur der „Solidarität“. Auf diese Weise konnte sie die Aktions- und Gesprächsbereitschaft genauer ausloten. Andererseits gab sie zu erkennen — erstmals durch die Schlichtung von Streiks im Frühsommer 1988 und durch wiederholte Anti-Streik-Aufrufe, die zu grimmigem Arbeiteraufbegehren, auch gegen Wałęsa führten —, daß sie von dem früheren Konfrontationskurs des Alles oder Nichts<sup>12)</sup> auf einen Kurs des Ausgleichs bzw. sogar einer Kooperation eingeschwenkt war. Offenbar hatten beide Seiten hinzugelernt. Auch die internationale Situation und Abhängigkeit hatten sich seit 1981 verändert.

<sup>10)</sup> Für den chronologischen Ablauf der Ereignisse, die Wahlgesetzbesonderheiten und die soziologische Struktur der neuen Körperschaften vgl. Klaus Ziemer, *Auf dem Weg zum Systemwandel in Polen: I. Politische Reformen und Reformversuche 1980 bis 1988*, in: Osteuropa, (1989), S. 791; II. Vom „Runden Tisch“ zur „IV. Republik“, ebd., S. 957 ff.

<sup>11)</sup> Vgl. Dieter Bingen, *Systemwandel durch Evolution: Polens schwieriger Weg in die parlamentarische Demokratie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 23/89, S. 3 ff.

<sup>12)</sup> Über die „Solidarität“ und ihre Politik liegen zahlreiche Veröffentlichungen vor, wobei unterschiedliche Sach- und Politik-Akzente gesetzt werden. Vgl. u. a. Jerzy Holzer, „Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985; Dieter Bingen, *Solidarność — eine polnische Gewerkschaft und gesellschaftliche Bewegung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29—30/82, S. 3 ff.; Bohdan A. Osadczuk-Korab, „Solidarność“ — Glanz und Elend einer Gewerkschaftsbewegung, in: Alexander Uschakov (Hrsg.), *Polen — das Ende der Erneuerung? Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur im Wandel*, München 1982; Timothy Garton Ash, *The Polish Revolution: Solidarity 1980—1982*, London 1983; Jadwiga Staniszkis, *Poland's Self-Limiting Revolution*, Princeton 1984.

Eine mittlerweile ausufernde Oppositionsszene erschwerte diesen Prozeß. Ende 1988 bestanden immerhin bereits knapp zwei Dutzend Organisationen, die in Anspruch nahmen, Parteien zu sein und ihre Legitimation aus nationalem, antikommunistischem Argumentieren schöpften. Daneben gab es noch rund 150 weitere illegale und halblegale, aber geduldete Organisationen, die sich in unterschiedlichsten Bereichen betätigten. Einzeln war jede dieser Organisationen schwach. Doch im nationalen antikommunistischen Chor waren sie lautstark und über ihre eigene, entsprechend zahlreiche Presse auch meinungsbildend. Die von ihnen ausgehende Beeinflussung der Gesellschaft sollte daher nicht unterschätzt werden, wie die späteren Wahlen zeigen sollten. Durch die organisatorische Verselbständigung vieler einst unter ihr Dach aufgenommenen Gruppen verlor die „Solidarität“ an gesellschaftlicher Zustimmung und konnte keineswegs mehr den Anspruch erheben, eine nationale oder zumindest eine soziale Sammlungsbewegung der Polen zu sein. Insofern hatten die Jahre 1982—1989 die politische Szene Polens erheblich verändert, wengleich die Persönlichkeit Lech Wałęsas, des Friedensnobelpreisträgers, nach wie vor in der ganzen Entwicklung erdrückend dominierte.

### 1. Das „Bürgerkomitee bei Lech Wałęsa“

Die politische Komponente der eigentlich als soziale Gewerkschaftsbewegung entstandenen „Solidarität“ wurde mit der Zeit immer bedeutsamer. In dieser Situation wurde Ende Dezember 1988 ein „Bürgerkomitee bei Lech Wałęsa“ (und nicht bei der „Solidarität“!) als eine Vertretung der polnischen Gesellschaft, ein Ersatz-Parlament, geschaffen. Die mehreren Dutzend Mitglieder waren nahezu ausnahmslos Intellektuelle, was in der Arbeiterschaft viel Groll und Unzufriedenheit auslöste. Die Komitee-Mitglieder wurden durch Lech Wałęsa namentlich berufen, so daß gewährleistet war, politisch gleichgesinnte Persönlichkeiten zu gewinnen. Unter den der „Solidarität“ nahestehenden Personen waren auch Laien-Mitglieder des Sozialen Beirats beim Episkopat und eine Reihe von Geistlichen, darunter auch Wałęsas Danziger Beichtvater und Berater Jankowski. Nicht beteiligt wurden hingegen Vertreter anderer Oppositionsorganisationen, die strikt antikommunistisch waren. Schon die Zusammensetzung des Gremiums signalisierte Gesprächs- bis Kooperationsbereitschaft mit der kommunistischen Regierung. Die Art der Berufung und die Zusammensetzung des „Bürgerkomitees“ löste vehemente Proteste in der übrigen Opposition aus.

Im Komitee wurden 15 Sachkommissionen geschaffen. Nach ihrer Aufgabenstellung waren sie ein

Spiegelbild des Kabinetts der Regierung. Zu ihren Vorsitzenden gehörten u. a. Mazowiecki und Gerek. Sehr bald kam für sie die Bezeichnung eines Schattenkabinetts der „Solidarität“ auf. Das „Bürgerkomitee“ übernahm die weitere Vorbereitung der Gespräche am Runden Tisch und verantwortete sie später auch.

## 2. Der Runde Tisch

Die Gespräche am Runden Tisch dauerten vom 6. Februar bis zum 5. April 1989. An ihnen nahmen mit vollem Stimmrecht Vertreter der Regierung, des offiziellen Gewerkschaftsverbandes OPZZ (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych – Gesamtpolnische Gewerkschaftsverständigung)<sup>13</sup> und der „Solidarität“ teil, im wesentlichen durch Mitglieder ihres „Bürgerkomitees“ repräsentiert. Ohne Stimmrecht beteiligten sich zwei Beobachter des Episkopats, darunter ein Bischof. Bei den Verhandlungen saßen sich mithin zwei Gesprächspartner gegenüber: eine durch die vorherige Gespräche von der Regierung konzessionierte Monopol-Opposition der „Solidarität“ – trotz des Vorhandenseins einer Reihe mittlerweile recht potenter Oppositionsorganisationen mit Parteicharakter – und Vertreter der kommunistischen Herrschaftsorgane. Das ganze Geschehen wurde von den antikommunistischen, national bis konservativ orientierten Oppositionsgruppen mit Mißfallen beobachtet. Es verstärkte ihre bisherige Ablehnung der Gespräche mit den Kommunisten, obwohl sie sich im Einzelfall darüber hinwegzusetzen bereit waren.

Am Runden Tisch wurden 14 Übereinkommen verabschiedet<sup>14</sup>. Auch die Neuzulassung, aber nicht Relegalisierung der NSZZ „Solidarność“, die Industrie- und gewerbliche Arbeiter erfaßt, und der RI „Solidarność“ (Rolników Indywidualnych „Solidarność“-Land-„Solidarität“) wurde vereinbart. Damit war die Grundlage für weitere Übereinkünfte geschaffen:

– im Juni 1989 abzuhaltende Wahlen zum Parlament, dem Sejm, und dem neu installierten, in der polnischen Verfassungsgeschichte tradierten Senat, wofür eine eigene Wahlordnung vereinbart wurde;

– Änderungen der Verfassung mit dem allgemeinen Einvernehmen, eine neue Verfassung auszuarbeiten und zu verabschieden;

<sup>13</sup> vgl. hierzu Georg W. Strobel, Gewerkschaftssystem und Arbeiterinteressen in Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/86, S. 36 f.

<sup>14</sup> Die Vereinbarungen im Wortlaut, in: Tygodnik Mazowsze. Numer Specjalny, 12. 4. 1989.

– Veränderungen im Wirtschaftsbereich, die jedoch eine allseitige wirtschaftspolitische Konzeptionslosigkeit vermuten ließen, besonders weil sie nur wenig Detail- und Wirklichkeitsnähe hatten;

– Veränderungen im Gerichts-, jedoch weit weniger im Rechtswesen;

– Bestimmungen zur Medien- und Jugendpolitik, die zwar Veränderungen ankündigten, jedoch keine schnelle Abhilfe erwarten ließen.

Durch die Ergebnisse dieser Gespräche wurde die sanktionierte Opposition der „Solidarität“ in die Verantwortung für die künftige Politik des maroden Systems eingebunden, was die Nachgiebigkeit der kommunistischen Herrschaftsträger erklären dürfte. Es konnte scheinen, daß die kommunistischen Gesprächspartner einen taktischen Erfolg davongetragen und die Opposition – durch aufkommende innere Zwietracht – noch geschwächt hätten.

Das Wahlsystem war kompliziert<sup>15</sup>: Gewählt werden sollte zum Sejm und zum Senat. Für den Sejm wurde ein Abgeordnetenproporz festgelegt. Dabei sollten die PVAP und ihre beiden Blockparteien ZSL (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe – Vereinigte Bauernpartei) und SD (Stronnictwo Demokratyczne – Demokratische Partei) 60 Prozent der Sejm-Mandate erhalten, die drei parteilosen „katholischen“ Vereinigungen 5 Prozent, 35 Prozent der Mandate sollten an jene Abgeordneten fallen, die keiner dieser Organisationen und mithin der Opposition angehörten. Sie wurden jedoch nicht ausdrücklich auf Mitglieder der konzessionierten Opposition „Solidarität“ begrenzt. Das sollte weiteren Zwist in der Oppositionsszene nähren. Für den im Anschluß an bürgerliche Verfassungstraditionen neu gebildeten Senat als Zweite Kammer, der 100 Mitglieder zählen sollte, wurde kein Mandatsproporz festgelegt. Nur in der Wahl zum Senat konnte die Bevölkerung Polens zum ersten Male überhaupt zum herrschenden Regime offen Stellung beziehen. Die Übereinkünfte sollten vier Jahre gelten. Spätere Wahlen zum Sejm sollten ohne Proporz erfolgen.

Die Form der Legalisierung der beiden „Solidaritäts“-Organisationen brachte den kommunistischen Gesprächspartnern nicht nur momentane taktische Erfolge. Sie belastet noch immer die „Solidarität“ und begünstigt ihre Spaltungen. Die „Solidarität“ hatte zunächst verlangt, re-legalisiert zu werden. Ihr Verbot sollte auf der Grundlage ihrer Zulassung und ihres Statuts von 1980 bedingungslos aufgehoben werden. Nun geschah Erstaunliches. Sie erklärte sich in den Verhandlungen ebenso wie die

<sup>15</sup> Vgl. zu den Einzelheiten K. Ziemer (Anm. 10), S. 965 f.

Land-„Solidarität“ bereit, das erst nach der Ausrufung des Kriegszustands vom 13. Dezember 1981 verabschiedete und besonders gegen sie gerichtete Gewerkschaftsgesetz zu akzeptieren, das sie bisher auch aus dem Untergrund erbittert bekämpft hatte, und auf dieser Grundlage einen neuen Antrag auf Zulassung zu stellen. In der politischen Wirklichkeit bedeutete das eine Aufgabe der bisherigen Grundsätze. Die Zulassung wurde zudem von einem anderen Personenkreis als 1980 beantragt. Wałęsa und sein Kreis veränderten auch eigenmächtig das Statut, wozu nur ein Kongreß berechtigt gewesen wäre. Durch die Rechtsangleichung verzichteten Wałęsa und seine Vertrauten auf spontane Streiks, die einzige wirksame Waffe der Arbeiter. Die Stimmung gegen Lech Wałęsa kochte daher örtlich über, so daß er einige Industrieregionen von nun an zu meiden begann.

Nicht nur in der Oppositionsszene, sondern auch unter Mitgliedern der „Solidarität“ wurde argumentiert, bei der zugelassenen „Solidarität“ handle es sich um eine völlig neue Organisation. Ihre Kontinuität beanspruche sie nur aus der Usurpierung des alten Organisationsnamens, der Person ihres Führers und den Namen einiger Persönlichkeiten, die den Zulassungsantrag unterschrieben, obwohl sie früher der echten Arbeiter-„Solidarität“ angehört hatten. Damit wurden am Runden Tisch bei allen unbezweifelbaren Erfolgen der Opposition von der Regierungsseite sehr geschickt Spaltungskeime in die Oppositionsszene eingepflanzt.

### 3. Die Juni-Wahlen zum Sejm und Senat

Als Träger der Wahlen seitens der „Solidarität“ trat erneut ihre politische Suborganisation „Bürgerkomitee bei Lech Wałęsa“ auf, das sich regional und örtlich für den Wahlkampf und die Listenaufstellung zweistufig in nachgeordneten Strukturen organisierte. Die nachgeordneten Komitees neigten dazu, sich als parteiliche Zweigorganisationen zu sehen. Ihre Mitglieder wurden genau so wie die Kandidaten der einzelnen Wahlbezirke zentral von Lech Wałęsa und seinem „Bürgerkomitee“ ernannt. Besonders bei den Kandidatenernennungen setzte man sich über die örtlichen Wünsche und Einsprüche hinweg, um erprobte und zuverlässige Kandidaten zu haben. In diesen Vorgängen profilierte sich Lech Wałęsa immer mehr zu einem autoritären Führer<sup>16)</sup>, der andererseits aber mit seiner angeblichen Amtsmüdigkeit kokettierte.

<sup>16)</sup> Wałęsa rechtfertigt gern metaphorisch: Viele Menschen bauten an einem Flugzeug oder Automobil, doch nur ein einziger könne es in voller Verantwortung und auf sich selber gestellt lenken (vgl. *Gazeta Wyborcza*, 13.–15. 10. 1989).

Wegen der undemokratischen Ernennungsverfahren der „Bürgerkomitee“-Vertreter und der Wahlkandidaten weigerten sich führende Mitglieder des zentralen „Bürgerkomitees“ und enge Mitarbeiter Wałęsas, sich als Kandidaten für die Wahlen von ihm ernennen zu lassen. Dazu gehörten prominente „Solidaritäts“-Politiker, wie Frasnyniuk, Bujak, der spätere Minister Hall und der kommende Ministerpräsident Mazowiecki, Chefredakteur des Organs der „Solidarität“. Das mag das Unbehagen an Wałęsas Praktiken auch innerhalb seiner eigenen Kreise andeuten.

Zugleich weigerte sich Wałęsa, bei den Kandidatenernennungen Mitglieder anderer Oppositionsgruppen zu berücksichtigen, bis auf einige wenige, die den vorherrschenden linkspolitischen Vorstellungen der Führungsmannschaft entsprachen, wie aus der mittlerweile neugegründeten, aber bald wieder gespaltenen PPS (Polska Partia Socjalistyczna – Polnische Sozialistische Partei). Auf diese Weise erreichte sie innerhalb der „Solidaritäts“-Mannschaft einen Senatssitz (Jan Józef Lipski) und zwei Sejm-Sitze, was ihr sonst kaum möglich geworden wäre. Grund für solches Handeln mag nicht nur politische Gesinnungsnähe, sondern auch der Umstand gewesen sein, daß die 35 Prozent ausgehandelter Sejm-Sitze politisch nicht weiter aufgesplittet oder auch nur mit anderen Organisationen geteilt werden müßten. Andererseits unterstützte Wałęsa mit seinem „Bürgerkomitee“ – besonders im nötig gewordenen zweiten Wahlgang – Kandidaten der bisherigen Blockparteien und sogar der PVAP, bekämpfte aber in allen Wahlgängen Kandidaten von Oppositionsgruppen mit entgegengesetzten Programmen. Politische Toleranz wurde zum Fremdwort. Innerhalb der Oppositionsszene wurde dieses Verhalten als ein weiterer Versuch zu ihrer Domination durch Wałęsa gewertet. Örtlich führten diese Verfahren zu harten Auseinandersetzungen zwischen gegeneinander kandidierenden oppositionellen Politikern. Verschiedene Oppositionsgruppen, vor allem betont antikomunistische, riefen wiederum zum Wahlboykott auf.

Da im ersten Wahlgang eine Reihe von Kandidaten der PVAP und der Blockparteien nicht die erforderlichen Stimmzahlen erhielt und bei der vereinbarten Wahlordnung für sie auch in einem zweiten Wahlgang keine Chance gesehen wurde, erklärten sich Lech Wałęsa und sein „Bürgerkomitee“ bereit, noch während der Dauer des zweistufigen Wahlvorganges die Wahlordnung zugunsten der PVAP und der Blockparteien abzuändern. Auf diese Weise sollte der vereinbarte Mandatsproporz im Sejm sichergestellt werden.



Nur durch dieses Taktieren, das andererseits den Einzug der „Solidarität“ in Sejm und Senat absicherte, konnten die am Runden Tisch für den Sejm festgelegten Proportionen gewahrt werden. Schon beim ersten Sejm-Wahlgang war eine Absage der Gesellschaft an die kommunistische Herrschaft erkennbar geworden; die Wahlbeteiligung von nur rund 18 Prozent am zweiten, ergänzenden Wahlgang unterstrich dies noch zusätzlich. Ein geradezu plebiszitäres Ergebnis über die kommunistische Herrschaft in Polen ergaben jedoch die Wahlen zum Senat, für die kein Proporz festgelegt war: Die Oppositionskandidaten erhielten 99 von 100 Sitzen<sup>17)</sup>.

Ein wichtiger Indikator für die Kompliziertheit der politischen Situation war die Wahlbeteiligung. Obwohl erstmals die Möglichkeit bestand, die Ablehnung des kommunistischen Herrschaftssystems nach außen offen zu bekunden, lag die Wahlbeteiligung nur bei 62 Prozent. Trotz beschwörender, wiederholter Aufrufe der „Solidarität“ und ihrer „Bürgerkomitees“, der „polnischen Kirche“ sowie der PVAP und ihrer Blockparteien, zur Wahl zu gehen, folgte den Boykottaufrufen der Opposition mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten. Diese gesellschaftliche Verweigerung kann in ihrer politischen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden.

#### 4. Die Koalitionsregierung Mazowieckis

Auf dem Wege zur Regierungsbildung durch Tadeusz Mazowiecki waren verschiedene Hürden zu nehmen, die vor allem dank des Einfallsreichtums und der Geschicklichkeit Lech Wałęsas gemeistert wurden: Das in den Vereinbarungen des Runden Tisches geschaffene Amt des Staatspräsidenten mußte besetzt werden, damit ein Kandidat mit der Regierungsbildung betraut werden könnte. In dem heftigen Hin und Her einigte man sich letzten Endes auf einen einzigen Präsidentschaftskandidaten, nachdem Lech Wałęsa die ihm nahegelegte Kandidatur abgelehnt hatte. Es war der Erste Sekretär der PVAP und Verkünder des Kriegszustandes vom 13. Dezember 1989, General Jaruzelski. Am 19. Juli 1989 wurde er äußerst knapp und nur mit einer Stimme aus der Sejm-Fraktion des „Bürger-

komitees“ gewählt, die sich unter Leitung von Bronisław Geremek organisierte und sich den Namen OKP (Obywatelski Klub Parlamentarny — Bürgerlicher Parlamentsklub) gab.

Im OKP wurde zunächst kontrovers diskutiert, auf welche Art man sich an der Regierungsarbeit beteiligen könnte und ob man den Anfang August 1989 mit der Regierungsbildung betrauten General Kiszczak akzeptieren sollte. In dieser Situation machte Lech Wałęsa, der auch das Amt des Ministerpräsidenten für sich ablehnte, einen alle überraschenden eigenmächtigen Vorschlag. Er überrollte damit alle Vereinbarungen des Runden Tisches und veränderte die politische Realität Polens sehr viel eher und entschiedener als dort vereinbart. Wałęsa schlug eine Koalition zwischen OKP und den bisherigen Blockparteien der PVAP vor, die sich von ihr lösen sollten. Dieser bemerkenswerte Schachzug brachte Wałęsa seitens der PVAP den Vorwurf ein, das Runde-Tisch-Ergebnis zu brechen, und Kritik aus dem OKP, daß ohne Abstimmung mit ihm Politik gemacht werde. Bei weiteren Eigenmächtigkeiten Wałęsas, der ja weder Sejm- noch Senats-Abgeordneter ist, drohten einige Abgeordnete ihre Mandate niederzulegen.

Doch die Blockparteien ZSL und SD willigten angesichts einer mit dem Motto „Unser Premier, euer Präsident“ geschickt geführten Kampagne in den Vorschlag Wałęsas ein. Es entstand eine neue Koalition, die die PVAP-Fraktion an die Wand drückte. Sie verfügte über 57 Prozent der Sejmsitze. Daraufhin machte General Kiszczak den Weg frei für die Bildung einer Regierung durch einen Nichtkommunisten.

Es war wieder Lech Wałęsa, der dem Staatspräsidenten als neuen Kandidaten Tadeusz Mazowiecki präsentierte. Offenbar war er ein Kompromißkandidat der unterschiedlichen politischen Kräfte in Polen. Der bisherige Chefredakteur von „Tygodnik Solidarności“ (Wochenblatt der „Solidarität“) mußte mit seiner persönlichen Integrität, seiner lauter Bescheidenheit und seiner intellektuellen Selbständigkeit allen Seiten akzeptabel erscheinen. Am 24. August 1989 wurde er zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Polens nach 1945 mit 378 von 423 im Sejm abgegebenen Stimmen bei nur vier Gegenstimmen gewählt, am 12. September wurde seine Regierung vom Sejm bestätigt.

Die von ihm nach einer überzeugenden Wahl übernommene Aufgabe bedeutet politische und wirtschaftliche Sisyphusanstrengungen. Sie muß in einer sich rasch wandelnden politischen Landschaft bewältigt werden, kann zwar auf neue, jedoch nicht

<sup>17)</sup> Nach dem Tode Osmańczyks wurde ein oberschlesischer Senatsitz frei, um den sich der Vertreter der deutschen Minderheit Król und Prof. Dorota Simonides bewarben. Trotz seiner Erklärung zugunsten von Minderheiten während der Juni-Wahlen (Tygodnik Powszechny, 28. 5. 1989), unterstützte Lech Wałęsa nicht den ebenfalls der „Solidarität“ verbundenen deutschstämmigen Bewerber, sondern Frau Simonides. Der beiderseits national sehr emotionalisierte Wahlkampf brachte Frau Simonides im zweiten Wahlgang den Senatsitz ein (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 2. 1990.)

berechenbare politische Strukturen zurückgreifen, die sich entweder spontan herausgebildet haben, auf Übereinkommen am Runden Tisch zurückgehen, den Verfassungsänderungen oder auch nur der eingeleiteten Entwicklung entspringen. Immerhin wurde aber mittlerweile das politische System Po-

lens strukturell ähnlich weitgehend verändert wie seine politische Kultur. Doch bei allen eingetretenen Veränderungen, die noch vor einem Jahr als unvorstellbar gegolten hätten, ist Polen noch lange kein demokratisches Gemeinwesen, wohl aber auf einem dornenreichen Weg dorthin.

### III. Die Veränderungen im politischen System

#### 1. Regierung und Sejm

Die Übernahme der Regierung durch Tadeusz Mazowiecki war wegen der Einbindung der PVAP, der Beteiligung der ehemaligen Blockparteien und unterschiedlichen Interessen und Ansprüchen im OKP mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Sie schlugen sich später in Spannungen innerhalb des OKP und verschiedenen Organisationseigenheiten des politischen Umfelds nieder. So erhoben die OKP-Vertreter der Land-„Solidarität“, die eine eigene Bauernpartei gegründet hatten, den Anspruch, auch im Sejm eine eigene Fraktion zu besitzen.

Die Koalition mit den Kommunisten, die lange umstritten war und unter Mitwirkung Lech Wałęsas vereinbart wurde, stieß in Teilen der „Solidarität“, aber auch in den oppositionellen Parteien und Gruppierungen auf Unverständnis und wurde dort mit großer Verärgerung aufgenommen. Wie ernst diese Proteste genommen wurden, zeigen die sofort aufgenommenen Duldungsverhandlungen Mazowieckis mit Vertretern der oppositionellen Organisationen, die unter verschiedenen Auflagen ein Stillhalten bzw. sogar eine teilweise Mitarbeit in Aussicht stellten.

In der Koalitionsregierung kontrollierten die vier PVAP-Minister den Machtapparat des Staates: das Innenministerium mitsamt Miliz, Sicherheitskräften und den zwar gegen Ende 1989 umgewidmeten, aber nicht völlig aufgelösten Eingreifverbänden der ZOMO, die für ihre Brutalität berüchtigt waren, und der Milizreserve ORMO; das Verteidigungsministerium; das strategisch wichtige Verkehrs- und Transportministerium sowie das Außenhandelsministerium, dessen Inhaber während des Wahlkampfes von der „Solidarität“ unterstützt worden war.

Im Sejm bildeten sich vier Fraktionen: die PVAP-Fraktion mit dem Politbüro-Mitglied und Breslauer Professor Orzechowski an der Spitze, die numerisch am stärksten war; das OKP unter Führung von Geremek sowie der ZSL und der SD, wobei die katholischen parteilosen Abgeordneten außerhalb der Koalitionsabsprachen frei agierten. Mittlerweile hat sich das Bild verschoben. Auch die Be-

zeichnungen stimmen nicht mehr. Durch den Bruch in der PVAP Ende Januar 1990 wie auch bei den OKP-Koalitionspartnern gingen infolge von Klärungs-, Umbenennungs- und Neugründungsprozessen, die sich zeitweilig überschlugen, erhebliche Veränderungen bzw. Differenzierungen vor sich. Die ehemals stärkste PVAP-Fraktion gab ihre Position an das OKP ab. Trotz der schon frühzeitig auf Distanz zur zentralen Parteiführung gehenden, reformbewußten und umsichtigen Politik ihres Vorsitzenden Orzechowski gelang es nach dem Zusammenbruch der Partei nicht, die Fraktion zusammenzuhalten. Der von Orzechowski geführte neue Parlamentsklub der Demokratischen Linken (PKLD – Parlamentarny Klub Lewicy Demokratycznej) zählt nur noch 52 Abgeordnete. 116 Abgeordnete der ehemaligen PVAP-Fraktion blieben fraktionslos.

Der Verzicht, den die PVAP-Sejmfraktion unter Orzechowski auf die Ausübung der führenden Rolle der Partei in Staat und Gesellschaft nach der Regierungsbildung ausgesprochen hatte, eröffnete Mazowiecki die Möglichkeit, relativ frei zu agieren. Der Verzicht der kommunistischen Sejmfraktion bedeutete zugleich einen Verzicht auf die wichtigsten Ordnungsprinzipien kommunistischer Staaten: das Prinzip des demokratischen Zentralismus und das Nomenklaturprinzip, also das Recht, Positionen im Staate nur mit Zustimmung der Partei zu besetzen.

Die Regierung Mazowiecki mußte aber weiter mit einem Staatsapparat arbeiten, der in den Traditionen, Erfahrungen und Gewohnheiten der obsolet gewordenen kommunistischen Prinzipien stand und von ihnen geprägt war. Von 49 Wojewoden, die man mit Regierungspräsidenten der Bundesrepublik vergleichen könnte, gehörten 39 der PVAP an, von deren 167 Stellvertretern waren es 115. In den Städten waren 86 Prozent aller Bürgermeister und ihrer Vertreter sowie 91 Prozent der Abteilungsleiter PVAP-Mitglieder; auf dem Lande waren es 82 Prozent aller Landräte<sup>18)</sup>. Dazu kamen 83 Prozent aller Direktoren in der Industrie, 64 von 66 Bot-

<sup>18)</sup> Vgl. Polityka, 2. 9. 1989.

schaftern, 50 Prozent der Richter aller Instanzen mit zunehmender Tendenz in höheren Gerichten sowie der „weitaus überwiegende Teil“ der Offiziere, auf die sich ja die PVAP-Organisation in der kritischen Periode des Kriegszustandes gestützt hatte<sup>19)</sup>. Erst allmählich und sehr vorsichtig konnte begonnen werden, die Verhältnisse zu verändern. Doch steht dieser Prozeß erst an seinem Anfang. Am deutlichsten ist er im Auswärtigen Dienst, wo gegenwärtig ein großes Revirement stattfindet.

Die systempolitische Neuordnung unter Mazowiecki wurde durch die Auflösung der Patriotischen Bewegung der Nationalen Wiedergeburt (PRON – Patriotyczny Ruch Odrodzenia Narodowego) gefestigt, die zuvor die Vorherrschaft der PVAP gesichert hatte. Zudem wurde eine soziale und politische Rehabilitierungsaktion zugunsten früher Verfolgter in Gang gesetzt, die auch zur Untersuchung von Verbrechen während der Stalin-Zeit führte. Dazu werden auch die in den Jahren 1944–1946 von den Sowjets verübten Verbrechen gezählt, für deren rückhaltslose Aufklärung die Öffnung sowjetischer Geheimarchive verlangt wird<sup>20)</sup>. In kurzen Abständen wurden getarnte Massengräber entdeckt, Listen mit zu Tode Gekommenen wurden publiziert, wobei auch viele Deutsche genannt wurden. Das alles führte zur Einsetzung einer Untersuchungskommission, die der einschlägig erfahrenen Hauptkommission zur Untersuchung von Nazi-Verbrechen unterstellt wurde. Wenig später kam eine Sonderkommission zur Untersuchung der Tätigkeit des Innenministeriums hinzu. Der letzte kommunistische Ministerpräsident Rakowski, zugleich letzter Vorsitzender der PVAP, wurde öffentlich der Mißwirtschaft beschuldigt und vor einem Ausschuß gehört. Obwohl nichts darauf hindeutet, daß es in Polen zu Prozessen und Abrechnungen mit den früheren Trägern von Macht und Gewalt kommen wird, wie es anderswo geschieht, besteht Unsicherheit über seine Zukunft.

Auch die Informations- und Medienpolitik wurde grundlegend geändert. Zum ersten Mal wurde eine Frau mit einem hohen Regierungsamt betraut: Małgorzata Niezabitowska wurde Regierungssprecherin. Das Verlags- und Vertriebsmonopol „Ruch“, ein Wirtschaftsunternehmen der PVAP, soll nach empfindlichen Einschränkungen zum 1. April 1990 ganz aufgelöst werden. Viele einschlägige Zeitungen und Wochenschriften wurden entweder bereits eingestellt oder müssen nun damit rechnen, darunter die renommierte, für Reformen immer offene „Polityka“. Daneben entstanden rund 300 neue Blätter, andere änderten ihre diskreditierten Na-

men, wie das PVAP-Organ „Trybuna Ludu“ (Tribüne des Volkes) in „Trybuna Kongresowa“ (Kongreß-Tribüne). Der „Tygodnik Solidarność“ wurde neu belebt. Unter der Leitung von Adam Michnik entstand mit der „Gazeta Wyborcza“ ein wichtiges neues Presseorgan. Die Führungspositionen in Funk und Fernsehen wurden umbesetzt, die Programmpolitik geändert. In beiden Medien erhielt die Kirche vorerst feste Sendezeiten zur selbstverantworteten Programmgestaltung, die über das bisherige Entgegenkommen weit hinausreichen. Sie darf außerdem eigene Rundfunk- und Sendestationen installieren, was bereits vorbereitet wird.

Durch Verfassungsergänzungen 1989 trat eine Reihe von Veränderungen ein, die auch das Symbolverlangen der polnischen Gesellschaft stillten: Polen ist nicht mehr eine „Volksrepublik“, sondern unter ausdrücklicher Benennung auf die Werte der alten res publica „Rzeczpospolita Polska“ (Republik Polen) und kehrte zum alten Staatssymbol, dem Königsadler in seiner piastischen Form, zurück: dem gekrönten Weißen Adler im Roten Feld, dem allerdings das Kreuz in der Krone versagt blieb. Noch vor der Regierungsübernahme durch Mazowiecki waren ein Verfassungsgerichtshof, ein Staatsgerichtshof und die Institution eines Ombudsmannes für Bürgerrechte geschaffen worden. Die Verfassungsänderungen von 1989 stützten sich auf die Vereinbarungen am Runden Tisch, die alle kodifiziert worden sind, wenngleich stellenweise geringfügig verändert und breiter ausgedeutet<sup>21)</sup>. Fortgelassen wurde auch der Anspruch der PVAP auf die führende Rolle in Staat und Gesellschaft, auf den schon die PVAP-Sejmfraktion verzichtet hatte.

Neben der Einsetzung des Senats als Zweiter Kammer, die vor allem Kontrollfunktionen erhielt, muß als politisch wohl wichtigste verfassungsrechtliche Neuerung die Schaffung eines personalen Staatspräsidentenamtes mit umfassenden Kompetenzen angesehen werden. Es ist als ein sehr starkes Amt mit breiten Exekutivrechten und weitreichenden Kontrollbefugnissen gegenüber dem Sejm angelegt. Der Staatspräsident ist Vorsitzender des Landesverteidigungs-Komitees und oberster Kriegsherr Polens, ihm untersteht direkt die Aufsicht über die Territorial(Kommunal)-Verwaltung, unter bestimmten Voraussetzungen kann er den Sejm und Senat auflösen. Als Folge innerer und äußerer Bedrohung; deren Art nicht definiert wurde, kann er über ganz Polen oder Teile des Staatsgebietes den

21) Vgl. die Vereinbarungen des Runden Tisches: Tygodnik Mazowsze, 12. 4. 1989; der nichtoffizielle Text der ergänzten Verfassung ist veröffentlicht in: Rzeczpospolita, 18. 1. 1990.

<sup>19)</sup> Vgl. Życie Warszawy, 12. 10. 1989.

<sup>20)</sup> Vgl. Gazeta Wyborcza, 29. 11. 1989.

Kriegszustand verhängen, wobei Sejm und Senat im Amte bleiben müssen. Zugleich verfügt er über eine eigene Präsidialkanzlei mit so weitgehenden Befugnissen, daß von einer Art Überregierung gesprochen wird. Diese darf er mit (gegenwärtig drei) Ministern seines Vertrauens besetzen. Sie arbeiten nach einer vom Staatspräsidenten autonom ausgearbeiteten Geschäftsordnung, die keiner Zustimmung bedarf.

Obwohl die Verfassung überarbeitet wurde, weist sie einige Unklarheiten und Schwachstellen auf. Wengleich eine volle „wirtschaftliche Betätigungsfreiheit“ garantiert ist, und zwar „ohne Rücksicht auf die Eigentumsform“, wird schon im Nachsatz die Eingrenzung dieser Freiheit als Möglichkeit genannt. An anderer Stelle wird festgesetzt, daß „das sozialistische Wirtschaftssystem“, die „Planung der Entwicklung der Produktionsmittel“ und die „sozialistische Arbeitsgesetzgebung“ das Recht auf Arbeit gewährleisten, obwohl andererseits eine „bürgerliche Gesellschaft“ erreicht werden soll. Auch wenn General Jaruzelski nach Übernahme seines neuen Amtes erklärte, Präsident aller Polen sein zu wollen und offenbar nationale Belange über ideologisch-politische Interessen stellt, relativiert die reale Machtkonstellation im Staat die Handlungsmöglichkeiten der Koalitionsregierung Mazowieckis doch empfindlich, besonders weil diese — trotz seines hohen persönlichen Popularitätsgrades — auch in der Gesellschaft nicht unumstritten ist. Mazowieckis Stillhalte- und Solidaritätsappelle — gemeinsam mit Lech Wałęsa verkündet — zeigen, daß er sich der Labilität seiner Regierung und der großen Schwierigkeiten bei der Ausbalancierung der vielen unterschiedlichen Interessen sehr bewußt ist.

## 2. Die Gewerkschaftsfrage

Für die gesamte polnische Entwicklung ist bedeutsam, daß die „Solidarität“ des Jahres 1989 bei weitem nicht mehr eine so mächtige nationale Sammlungsbewegung darstellt wie 1980/81. Ihre erfolgreiche Politik des Kompromisses, die zur Installierung einer nichtkommunistisch geführten Regierung führte, stieß auch in den eigenen Reihen auf Kritik. Schon sehr früh gingen Teile der Organisation auf Gegenkurs zur „Solidarität“ Wałęsas. Sie splitteten von ihr ab, verselbständigten sich und schufen sich eine eigene Presse. In den Auseinandersetzungen der Jahre 1988/89 entschieden sie sich gegen die Koalitionspolitik Wałęsas, gegen den Runden Tisch, für einen Wahlboykott und gegen jegliche Zusammenarbeit und Gespräche mit den Kommunisten, wobei sie besonders die veränderte Haltung zu Streiks kritisierten.

Neben der „Solidarität“ Wałęsas, die als mächtige Stütze der Regierung Mazowieckis der gesellschaftlich weitaus potenteste und politisch bedeutendste Teil der gleichnamigen Bewegung ist, entstanden aus den Abspaltungen folgende drei Organisationen:

1. *Solidarność Walcząca* (SW — Kämpfende Solidarität), die sich schon 1982 verselbständigt hatte. Sie betrieb einen radikalen Konfrontationskurs zur Regierung und zur eigenen Mutterorganisation. Ihre Führungsmannschaft um Kornel Morawiecki bleibt nach wie vor im Untergrund. Genau wie ihre Jugendorganisation Widerstandsbewegung der Jungen (MRO — *Młodzieżowy Ruch Oporu*) repräsentiert sie — wie ihrer Programmatik zu entnehmen ist — „als politische Organisation die Richtung radikalen Antikommunismus und der Unabhängigkeit“ sowie den „kompromißlosen Kampf gegen jeglichen Totalitarismus“<sup>22</sup>).

2. *Solidarność* — *Grupa Robocza* (Solidarität-Arbeitsgruppe) entstand im Gefolge eines Meinungsstreits um die Appeasement- und Streik-Strategie und um das Dominationsverhalten Wałęsas innerhalb der Organisation. Sie ist mittlerweile Ausdruck radikaler Kampfforderungen der nachgewachsenen Generation, von der sie getragen wird. Insofern verweist sie auf den Generationskonflikt innerhalb der „Solidarität“. Frühere Querelen Wałęsas mit ihren Führungspersonen, wie Gwiazda Słowik oder Palka, sind für die Abspaltung nicht bedeutungslos; doch sind auch hier mittlerweile wieder Klärungsprozesse im Gange, die durchaus zur „Solidarität“ Wałęsas zurückführen könnten. Die Gruppe entstand Ende Dezember 1988. Diese „junge, ungeduldige, radikale und Aktivismus predigende ‚Solidarität‘ vertritt politischen Maximalismus und verlangt eine grundlegende Umformung des Staates“<sup>23</sup>). Die Gruppe entstand bemerkenswerterweise in der politischen Heimat Wałęsas, in Danzig, wo sie gegen ihn wiederholt demonstrierte und ihn unnachtsichtig, auch tötlich angriff.

3. *Krajowa Komisja „Solidarność“* (Landeskommission „Solidarität“) bildete sich in der ersten Hälfte 1989 in Stettin um Jurczyk, wobei das spezifische Verhältnis der beiden Streikzentren 1980, Danzig und Stettin, psychologisch eine Rolle spielte. Von hier ging vor allem die Kritik an der mittlerweile fehlenden Führungs-Legitimation Wałęsas aus, die zur Gründung der Initiative „Verständigung zur Durchführung demokratischer Wahlen in der ‚Solidarität‘“ am 10. Juni 1989 mit einem eigenen Programm führte. Die Gruppe breitet sich

<sup>22</sup>) Serwis Agencji Informacyjnej *Solidarności Walczącej*, III/1989.

<sup>23</sup>) Wola, 10. 10. 1988.

über Polen aus: Ende Oktober 1989 wurde eine eigene Organisation in Oberschlesien, auch durch Abspaltung, gegründet. Die beiden letztgenannten Gruppen unterhalten Gespräche zur besseren Koordinierung ihrer Arbeit. Auf diese Weise scheint eine potente „Gegen-Solidarität“ entstehen zu können, der sich auch die SW anschließen könnte.

Durch ihren kompromißlosen Antikommunismus, ihren entschiedenen Nationalismus mit Forderungen nach der immer noch nicht erreichten staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität Polens, die von der Sowjetunion verwehrt werde, und ihre soziale Orientierung im Gegensatz zu der neuerdings stärkeren politischen Orientierung der „Solidarität“ Wałęsas sind die abgesplitterten Gruppen nicht nur Zeichen einer Identitätskrise in der „Solidarität“; sondern auch ein zentrifugales Potential für sie. Zudem stehen sie in der Tendenz des Rechtsrucks im politischen Leben Polens, den die sich bildenden, bald spaltenden und dann wieder auf anderer Grundlage einigenden vielen neuen politischen Gruppen herbeiführen.

Die Situation bringt für die „Solidarität“ Wałęsas das Problem der Besinnung auf ihre künftige Stellung im politischen System Polens. Sie muß klären, ob sie sich aus ihrer bisherigen Zwitterstellung zu einer eindeutig politischen Organisation wandeln oder zu einer gewerkschaftlichen Bewegung zurückkehren will. Diesen Rahmen hatte sie gesellschaftspolitisch allerdings bereits im Herbst 1981 so eindeutig überschritten, daß bei der Besinnung auf diese ursprüngliche Zielsetzung eine erhebliche Änderung auch der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Tätigkeit notwendig würde. In ihrer gewerkschaftlichen Funktion weist sie im Vergleich zu damals weder eine vergleichbare Bedeutung in den Betrieben noch eine annähernd hohe Mitgliederzahl auf.

1981 zählte die „Solidarität“ mindestens 9,5 Millionen Mitglieder und beherrschte unangefochten die gewerkschaftliche Szene. Heute ist sie mit annähernd 2,0 und höchstens 2,5 Millionen Mitgliedern numerisch sogar schwächer als die OPZZ (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych — Gesamtpolnische Gewerkschaftsverbände). Die OPZZ, die noch vor Aufhebung des Kriegszustandes an Stelle der „Solidarität“ und unter Übernahme ihres Gewerkschaftsvermögens als offizielle Gewerkschaft in einzelgewerkschaftlichen Ansätzen begründet worden war, gibt ihren Mitgliederbestand mit 4,5 Millionen an. Selbst die „Solidarität“ Wałęsas räumte ein, daß ihr die OPZZ in verschiedenen Betrieben, besonders wo der Führungsstil Wałęsas und seine Politik — insbesondere die Anti-Streik-Taktik — beanstandet werden, den Rang

abzulaufen beginne. In der Popularitätsskala sind die OPZZ und ihr Leiter Miodowicz zwar am oberen Rande des letzten Drittels angesiedelt, doch taktierten sie in den letzten Monaten recht geschickt, wobei sie die zunehmende Unzufriedenheit und Radikalisierung nutzten.

Während die „Solidarität“ zur Unterstützung der Regierung Mazowiecki die angespannte politische und soziale Situation eher abzuwehren und zu beruhigen suchte, um die legalen Veränderungsmöglichkeiten nicht zu gefährden, begann die OPZZ radikalpopulistisch zu agitieren, Streiks zu begünstigen und den angestrebten Stabilisierungsprozeß zu stören. Im Juli 1989 schied ihr Vorsitzender Miodowicz noch so rechtzeitig aus dem Politbüro der PVAP (in das er Mitte 1986 aufgenommen worden war) aus, daß der Einfluß der OPZZ aus dieser Bindung zur Partei 1989/90 nur in Maßen litt. Während sich die „Solidarität“ in eine Koalition mit der PVAP einließ, konnte er darauf hinweisen, daß er sich aus der Abhängigkeit zur PVAP gelöst hatte. Obwohl es sicher nur ein taktisches Verhalten war, schlug es mancherorts trotz seiner Durchsichtigkeit zugunsten der OPZZ aus. Übrigens soll sie in mehr Betrieben als die „Solidarität“ Wałęsas vertreten sein, die wiederum weit mehr Einfluß unter Intellektuellen und an deren Arbeitsstellen hat.

Wenngleich die gewerkschaftliche Szene von den beiden Gewerkschaftsgiganten „Solidarität“ und OPZZ dominiert wird, entstehen seit der Akzeptierung des Pluralismus am Runden Tisch wieder neue gewerkschaftliche Organisationen, wie schon 1981. Vor allem lebte die damalige Organisation der Autonomen Gewerkschaften mit ihrem berufsorientierten Organisationsprinzip auf. Eine größere Bedeutung hat sie bisher nicht erhalten. Dieses dürfte in Zukunft aber wohl von der Entscheidung der am Scheidewege stehenden „Solidarität“ wie auch von der taktischen Fähigkeit der OPZZ abhängen, sich aus dem Odium der offiziellen Parteigewerkschaft lösen zu können.

### 3. Parteienlandschaft und politischer Pluralismus

Die polnische Parteienlandschaft ist nur schwer überschaubar. Sie umfaßt annähernd 40 Parteien und zahllose politisierte Organisationen mit unterschiedlichen Betätigungszwecken. Als wichtigste Ereignisse in der aktuellen Entwicklung müssen dabei der langsame Zerfall der einstmals staatstragenden PVAP und der Versuch zur Bildung einer politischen Partei aus dem Mitgliederreservoir der „Solidarität“ betrachtet werden.

Die PVAP war schon seit rund einem Jahrzehnt schweren inneren Spannungen und Kontroversen

ausgesetzt. Bereits im Oktober 1981 wurde ein Zerfall der PVAP in zwei eigenständige Parteien, eine eher kommunistische und eine eher sozialdemokratische, von Zentralkomitee-Mitgliedern avisiert, der damals doch noch abgewendet werden konnte. 1985/86 traten erneut deutliche Differenzen zwischen verschiedenen Gruppen auf, die nur notdürftig überbrückt werden konnten.

Die Wahl Rakowskis an die Spitze der PVAP nach Jaruzelskis Übernahme des Staatspräsidentenamtes mußte in dieser Situation befremden, weil er als Ministerpräsident gescheitert war und wegen Mißwirtschaft öffentlich angegriffen wurde. Seine Wahl mußte daher zusätzliche Schatten auf das ohnehin schlechte Image der verunsicherten Partei werfen. Der zentrale Apparat und weite Funktionärskreise waren zudem wenig reformfreudig.

Unter den etwa 2 Millionen Mitgliedern der „Arbeiterpartei“ waren lediglich 38 Prozent Arbeiter. Die Partei, von der die Jugend nichts mehr wissen wollte<sup>24</sup>), war stark überaltert. Das Durchschnittsalter lag bei 50 Jahren. Rentner machten mehr als ein Viertel des Mitgliederbestandes aus<sup>25</sup>).

Seit vielen Monaten traten immer neue Gruppen mit eigenen Positionspapieren, Statuten- und sogar Programmwürfen auf, die sich dazu eigene Namen gaben, Bezeichnungen für die neue „Partei der Linken“ wußten, und kaum noch zentral zusammengehalten wurden; es gab über 70 solcher Gruppen<sup>26</sup>). Bei einer Ende September 1989 unter rund 50 Prozent der Parteimitglieder durchgeführten Umfrage sprachen sich nahezu drei Viertel der Befragten für eine Umwandlung der PVAP in „eine neue Partei mit neuem Programm, Statut und Namen aus“<sup>27</sup>). Die reformerische Parlamentsfraktion der PVAP unter Orzechowski erklärte folgerichtig Ende Oktober 1989: „Die Zeit der PVAP ist abgelaufen.“<sup>28</sup>) Der für Ende Januar 1990 anberaumte Parteitag wurde trotz angestrebter Bemühungen der zentralen Parteiführung, die Einheit der PVAP zu wahren, als der „Liquidationskongreß“ der PVAP angesehen<sup>29</sup>).

<sup>24</sup>) Partia wczoraj – partia jutro. Dyskusja redakcyjna (Die Partei gestern und morgen. Redaktionsdiskussion), in: Nowe drogi, September 1989, S. 48.

<sup>25</sup>) Splot szans i zagrożeń (Ein Knäuel von Chancen und Bedrohungen), in: Nowe drogi, September 1989, S. 8.

<sup>26</sup>) Poziomkowe pola (Himbeerfelder), in: Walka Młodych, 8. 10. 1989; Odogłosy (Widerhall), 24. 9. 1989; Gazeta Wyborcza, 9. 10. 1989; Wybrzeże (Küstengebiet), 21. 5. 1989; Trybuna ludu, 13. 10. 1989.

<sup>27</sup>) Trybuna ludu, 4. 10. 1989.

<sup>28</sup>) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. 10. 1989.

<sup>29</sup>) Trybuna ludu, 19. 10. 1989; W stronę życia (In Richtung Leben), in: Życie partii (Parteileben), 20. 9. 1989; Życie Literackie (Literatenleben), 8. 10. 1989.

Während des Kongresses vom 27. bis 28. Januar 1990 kam es zu turbulenten Szenen. Ein Teil der Abgeordneten zog aus dem Saal aus, tagte in einem Nebenraum. Es waren Anhänger einer „sozialdemokratischen“ Richtung, die sich um den 1980 in Danzig ehrlich und engagiert um einen Ausgleich bemühten, später kaltgestellten Tadeusz Fiszbach dem Leiter der damaligen Danziger Parteiorganisation, gruppierte und sich den Namen Unia Socjaldemokratyczna RP (Sozialdemokratische Union der Republik Polen) gab. Die im Hauptsitzungssaal verbliebenen PVAP-Mitglieder, eher betont linkssozialistisch bis konservativ kommunistisch orientiert, gründeten dann die Socjaldemocracja Rzeczypospolitej Polskiej (SdRP – Sozialdemokratie der Republik Polen). Wenn von Traditionsträgern der PVAP gesprochen werden sollte, dann sind sie hier unter der Führung des 36-jährigen ehemaligen Sport- und Jugendministers Aleksander Kwaśniewski zu finden, einem Mann aus dem dritten Glied<sup>30</sup>). Die Folgen der Spaltung fanden trotz Bemühung um die Einheit der Parlamentsfraktion durch deren Vorsitzenden Orzechowski auch in deren Aufspaltung Niederschlag. Rakowski, der in der SdRP ohne offizielles Amt blieb, wurde beauftragt, ein neu zu gründendes theoretisch-politisches Organ der polnischen und internationalen Sozialdemokratie zu leiten.

Die Gründung der Niepodległościowa Partia „Solidarność“ (Unabhängigkeitspartei „Solidarität“) im November 1988 setzte zweierlei Zeichen: Zum einen verstärkte sie den Differenzierungsprozeß in der „Solidarität“, zum anderen zeigte sie die Neigung neu entstandener Organisationen, besonders solcher, die den sog. Nationalen Solidarismus mit Traditionsbezügen zur Vorkriegszeit gutheißen<sup>31</sup>), sich zunehmend des Oppositionssignums „Solidarność“ positiv zu bedienen.

In der Niepodległościowa Partia „Solidarność“ dominieren sozialistische Tendenzen. Der Runder Tisch und Übereinkommen oder Kompromisse mit Kommunisten werden aber abgelehnt. In der Partei scheinen sich Mitglieder der abgesplitterten „Solidarität“-Gruppen, aber auch unzufriedene PPS- und OPZZ-Mitglieder, die allerdings selber an einem Ruch Ludzi Pracy (Bewegung der arbeitenden Menschen) als parteilichem Ausdruck der OPZZ-Haltung basteln, zusammenzufinden. All das drängt die „Solidarität“ erst recht in eine Identitätssuche. Zwar ist die „Solidarität“ dieser Partei ge-

<sup>30</sup>) Vgl. die Interviews von Kwaśniewski und Fiszbach nach der Spaltung in: Polityka, 3. 2. 1990.

<sup>31</sup>) Vgl. hierzu Georg W. Strobel, Die parlamentarische Idee und die polnischen Parteien, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg 1967, S. 51 ff.

genüber vorerst noch ambivalent eingestellt, doch scheint sie zur Distanz zu neigen<sup>32)</sup>.

So zeigt sich deutlich, daß die beiden in der Umgestaltung des politischen Systems Polens wichtigsten und engagiertesten Partner und Kontrahenten, die Kommunisten und die „Solidaritäts“-Mitglieder, im Verlaufe der Entwicklung nicht nur an Bedeutung für dieses politische System verlieren, sondern auch in vielerlei Schwierigkeiten geraten, die ihre eigene Identität und politische Effizienz bedrohen. Dies umso mehr bei der „Solidarität“, weil sich die „polnische Kirche“ als nicht zu unterschätzender politischer Machtfaktor vorsichtig von der zunehmend nach links abdriftenden „Solidarität“ löst und politischen Organisationen zuwendet, denen sie wohl in Zukunft größere Chancen einräumt. In der „Solidarität“ macht sich demgegenüber sogar bei Lech Wałęsa die Bereitschaft breit, mit der Sozialdemokratischen Union Fiszbachs nähere Kontakte aufzunehmen. Dabei kann auf frühere Annäherungsversuche Orzechowskis und von Vertretern einzelner PVAP-Splittergruppen vom Ende 1989 zurückgegriffen werden, die schon damals im OKP eine prinzipielle Aufgeschlossenheit gefunden haben<sup>33)</sup>. Auch aus diesem Bereich könnten neue politische Konstellationen für die weitere Entwicklung Polens erwachsen.

Bei der bisherigen politischen Abstinenz ist die Bereitschaft, Parteien zu gründen, groß. Parteien können von 10 Personen gegründet werden, deren Anliegen von 3000 namentlich genannten Bürgern unterstützt wird. Kennzeichen aller neu entstehenden Parteien ist, daß sie gerade wegen verschiedener Deutungen ihrer Traditionen, Symbole und Bezugspersonen einander das Recht der politischen Kontinuität absprechen. Sehr bald zerfallen sie in sich und vermitteln auf diese Weise das Bild eines großen politischen Durcheinanders. Auf der anderen Seite finden sich kleinere, ihrer Schwäche bewußte politische Organisationen zusammen, wenn sie auf keine erfolgverheißenden Traditionen zurückgreifen können. Sie gründen übergreifende Sammlungsbewegungen, die sich durch eine vergleichsweise große Bestandsfähigkeit auszeichnen. Bei diesen Besonderheiten der Parteienlandschaft ist ein genauer Aufriß dieser Szene, die völlig in Fluß ist, an politischer Bedeutung aber zunimmt.

<sup>32)</sup> Vgl. u. a. Ryszard Świerkowski, Co się wyłoni z „Solidarności“ (Was aus der „Solidarität“ hervorkommen wird), in: Perspektywy, 24. 11. 1989; Nie zazdrościmy nikomu władzy (Wir beneiden niemanden um die Macht), in: Odgłosy, 10. 12. 1989

<sup>33)</sup> Przegląd Tygodniowy, 1. 10. 1989; Życie literackie, 8. 10. 1989

sehr schwierig. Am ehesten kann sie noch über eine grobe Klassifizierung<sup>34)</sup> entschlüsselt werden.

In der parteipolitischen Geographie Polens haben folgende Richtungen und Parteien die größte Bedeutung:

1. Die Bauernbewegung: Mindestens fünf Parteiorganisationen beanspruchen den Namen PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe — Polnische Bauernpartei) mit unterschiedlichen Zusätzen, wie „Solidarność“ oder „Odrodzenie“ (Wiedergeburt). Sie berufen sich alle mit geringfügigen Unterschieden auf die alte Bauernpartei von Witos und Mikolajczyk. Zwischen einzelnen Gruppen gibt es zwar Annäherungstendenzen, doch die für sich agierende RI „Solidarność“ scheint in ihrer Identitätskrise einen allgemeinen Zusammenschluß zu erschweren. Sollte er erfolgen, wäre die Bauernbewegung die wohl bedeutendste und damit richtungsweisende politische Kraft Polens. Auch persönliche Animositäten und Profilierungsbestrebungen scheinen einen solchen Schritt zu erschweren, so daß aus unterschiedlichen Gründen eine große politische Chance für Polen aufs Spiel gesetzt wird.

2. Die Christdemokratie (Chadecja): Sie wird von den zwei Parteien Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe (Christlich-nationale Vereinigung) als Sammlungsbewegung einiger kleinerer Gruppen und von Stronnictwo Pracy (Partei der Arbeit) gebildet, die von dem früher der „Solidarität“ eng verbundenen Rechtsanwalt Siła-Nowicki präsidiert wird. Die erstgenannte Partei organisiert ihre Mitglieder in einer eigenen Arbeitsgemeinschaft innerhalb des OKP mit dem Anspruch, später eine eigene Fraktion zu stellen; damit tritt sie in die Fußstapfen der PSL „Solidarność“ und verstärkt den Differenzierungsprozeß im OKP.

3. Die Nationaldemokratie (Endecja): Sie ist in eine Vielzahl kleinerer, ihren Patriotismus und ihren Unabhängigkeitsdrang durch die unterschiedlichsten Symbole ausdrückende Organisationen gegliedert, wozu auch traditionsreiche Parteien gehören. Sie ist schwierig zu überblicken. Am traditionsreichsten ist die Stronnictwo Narodowe (Nationalpartei), die während ihres Gründungskongresses Ende 1989 antisemitische und antideutsche Tendenzen erkennen ließ. Ihr Gründungskongreß wurde mit einer Zelebrierung des feierlichen Hochamts durch Kardinals Glemp auf bezeichnende

<sup>34)</sup> Neuerdings gibt es einen Klassifizierungsversuch der polnischen Opposition, doch entspricht er zu wenig den Traditionslinien; vgl. Aleksander Smolar, Die polnische Opposition, in: A. Smolar/P. Kende, Die Rolle der oppositionellen Gruppen am Vorabend der Demokratisierung in Polen und Ungarn (1987–1989), Köln 1989.

Weise hervorgehoben, was auch die Kirche wohl politisch neu orientiert. Die Konfederacja Polski Niepodległej (Konföderation des unabhängigen Polen) — die älteste Oppositionsgruppierung — scheint im Augenblick die politisch bedeutendste Partei dieses Spektrums zu sein, zählt sie doch als Elite-Partei rund 4500 Mitglieder in 40 über Polen verstreuten Ortsorganisationen und gibt etwa 30 Zeitungen illegal heraus. Daneben besteht eine Reihe sich immer größeren Zuspruchs erfreuender Zusammenschlüsse, wie eine zweite von Honoratioren gebildete, konkurrierende Stronnictwo Narodowe oder Polskie Stowarzyszenie Narodowe (Polnischer Nationalverband).

4. Die Sozialdemokratie: Trotz einer großen Tradition ist sie nahezu bedeutungslos geworden, weil der Begriff „Sozialismus“ diskreditiert und die Partei zersplittert ist. Die PPS (Polska Partia Socjalistyczna — Polnische Sozialistische Partei) war schon dreigespalten bevor sie zugelassen war. Es gibt die Gruppe Jan Józef Lipskis, des eigentlichen Begründers der Partei Mitte November 1987, dann die ein Jahr später abgesplitterte PPS-RD (PPS — Rewolucja Demokratyczna PPS — Demokratische Revolution), die im Gegensatz zu Lipski sowohl die Zusammenarbeit mit der „Solidarität“, als auch jegliche Kontakte mit der PVAP und dem Runden Tisch ablehnte. Wenig später (Mai 1989) spaltete sich die PPS — Grupa Ilki (PPS — Ilka-Gruppe) ab, benannt nach ihrem Anführer, der für sich den Traditionsnamen ohne Zusätze als eigentlicher Traditionsträger der PPS betrachtet und dies durch den Olof Palme-Verlag auch international zu unterstreichen sucht. In diesem Bereich sind neuerdings eine Reihe von der PVAP abgesplitteter Gruppen anzusiedeln, darunter auch Fiszbachs Sozialdemokratische Union, obwohl sich die PPS-Gruppen vorerst noch von ihnen fernhalten.

5. Die Liberalen: Neben ihrer Partei Unia Polityki Realnej (Union für Realpolitik) demonstrieren sie in einer Vielzahl von mittlerweile gegründeten

Wirtschaftsgesellschaften privater Unternehmer ihre politische Kraft.

6. Die Ökologiebewegung: Sie hat ihr Zentrum in der bereits im Dezember 1988 gegründeten Partei Polska Partia Zielonych (Polnische Partei der Grünen) und ist von einer Vielzahl ökologisch engagierter Organisationen getragen, die in einem Parlament Polskich Zielonych (Parlament der polnischen Grünen) zusammenarbeiten. Daneben gibt es: Niezależne Stronnictwo „Ruch Zielonych“ (Unabhängige Partei „Grüne Bewegung“) und Polski Klub Ekologiczny (Polnischer Ökologischer Klub). Die ökologische Bewegung war während des Kriegszustandes von 1981 die einzige akzeptierte Oppositionsbewegung, was ihr damals eine erhebliche politische Bedeutung verlieh<sup>35</sup>).

Obwohl die Breite, aber auch die Widersprüchlichkeit und Kompliziertheit der polnischen politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit nur in groben Zügen dargestellt werden konnte, zeigt sich doch, daß dort weit mehr in Fluß ist, als der westlichen Publizistik entnommen werden kann. Die politische Landschaft Polens ist gegenwärtig auch weitaus mehr zerstritten, als bei der sozioökonomischen Lage gut ist. Die Situation ist labil, unübersichtlich, in gewissen Kreisen nationalistisch bis zum Exzess aufgeladen — wobei auch antideutsche und antisemitische Tendenzen zu beobachten sind<sup>36</sup> — und scheint in ihrem Rechtsruck vor einem größeren Umschichtungsprozeß zu stehen.

Polen ist im Aufbruch, auch wenn die Schnelligkeit der realen systempolitischen Veränderungen es heute hinter seinen Nachbarn, denen es schon zu verschiedener Zeit Beispiel gewesen war, hinterhinken läßt. Zwischen 1980 und 1990 ist Polen unter den Bedingungen des Kriegsrechts in wirtschaftlicher und sozialer Not anders geworden. Aber die Situation bleibt schwierig und die künftige Entwicklung läßt viele Fragen offen.

<sup>35</sup>) Vgl. G. W. Strobel (Anm. 7).

<sup>36</sup>) Der Rabbiner Pinchas Menachem Joskowicz bezeugt in einem Interview auf die Frage, ob seiner Meinung nach Antisemitismus in Polen herrsche: „Ja, leider. Offiziell wird behauptet, daß es ein solches Problem nicht gibt. Aber ich habe

Beweise, daß diese schlimme Erscheinung vorhanden ist. Ich erhalte vulgäre, schmutzige anonyme Briefe, häufig mit Morddrohungen. Die Scheiben der Synagoge werden eingeworfen. Man muß etwas tun, um den Antisemitismus einzudämmen.“ (Sztandar młodych, 14. 12. 1989).



## Polens Weg aus dem Kommunismus

### I. Der Niedergang der polnischen Partei

Von Anfang an befanden sich die polnischen Kommunisten als regierende Partei in einer außerordentlich schwierigen Lage. Vor allem die Legitimität des politischen Systems an sich stand stets in Frage. Denn erstens war dieses System gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung eingeführt worden. Zweitens ließ es sich hier — anders als in der DDR und den ehemaligen Satellitenstaaten des „Dritten Reichs“ — nicht mit der Notwendigkeit von Reeducation oder einfach mit dem Grundsatz von Schuld und Vergeltung rechtfertigen. Drittens widersprach es in eklatanter Weise polnischen Traditionen: vor allem der verbreiteten Abneigung gegen Rußland und russische Vorbilder, der ausgeprägten Geringschätzung für jede Art von Obrigkeitshörigkeit (gepaart mit beachtlichen Fähigkeiten der Gesellschaft, sich unabhängig von der Staatsmacht bzw. gegen diese zu organisieren), schließlich dem hohen Rang der katholischen Religion und ihres Brauchtums für die polnische Gesellschaft.

Im Sinne einer wie auch immer schwachen und ständig bezweifelten Legitimation des Systems wurde dagegen eine Reihe von Thesen ins Feld geführt, die sich im wesentlichen auf die Behauptung konzentrierten, daß es a) soziale Gerechtigkeit schaffe, b) eine effiziente, raschen Aufschwung ermöglichende Wirtschaftsordnung gewährleiste und schließlich c) den Frieden und die äußere Sicherheit Polens durch den Schutz der Supermacht Sowjetunion und deren Garantien für die polnischen Grenzen sichere<sup>1)</sup>.

Die erste Behauptung wurde vielfach in Frage gestellt, am nachhaltigsten durch die massenhaften Proteste der Arbeiterschaft — jener sozialen Gruppe also, deren Benachteiligung die kommunistische Ordnung eigentlich hätte beseitigen sollen und die dem Anspruch nach die herrschende Klasse bildete. So wurde der Mythos von einem proletarischen Polen der sozialen Gerechtigkeit schrittweise demontiert durch die Unruhen in Posen 1956, in Danzig und Stettin 1970 sowie in Ursus und Radom

<sup>1)</sup> Ausführlicher, mit etwas anderen Akzenten Wojciech Lamentowicz, *Legitymacja władzy politycznej w powojennej Polsce* (Die Legitimation politischer Macht im Nachkriegspolen), in: Krytyka, (1983) 13—14, S. 15—32.

1976. Der entscheidende Einbruch erfolgte jedoch in dem Moment, als die Arbeiter das förmliche Recht erlangten, unabhängig von der Partei eigene Interessenvertretungen, nämlich Gewerkschaften, zu bilden. Das Mandat, „die führende Kraft des Proletariats“ zu sein, mußte die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) jetzt an die „Solidarität“ abtreten. Die so verlorene soziale Legitimation vermochte die Partei auch durch die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 nicht zurückzugewinnen, als sie unter Einsatz von Panzern und Sturmtruppen der Bereitschaftspolizei viele der großen Betriebe und Kohlegruben besetzen ließ.

Die Legitimation durch wirtschaftliche Erfolge hat verschiedene Entwicklungsphasen durchlebt. Hier bestanden angesichts des niedrigen Ausgangsniveaus in der Nachkriegszeit sowie der wachen Erinnerung an die Kriegszerstörungen eigentlich günstige Voraussetzungen. Auch ließ sich selbst mit schwach entwickelter Technologie und übermäßig aufwendiger Bürokratie sowie bei stagnierendem Lebensstandard über etliche Jahre ein extensives Wachstum produzieren. Trotz allem wuchsen gigantische Fabriken und neue Wohnviertel; sogar ganz neue Städte wurden gebaut. Mit Bildern von stahlspeidenden Hochöfen, von der Massenförderung kostbarer Bodenschätze und von Stapelläufen neuer Hochseeschiffe vermochte die Propaganda zu suggerieren, daß Polen auf dem Weg zu einer Wirtschaftsmacht war. Am Anfang der Gierek-Ära, in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, gelang es schließlich dank westlicher Kredite, jenes extensive Wachstum mit einer spürbaren Steigerung des Lebensstandards zu verbinden. Gierek schuf ein „anderes Polen“, und für etliche Jahre konnte das kommunistische Regime sich durch seine Erfolge rechtfertigen.

Um so herber war die Enttäuschung. Einerseits geriet der Giereksche Aufschwung aufgrund überhöhter Auslandsverschuldung, geringer Produktivität und mangelnder Konkurrenzfähigkeit der polnischen Wirtschaft sowie der in kommunistischen Systemen typischen Inflation ins Stocken: Versorgungslücken, Schwarzmarktspekulation und wirtschaftliche Zerrüttung waren die Folge. Andererseits trug die relativ großzügige Öffnung der Grenzen für private Auslandsreisen dazu bei, daß sich

die Menschen der Ineffizienz des kommunistischen Wirtschaftssystems als Ursache der Krise bewußt wurden.

An die Verhängung des Kriegsrechts wurden dann Versprechungen geknüpft, die Wirtschaft durch grundlegende Reformen zu sanieren. Doch ließ sich auf wirtschaftlicher Ebene keinerlei Legitimation mehr zurückgewinnen. Rasch erwies sich, daß eine wirkliche Wirtschaftsreform unter Beibehaltung des kommunistischen Systems nicht möglich war. Denn „das Regime befürwortet zwar eine wie auch immer geartete Reform unter strikter Kontrolle, ist aber zugleich entschlossen, jegliche strukturelle, vor allem gesellschaftliche Konsequenzen, die sich daraus ergeben müßten, auszuschließen“<sup>2)</sup>.

Als das beständigste Legitimationsmotiv erwies sich das geopolitische Argument. Immer wieder berief sich die Partei in Konfliktsituationen darauf, und weite Kreise der Gesellschaft waren dafür auch ansprechbar. Nach der geopolitischen These kam den Kommunisten in Polen die Rolle eines unverzichtbaren Puffers zu. Vorhandene Freiheitsräume mochten erkundet und genutzt werden, ohne daß jedoch außenpolitisch die Bindung an den von Moskau gesteuerten Block, innenpolitisch die Grundstrukturen des „real existierenden Sozialismus“ in Frage gestellt werden durften. Dieses geopolitische Argument war das einzige Legitimationsmotiv, das auch von der seit Mitte der siebziger Jahre sich formierenden Opposition bzw. von der legalen wie der illegalen „Solidarität“ respektiert wurde<sup>3)</sup>.

So ist auch kaum zu überschätzen, welche Bedeutung die sowjetische Perestrojka für den endgültigen Legitimationsverlust des kommunistischen Systems in Polen gehabt hat. Zwar waren die Signale, die von ihr ausgingen, nicht eindeutig. Doch sie ließen kontinuierlich die Überzeugung wachsen, daß der Handlungsspielraum für die Innenpolitik der Blockstaaten beträchtlich gewachsen war. Dies wirkte sich in zweifacher Hinsicht aus. Einerseits wurde den polnischen Kommunisten bewußt, daß

Moskau ihren Herrschaftsanspruch nicht verteidigen würde, wenn dieser innenpolitisch in Frage gestellt war. Andererseits erhielt die polnische Opposition, also vor allem die „Solidarität“, nun die Chance, aus dem historischen Teufelskreis auszubrechen, der im Dezember 1981 noch einmal wirksam geworden war.

Der letzte PVAP-Chef Mieczyslaw Rakowski sagte auf dem Auflösungsparteitag am 27. Januar 1990: „Die Breschnew-Doktrin hing wie ein Beil über der polnischen Partei und ihren Führungskadern. Sie übte politische und psychologische Wirkungen aus. Beide Momente kamen über viele Jahre in der stereotyp hergebeteten Frage zum Ausdruck: Und was werden die sowjetischen Genossen dazu sagen?“<sup>4)</sup> In Wahrheit bildete diese Frage für die polnischen Kommunisten nicht nur eine Einschränkung ihres Handlungsspielraums, sondern in gleichem Maße auch eine Rechtfertigung.

Der Wegfall dieses letzten Widerstands bahnte den Weg zum Zusammenbruch des Systems. Wiederholt hatten die Soziologen bereits im Verlauf der achtziger Jahre konstatiert, daß das kommunistische System nur noch eine äußerst geringe Akzeptanz in der Bevölkerung hatte. Auf die Frage: „Würden Sie wünschen, daß die Welt sich der Form des Sozialismus annähert, die in Polen existiert?“ antworteten 1983 und 1984 von verschiedenen sozialen Gruppen nur 4 bis 20,5 % mehr oder weniger zustimmend. Bei Umfragen im Jahre 1986 sprachen sich selbst 28 % der Parteimitglieder für eine Beschränkung der Macht der Partei aus<sup>5)</sup>.

Zum Verfall der kommunistischen Partei trug aber auch ihre innere Demoralisierung bei, wengleich diese ihrerseits Ausdruck des schwindenden Gleichgewichts und des Legitimationsverlusts war. Es kam einem öffentlichen Eingeständnis von Korruption und anderer Demoralisierungerscheinungen in ungeheurem Ausmaß gleich, wenn die Parteiführung sich beharrlich bemühte, die Verantwortung dafür von sich zu weisen<sup>6)</sup>. Rakowski schrieb

<sup>2)</sup> Antoni Pergod, Czy tak się stać musiało? Kryzys realnego socjalizmu w Polsce (Mußte es so kommen? Die Krise des real existierenden Sozialismus in Polen), in: Krytyka, (1983) 15, S. 142.

<sup>3)</sup> Auf der letzten Sitzung der Landeskommission der „Solidarität“ am 12. Dezember 1981 sagte Karol Modzelewski über die Sowjetunion: „Sie braucht, wie hier richtig gesagt worden ist, Garantien für ihre Interessen als Großmacht, auch auf polnischem Territorium. Und zwar Garantien, die über Verträge hinausgehen — denn Verträgen traut sie nicht, ist nicht daran gewöhnt — sie will institutionelle Garantien, d. h. ihre eigenen Leute vor Ort haben . . . und die findet sie nur in der PVAP.“ Archiwum Solidarności, Nr. 6, Warszawa 1986, S. 130.

<sup>4)</sup> Trybuna Kongresowa, 29. Januar 1990, Nr. 1, S. 7.

<sup>5)</sup> Vgl. Mirosław Maroda, Warunki trwania i zmiany ładu społecznego w relacji do stanu świadomości społecznej. Próba opisu i wyjaśnienia (Die Bedingungen für Stabilität und Wandel der sozialen Struktur in ihrem Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Bewußtseinsstand. Versuch einer Beschreibung und Interpretation), Warszawa 1986, S. 6; Andrzej Rychard, Wizje przyszłości a szanse reform systemowych w opinii społecznej (Zukunftsperspektiven und Chancen einer Systemreform im gesellschaftlichen Meinungsbild), in: Polacy 88. Dynamika konfliktu a szanse reform, Warszawa 1989, S. 444.

<sup>6)</sup> Vgl. G. Pomian (Hrsg.), Protokoły tzw. Komisji Grabskiego Tajne dokumenty PZPR (Die Protokolle der sog. Grabski-Kommission. Geheimdokumente der PVAP), Paris 1986, S. 411.

1985 in einem in Buchform erschienenen Interview über die achtziger Jahre: „Sie haben gesagt, daß ich den Leuten in der staatlichen Führung nahestand, und ich füge hinzu: auch denen in der Parteiführung, ich sei also relativ gut informiert gewesen, was wohl bedeute, daß ich von der Korruption, dem Neureichtum und den Machtmißbräuchen um persönlicher Interessen willen wissen mußte. Richtig ist, daß ich der Staatsführung nahestand . . . Aber mußte ich wirklich von allen diesen Übeln, die Sie genannt haben, wissen? Warum hätte ich wohl davon wissen sollen?“<sup>7)</sup> Wenn man bedenkt, daß der Verfasser in jenen Jahren Chefredakteur des bestinformierten Wochenblatts in Polen „Polityka“ und zugleich Mitglied des Zentralkomitees der PVAP war, klingt diese Aussage wenig überzeugend.

Wichtig ist, daß die Demoralisierung die Partei nicht nur zusätzlich kompromittierte, sondern ihr zugleich auch den Kampfgeist nahm. In den achtziger Jahren war es bereits ein normaler Vorgang, daß Leute aus dem Parteiapparat in die Privatwirtschaft überwechselt, noch häufiger aber daß versucht wurde, Partei- oder Staatsämter mit Tätigkeiten in Genossenschaften verschiedenster Art zu verbinden. Es ist dieser Vorgang, der gemeinhin mit dem Begriff „Besitzzuweisung an die Nomenklatur“<sup>8)</sup> bezeichnet wird.

Die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 erwies sich angesichts der inneren Verfassung

der Partei als eine Sackgasse. Ein deutscher Kenner bemerkte dazu richtig: „Die PVAP hatte ihre Glaubwürdigkeit fast völlig verloren, befand sich in einem desolaten Zustand und verlor 1980 bis 1983 fast ein Drittel ihrer Mitglieder.“<sup>9)</sup> Entsprechend erklärte 1987 einer der führenden Berater der „Solidarität“, heute Präsident des Senats, daß „die herrschende Partei zur Interessenvertretung der Schicht der Parteifunktionäre und Staatsbeamten geworden war . . . Es formierte sich eine relativ zahlreiche, im wesentlichen konservative Kerngruppe, die in einem Interessengegensatz stand zur passiven Masse des Parteivolks.“<sup>10)</sup>

Das Grundproblem der Partei in den Jahren 1982 bis 1988 bestand darin, daß die Führung — Jaruzelski, Rakowski, Czyrek, Kiszczak oder auch Ciosek — zwar erkannt hatte, daß nur tiefgreifende Reformen das Land aus der Krise führen konnten, doch fehlten ihr dazu die Möglichkeiten. Dies galt auch noch in den Jahren, als aufgrund der Veränderungen in der Sowjetunion die außenpolitischen Hindernisse für den Reformprozeß bereits gefallen waren. Denn dieser Prozeß hätte zwangsläufig mit den Interessen der bewußten „Kerngruppe“ in der Partei kollidiert, und er hätte zugleich für einen gewissen Zeitraum erhebliche Opfer von seiten der Bevölkerung verlangt. Eine ungläubwürdige Partei, die eine ungläubwürdige Regierung trug, hätte bei einem derartigen Unternehmen nicht die geringsten Erfolgchancen gehabt.

## II. Die „Solidarität“: Gewerkschaft — politische Bewegung — Mythos

Die entscheidende Rolle bei dem Umgestaltungsprozeß in Polen spielte die „Solidarität“. Im Blick auf die Vorgänge des letzten Jahres wird man indessen manche Ansichten in bezug auf ihre vorangegangene Entwicklung revidieren müssen. Was früher als das Wesentliche erschienen sein mag, erweist sich heute vielfach als nebensächlich und lediglich situationsbedingt.

Im August 1980 war die „Solidarität“ vor allem eine Gewerkschaft. Solange der kommunistische Staatsapparat noch über eine funktionierende Organisation und vor allem über physische Machtmittel verfügte, waren allenfalls die Belegschaften der Großbetriebe in der Lage, sich diesem wirksam zu wider-

setzen. Hier war es leicht, sich zu organisieren, und eine organisierte Belegschaft von mehreren Tausend flößte auch der Gegenseite Respekt ein.

Es zeichnete sich eine Alternative zur kommunistischen Variante des Mythos von der fortschrittlichen Rolle der Arbeiterklasse und deren führender Gruppen in der Großindustrie ab. Die in der „Solidarität“ aktiven Angehörigen des technischen Aufsichtspersonals und der Betriebsleitungen gaben sich nicht selten selbst als Proletarier. Manche Gewerkschafter eigneten sich einen schlesischen Dialekt an oder auch den Vorstadtslang, den man für ein typisches Klassenmerkmal halten mochte. Den Intellektuellen fiel die Rolle der Berater zu, die in Wahrheit großen Einfluß hatten, aber formal über keinerlei Entscheidungskompetenz verfügten.

<sup>7)</sup> Mieczysław F. Rakowski, *Czasy nadziei i rozczarowań* (Zeit der Hoffnungen und Enttäuschungen), Warszawa 1985, S. 49.

<sup>8)</sup> In Analogie zu dem Begriff „Besitzzuweisung an die Bauern“, der sich auf die Bauernbefreiung des 19. Jahrhunderts und namentlich auf die Ausstattung der Bauern mit ehemaligen Gutsländereien bezieht.

<sup>9)</sup> Klaus Ziemer, *Polens Weg in die Krise. Eine politische Soziologie der „Ära Gierek“*, Frankfurt/M. 1987, S. 417.

<sup>10)</sup> Andrzej Stelmachowski, *Tezy dotyczące reformy społeczno-politycznej* (Thesen zur gesellschaftlich-politischen Reform), in: *Dwadzieścia jeden*, (1988) 6, S. 34.

Die Organisationsform der „Solidarität“ ist durch sehr verschiedene Faktoren geprägt worden. Maßgeblich war jedoch, daß sie legal allein in der Form einer Gewerkschaft bestehen konnte, wenngleich auch dieser Status mühsam erkämpft werden mußte. Millionen von Leuten, die der „Solidarität“ beitraten, hielten eine offene politische Betätigung nicht einmal für denkbar. Die kommunistische Propaganda (und mehr noch: die Polizei) hämmerte ihnen ein, daß jede nicht legalisierte, also nicht der kommunistischen Partei untergeordnete politische Aktion als Verbrechen zu gelten habe.

Das kommunistische System ist totalitär. Es ordnet das wirtschaftliche und soziale Leben der Politik unter. Der apolitische Charakter der „Solidarität“ als Gewerkschaft war daher von Anfang an eine Fiktion. Die Formel von der gewerkschaftlichen Rolle war Ausdruck des ständig unterstrichenen Prinzips der „Selbstbeschränkung“ (das auch Kuroń's Formel von der „sich selbst beschränkenden Revolution“ einschloß), doch war die Politisierung der „Solidarität“ dadurch nicht aufzuhalten<sup>11)</sup>. Mehr noch, von Anfang an stellte sich für die „Solidarität“ die Kardinalfrage, welche Aufgaben einer Gewerkschaft in einem totalitären System zufallen. Wenn der Staat gleichermaßen über die Betriebe, die Massenmedien, die Gerichte, das Bildungswesen und — natürlich — über den Verwaltungsapparat einschließlich Polizei und Armee verfügt, dann steht der Arbeitnehmer im Konflikt mit dem Arbeitgeber direkt einer hundertköpfigen Hydra gegenüber. Der Staat wird von einer allgegenwärtigen Partei gesteuert, aber auch eine Gewerkschaft, die sich von dieser Partei zu lösen versucht, gerät in den Zwang, ihrerseits praktisch in allen Lebensbereichen Präsenz zu zeigen. Sie wird automatisch zu einer Art Anti-Partei und politisiert sich damit zwangsläufig<sup>12)</sup>.

<sup>11)</sup> Mißverstanden ist dies bei Georg W. Strobel (NSZZ „Solidarność“, Beitrag zur Analyse der Organisation und politischen Wirkung einer sozialen Sammlungsbewegung, in: Dieter Bingen (Hrsg.), Polen 1980—1984. Dauerkrise oder Stabilisierung, Baden-Baden 1985, S. 86: „Die ethisch hochstehenden Postulate der politisch gewordenen gewerkschaftlichen Volksbewegung und die tiefgreifenden Veränderungen in Polen führten in diesen Bahnen zu einer durch ihre politische Realitätsferne und Selbstüberschätzung für sie selber und ihre Zielprojektionen . . . immer gefährlicheren und kritikloseren Euphorie in großen Teilen der ‚Solidarität‘. Sie erschwerte eine gerade auf ihre Zielprojektionen effizienz- und realitätsbezogenere Abschätzung der eigenen Möglichkeiten.“

<sup>12)</sup> Richtig beobachtet wurde dies von polnischen und französischen Soziologen. Vgl. Alain Touraine u. a., *Solidarność. Analiza ruchu społecznego 1980—1981* („Solidarität“, Analyse einer sozialen Bewegung 1980—1981), Warszawa 1989, S. 54.

Indem die „Solidarität“ einem Eingeständnis dieser Politisierung auswich, um den Drohungen der Gegenseite sowie den Ängsten der eigenen Mitglieder vorzubeugen, prägte sie eine weitere Formel: Sie war 1980/81 nicht nur Gewerkschaft, sondern auch „gesellschaftliche Bewegung“. Damit war nur angedeutet, daß die „Solidarität“ nicht zu einem Kampf um die Macht oder auch nur um Regierungsbeteiligung antrat<sup>13)</sup>. Hingegen schloß die Formel nicht aus, daß die Gewerkschaft mit verschiedenen Druckmitteln, vor allem durch Streiks, das kommunistische Machtmonopol in allen Lebensbereichen außer der Staatsverwaltung, der Armee und der Polizei aufzubrechen versuchen würde.

Und noch eine weitere Selbstbeschränkung der „Solidarität“ war von Bedeutung: Im Einklang mit der Doktrin des kommunistischen Systems und mit Rücksicht auf mentale Barrieren bei der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder stellte sie das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln als Grundlage des polnischen Wirtschaftssystems nicht in Frage. Vielmehr kritisierte sie lediglich die ideologische Verdrehung des Grundsatzes und forderte statt dessen, daß auf die verbale Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch Entbürokratisierung und Mitbestimmung endlich die reale Vergesellschaftung folgen müsse. Dies erklärt, warum die Programme zur Schaffung eines Mitbestimmungsmodells in der legalen Phase der „Solidarität“ von 1980/81 einen derart breiten Raum in den Diskussionen eingenommen haben<sup>14)</sup>.

Der Zwang der Umstände sowie der Bewußtseinsstand ihrer Mitglieder machten die „Solidarität“ von 1980/81 minimalistisch. Rasch begann die Gewerkschaft nach einem Motto für ihr Programm der Selbstbeschränkung zu suchen. Sie fand es mit der Konzeption des „selbstverwalteten Polen“. Der Weg zur Befreiung von der Herrschaft der bürokratischen Nomenklatur sollte nicht über den Frontalangriff auf das System führen, sondern über die Schaffung verschiedenster Bereiche von Selbstverwaltung — lokaler und regionaler, berufsständischer, zunächst aber vor allem gewerkschaftlicher. Um der Selbstbeschränkung den Rang eines politisch-moralischen Imperativs zu geben, sollte es dabei zugleich darum gehen, die Arbeit aufzuwer-

<sup>13)</sup> Vgl. Adam Michnik, *Polska wojna* (Der polnische Krieg), in: *Szanse polskiej demokracji*. Artykuły i eseje, London 1984, S. 27.

<sup>14)</sup> Dabei kam in den Diskussionen um die Arbeiter-Mitbestimmung in Wahrheit kaum wirkliche Begeisterung auf. Der Wirtschaftswissenschaftler, „Solidaritäts“-Berater und jetzige Minister Witold Trzeciakowski sagte dazu: „Ich habe dem zugestimmt, weil hier nur die Wahl zwischen Scharlach und Grippe war.“ (Vgl. Jerzy Holzer, „Solidarität“, Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985, S. 348.)

ten und mit Sinn zu erfüllen, also aus bloßen Brot-essen selbstverwaltete Engel zu machen.

Die Verhängung des Kriegsrechts hat sowohl die Organisationsstruktur als auch den Bewußtseinsstand in der „Solidarität“ tiefgreifend verändert. Unter den Bedingungen der Illegalität hörte sie auf, eine Gewerkschaft zu sein und nahm primär den Charakter einer konspirativen politischen Organisation an. Dies hatte mehrere Gründe. Der wichtigste war die offenkundige Tatsache, daß gewerkschaftliche Arbeit aus dem Untergrund und in ständiger Bedrohung durch Repressionen nicht geleistet werden kann. Die „Solidarität“ wurde nun zu einer elitären Organisation, obwohl weiterhin Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende für sie tätig waren. Doch waren Millionen von Mitgliedern für die Gewerkschaft verlorengegangen, selbst wenn sie ihr in Sympathie verbunden blieben und ihre Symbole zur Schau stellten. Die verbleibende Elite hatte zweifellos keine Vorbehalte gegen politische Betätigung als illegale Aktivität, da ja auch die unabhängige gewerkschaftliche Arbeit kriminalisiert worden war.

Bezeichnend ist, wie stark sich seit der Verhängung des Kriegsrechts die Sprache der Kommentare und Programme der „Solidarität“ veränderte, d. h. politisierte. Ein ansonsten eher nüchtern berichtender englischer Journalist schrieb dazu: „Though Solidarity's cells fade away even in the industrial strongholds, though the Solidarity badges, the photos and the tapes are pushed to the back of the bottommost drawer, the dramas, the ideals and the political methods of the Polish revolution will live on, in this most tenacious of national memories, as myth — and as precedent. This simple statement ‚They will not forget‘ is a statement of the first political importance.“<sup>15)</sup> Entsprechend gebrauchte Jacek Kuroń in seiner ersten Stellungnahme nach Verhängung des Kriegsrechts, einem Brief aus dem Gefängnis, die Begriffe „Solidarität“ und „Widerstandsbewegung“ geradezu synonym<sup>16)</sup>.

Aus dem Untergrund wurde jetzt Kritik an der kommunistischen Herrschaft auf allen Gebieten laut. Besonders charakteristisch war dafür die schrittweise Formulierung des neuen wirtschaftlichen Programms, das immer weiter von sozialistischen Vorstellungen und in der Konsequenz auch immer weiter von dem zuvor so einmütig verfochtenen Konzept der Arbeiterselbstverwaltung abrückte. Die Überzeugung setzte sich durch, daß die

Schaffung marktwirtschaftlicher Bedingungen, und zwar in einem mehr oder weniger strikt liberalen Sinne, den einzigen rationalen Ausweg darstellte. Der Schlüssel zur Wirtschaftsreform war nicht mehr die Arbeiterselbstverwaltung, sondern die Privatisierung.

Wenn die politische Kritik der „Solidarität“ sie mit den Kommunisten in Konflikt brachte, so stieß die wirtschaftliche Kritik bei der Gegenseite in paradoxer Weise auf Resonanz. Die enttäuschten und demoralisierten Kommunisten waren gerne bereit, die Staatswirtschaft mit vollen Händen zugunsten der Privatwirtschaft umzuverteilen. Denn nach ihren Vorstellungen sollte die geplante Wirtschaftsreform vor allem in der „Besitzzuweisung an die Nomenklatur“ bestehen.

In der Situation von 1988 war nicht etwa die „Solidarität“ besonders stark, sondern das kommunistische System besonders schwach, oder besser: in der Agonie. Die Streiks in den großen Industriebetrieben erinnerten nur vordergründig an den August 1980. Denn die Streikbewegung hatte in Wahrheit nur eine brüchige Basis. Das unmittelbare Interesse an Lohnerhöhungen war ein wesentlich stärkeres Motiv als das Interesse an einer Wiederezulassung der „Solidarität“; nur wenige wollten den Arbeitskampf in ihren Betrieben als Besetzungstreik führen, und von diesen hätten wiederum etliche vorgezogen, den Kampf auf der Straße auszufechten.

Dennoch siegte die „Solidarität“ bei den Streiks von 1988, weil die noch immer herrschende kommunistische Partei sich selbst nicht mehr zutraute, das Land aus der Krise zu führen. Die kommunistischen Führer wurden von alptraumhaften Zukunftsvisionen heimgesucht: spontane Aufstände, brennende Parteikomitees, Lynchjustiz, im besten Fall der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch, wie ihn Tadeusz Konwicki in seinem Roman „Die kleine Apokalypse“ prophezeit hatte. Die Ereignisse von 1988 zeigten, daß es den Kommunisten aus eigener Kraft weder gelingen konnte, die „Besitzzuweisung an die Nomenklatur“ erfolgreich voranzubringen, noch einen anderen Ausweg aus der Katastrophe zu finden. Schon früher hatte die „Solidarität“ gesagt, daß die wirtschaftliche Reform ohne eine politische nicht gelingen würde. Jetzt glaubten auch die Kommunisten daran, und in dem von der „Solidarität“ angebotenen Krisenpakt sahen sie die einzige Chance, sich am Ruder zu halten.

<sup>15)</sup> Timothy Garton Ash, *The Polish revolution: Solidarity*, New York 1984, S. 341.

<sup>16)</sup> Jacek Kuroń, *Tezy o wyjściu z sytuacji bez wyjścia* (Thesen über den Ausweg aus einer ausweglosen Situation), London 1984, S. 213.

### III. Der „Runde Tisch“

Die Gespräche am sog. Runden Tisch zwischen Vertretern der Kommunisten und ihrer Bündnisparteien auf der einen Seite und den Sprechern der „Solidarität“ und der ihr nahestehenden Oppositionsgruppen auf der anderen Seite stellen sich dem politischen Analytiker als ein geradezu klassisches Szenario gegenseitiger Fehleinschätzungen dar. Denn selten trifft man eine Situation an, in der sich bei einem Konflikt beide Parteien gleichermaßen von derart weitgehenden Fehlbeurteilungen der Lage leiten lassen. Es ist inzwischen schon ein Gemeinplatz, daß in diesem Fall jede Seite gerade diejenigen Fragen bei den Verhandlungen in den Mittelpunkt stellte, welche sich dann gerade als ihre spezifischen Schwachpunkte erweisen sollten.

Der „Solidarität“ ging es um die Wiederzulassung der Gewerkschaft. Das war nur zu verständlich, da sie nur auf diesem Wege ihre Identität in den Augen von Millionen Polen wiedererlangen konnte — und zwar in den Augen ihrer Anhänger ebenso wie der indifferenten Masse und sogar der Gegner. Bereits in einem Interview, das den Annäherungsprozeß in der Vorbereitung des Runden Tisches einleitete, hatte Bronislaw Geremek sich über die Chancen eines Krisenpakts geäußert und u. a. festgestellt, daß er „dem Gewerkschaftspluralismus das größte Gewicht beimesse“<sup>17</sup>). Nicht in Frage stellen wollte Geremek dagegen die zwar problematische, aber vermeintlich unaufhebbare Formel von der „führenden Rolle der PVAP, die auch ein gewisses Ausmaß von Machtmonopol impliziert“. Fast ein Jahr später, unmittelbar vor den Verhandlungen am Runden Tisch, erklärte in ähnlicher Weise auch Lech Wałęsa die Wiederzulassung der „Solidarität“ zur Schlüsselfrage<sup>18</sup>).

Der Irrtum der „Solidarität“ bestand nicht darin, daß sie auf die Wiederzulassung der Gewerkschaft bedacht war, sondern daß sie das Gewicht dieser Frage überschätzte. Sie war bereit, dafür einen hohen Preis zu zahlen, nämlich der kommunistischen Regierung (zumindest für eine Übergangszeit) neue Legitimität zu verschaffen und die Verantwortung für eine von den Kommunisten gesteuerte Wirtschaftsreform mit zu übernehmen. Was die „Solidarität“ in dieser Lage retten sollte, war die Tatsache, daß gerade die Vereinbarung, die sowohl von der Gewerkschaft als auch von den Kommunisten als Teil des zu entrichtenden Preises betrachtet wurde,

nämlich die Vereinbarung über die Beteiligung an den Parlamentswahlen, ihr letztlich einen ungleich größeren Sieg einbrachte als die erneute Legalisierung der Gewerkschaftsorganisation.

Den Kommunisten ging es darum, die „Solidarität“ mittels der Wahlen in ihr seit 1945 bestehendes Herrschaftssystem einzubinden — um den Preis, die Gewerkschaft zu legalisieren. Dabei verstanden im Grunde beide Seiten nicht, worauf die Stärke der alten „Solidarität“ von 1980/81 beruht hatte: nämlich darauf, daß sie eine „gesellschaftliche Bewegung“ gewesen war. Wenn sie sich damals vor allem als Gewerkschaftsbewegung dargestellt hatte, so doch nur, weil ihr der Weg zur förmlichen Umwandlung in eine politische Bewegung verstellt gewesen war. Entsprechend war es logisch, daß sich die „Solidarität“ in dem Moment, wo man das von ihr verlangte, was man ihr sieben Jahre zuvor verboten hatte, sofort in eine primär politische Bewegung verwandeln mußte. Sie erlangte ihre Macht zurück, indem sie sich legal, d. h. ungefährdet dem kommunistischen System entgegenstellen konnte. Und sie konnte diese Macht jetzt in allen Bereichen zur Geltung bringen, und nicht mehr nur auf dem künstlich abgegrenzten Gebiet der Gewerkschaftsarbeit.

Die „Partei- und Regierungskoalition“ war sich während der Verhandlungen am Runden Tisch nicht bewußt, wie stark die „Solidarität“ tatsächlich war und worauf diese Stärke beruhte. Aber ebensowenig erkannte sie, wie weitgehend das Fundament des kommunistischen Regimes nach so vielen Krisenjahren erschüttert war. Bezeichnend waren dafür Tonalage und Aussage einer Ansprache, die der höchste Repräsentant des kommunistischen Regimes bei den Verhandlungen, Innenminister Czesław Kiszczak, gehalten hat. Der Minister sagte: „Was die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei angeht, so hat sie aufrichtig Rechenschaft abgelegt, und zwar für die zurückliegenden vier Jahrzehnte.“ Er forderte nun Garantien für die „Unantastbarkeit der sozialistischen Grundlagen der Staatsverfassung“ sowie die „Anerkennung des Grundsatzes gemeinsamer Verantwortlichkeit für die Reformen, auch wo es ‚gegen den Strom‘ gewisser Stimmungen geht“. Gleichzeitig versprach er die Wiederzulassung der Gewerkschaft, machte sich dabei aber auch zum Anwalt bestimmter Befürchtungen, die angeblich von Leuten innerhalb wie außerhalb der Partei gehegt wurden. „Diese wollen und müssen Gewißheit haben, daß die ‚Solidarität‘, die jetzt wiedererstehen soll, nicht wieder in die alten Gleise gerät und den sozialen Frieden nicht in Frage stellen

<sup>17</sup>) Konfrontacje Luty, (1988) 2, S. 7.

<sup>18</sup>) Vgl. Polityka, 7. Januar 1989, S. 4.

wird, daß Polen nicht wieder in Konflikte und in Anarchie verfällt.“<sup>19)</sup>

Der Hauptgrund für die Niederlage der Kommunisten war die „strategische“ Fehlentscheidung, die Parlamentswahlen derart kurzfristig anzusetzen und die „Solidarität“ zur Beteiligung zu nötigen. Offenbar setzte die Partei dabei auf eine Reihe von Faktoren, die vermeintlich für ihren Erfolg sprachen. Erstens unterstellte sie im Hinblick auf die zahlenmäßig schmale Basis der Untergrund-„Solidarität“ sowie auf die geringe Beteiligung an den Streiks von 1988, daß die „Solidarität“ dauerhaft geschwächt sei. Zweitens rechnete sie damit, daß die Fraktionierungen und unterschwelligten Konflikte innerhalb der „Solidarität“ bei den Wahlen offen aufbrechen würden, wodurch es sowohl zu partiellem Wahlboykott als auch zu konkurrierenden Kandidaturen kommen mochte. Vor allem aber hoffte man drittens, bei einem möglichst frühen Wahltermin das enorme organisatorische Übergewicht der Partei gegenüber der „Solidarität“ mit ihren noch rudimentären Strukturen optimal auszuspielen zu können.

Die kommunistische Partei entwarf ein ganzes System weiterer Sicherungen und setzte es am Runden Tisch als Gegenleistung für die Wiederzulassung der „Solidarität“ durch. Alle diese Sicherungen versagten freilich. Die erste bestand in der Beschränkung des passiven Wahlrechts auf einen bestimmten Anteil der Mandate. Lediglich 35 Prozent der Sejm-Mandate blieben parteilosen Kandidaten vorbehalten. Die übrigen 65 Prozent wurden auf die Kandidaten der PVAP und ihrer Bündnisparteien verteilt. Eine weitere Sicherung sollte die Änderung der Verfassung zugunsten einer beträchtlich breiteren Kompetenzausstattung des Präsidentenamts darstellen. Als die „Solidarität“ mit ihrer Zustimmung zögerte, kam man ihr mit der Einrichtung einer zweiten Kammer, des Senats, entgegen, die zwar keine wichtigen Befugnisse haben, dafür aber völlig frei gewählt werden sollte. Um indessen einen gewissen Einfluß auf die Zusammensetzung des Senats zu behalten, setzte die Partei durch, daß fast alle Wojewodschaften unabhängig von ihrer Bevölkerungszahl je zwei Senatoren entsenden sollten;

lediglich den größten Wojewodschaften Kattowitz und Warschau wurden je drei Mandate zugestanden. Dies sollte die bevölkerungsarmen ländlichen Wojewodschaften begünstigen, in denen die „Solidarität“ bisher keine Stützpunkte hatte.

Der Kardinalfehler der Partei war, daß sie nicht erkannte, daß die Wahlen zwangsläufig den Charakter eines Plebiszits annahmen, bei dem es angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit zu einer Abrechnung mit dem kommunistischen System und der herrschenden Partei kommen mußte. Damit war im Grunde vorprogrammiert, daß die „Solidarität“ einen spektakulären Erfolg, die Partei aber eine vernichtende Niederlage davontrug. Die am Runden Tisch ausgehandelten Sicherungen setzten die Kommunisten und deren Bündnisparteien lediglich in die Lage, ein rein numerisches Übergewicht zu wahren<sup>20)</sup>. Die Unfähigkeit zu einer realistischen Lagebeurteilung führte schließlich dazu, daß auf Verlangen der Partei die Einrichtung einer Landesliste in die Wahlordnung aufgenommen wurde; auf dieser sollten die führenden Köpfe der Partei und ihrer Verbündeten kandidieren, und zwar ohne Gegenkandidaten, jedoch mit der Vorgabe, daß mehr als 50 Prozent der Stimmen für eine gültige Wahl erzielt werden mußten. Der plebiszitäre Charakter der Wahl wurde dadurch noch unterstrichen und die Niederlage der Partei letztlich verschärft.

Indessen hat sich vor den Parlamentswahlen wohl auch niemand — weder auf seiten der „Partei- und Regierungskoalition“, noch bei der „Solidarität“ — die Frage gestellt, inwieweit die Kommunisten fähig sein würden, das krisengeschüttelte Land zu regieren, wenn eine Mehrheit, gar die überwältigende Mehrheit der Wähler, dem Regime das Vertrauen versagte. Im Grunde wurde die Frage ausschließlich unter formalrechtlichen, nicht aber unter politischen Gesichtspunkten erörtert. Freilich spielte dabei auch eine Rolle, daß praktisch bis zur Wahl in kommunistischen Führungskreisen eine durchaus zuversichtliche Stimmung herrschte, während die Führung der „Solidarität“ ihre Chancen skeptischer einschätzte.

<sup>20)</sup> Vgl. Krzysztof Leski, *Coś. Rzecz o okrągłym stole* (Etwas. Über den Runden Tisch), Warszawa 1989, S. 16.

<sup>19)</sup> *Zycie Warszawy*, 7. Februar 1989, S. 2.

## IV. Die polnische Politik heute

Obwohl dies nicht gleich ins Bewußtsein trat, war mit den Juni-Wahlen von 1989 bereits entschieden, daß die Kommunisten die Macht verlieren und später auch ihre Partei auseinanderfallen würde. Die Kommunisten nahmen die Signale der Wahl jedoch offenkundig nicht wahr. Denn daß es gelang, gemäß den Vereinbarungen vom Runden Tisch die Wahl General Jaruzelskis zum Präsidenten zu bewerkstelligen, war letztlich nur einer kleinen Gruppe von „Solidaritäts“-Abgeordneten zu verdanken, die für ihn gestimmt hatten. Eine wesentlich größere Gruppe von Abgeordneten aus den Reihen der Bündnisparteien und sogar der PVAP hatte ihm die Unterstützung versagt. Dennoch sah die Partei darüber hinweg und nominierte für das Amt des Premierministers einen weiteren führenden Parteivertreter, der nicht nur für die Politik des Runden Tisches stand, sondern auch für die frühere Politik des Kriegsrechts: General Kiszczak.

Man könnte sich heute fragen, was geschehen wäre, wenn nicht Kiszczak für die Partei kandidiert hätte, sondern einer der wenigen Kommunisten, die als Reformler gelten durften und die sich in der Zeit des Kriegsrechts nicht kompromittiert hatten. Freilich wäre das eine rein theoretische Überlegung, da die Partei sich selbst keine solche Chance gab. Die Kandidatur Kiszczaks galt im ganzen Land als inakzeptabel, stand sie doch in eklatantem Widerspruch zu der im Juni von 80 Prozent der Wähler unterstützten Forderung nach tiefgreifenden politischen Reformen<sup>21)</sup>. Unter dem Druck der Stimmung im Lande verlor die PVAP auch ihre bisherigen Bündnis- bzw. Satellitenparteien und damit zugleich die für die Regierungsbildung notwendige Mehrheit. So mußte sich die Partei mit der Preisgabe der Regierungsmacht abfinden.

In dieser Situation gab es für die PVAP zwei Möglichkeiten: Sie konnte entweder eine Regierungsbeilegung anstreben, um die politischen Schlüsselministerien (Verteidigung, Inneres und Außenpolitik) in der Hand zu behalten (an den Wirtschaftsressorts lag ihr aus verständlichen Gründen wenig); oder sie konnte sich auf die Rolle einer entschiedenen Opposition einstellen. Nach der ersten Variante wurde der am Runden Tisch erzielte Konsens gewahrt, allerdings um den Preis einer erheblichen Schwächung der Kommunisten. Die zweite Variante lief auf eine Konfrontation hinaus; dabei hätte die neue Regierung, die noch über keinerlei Rückhalt im

Staatsapparat, der Armee und der Polizei verfügte, einer Partei gegenüber gestanden, die ihrerseits keinerlei gesellschaftliche Akzeptanz mehr besaß, dafür aber noch über die Machtmittel verfügte und auch mit äußerer Hilfe, u. a. von seiten der Sowjetunion rechnen konnte. Die erste Variante barg enorme Risiken für die Zukunft: Es konnte zum Verfall oder auch zur Spaltung der Partei kommen, die zwar zahlenmäßig noch immer stark war, jedoch verstrickt in das Spiel um Nomenklatura-Interessen und – auf niedriger Ebene – um geringe, jedoch stetig gewährte Vorteile: bei politischen Karrieren, beim beruflichen Aufstieg und bei der Verteilung von Mangelwaren. Mit der zweiten Variante lief die Partei Gefahr, in der Isolation zu unterliegen, konfrontiert mit lange aufgestauten Emotionen, einer Atmosphäre der Vergeltung und der historischen Frage „Wer frißt wen?“.

Die Partei wählte die erste Variante, und zwar aus verschiedenen, gleichermaßen gewichtigen Gründen. Erstens mußte sie die Hoffnung auf eine mögliche Unterstützung eines neostalinistischen Kurses durch die Sowjetunion angesichts des beschleunigten Tempos der Perestrojka aufgeben. Zweitens war die Führung der PVAP selbst mit der Politik des Runden Tisches verbunden, weshalb sie im Falle einer neostalinistischen Restauration ihrerseits damit rechnen mußte, gestürzt zu werden. Drittens schlug zu Buche, daß die breiteren Trägerschichten des kommunistischen Systems in Polen zwar den Verlust der Macht und der materiellen Privilegien fürchteten, aber mehr noch eine elementare anti-kommunistische Erhebung, der die Partei ohne Hilfe von außen nicht hätte standhalten können.

In den fünf Monaten bis zum Auflösungsparteitag der PVAP am 27. Januar 1990 war diese letzte Konsequenz ständig vorgezeichnet; die Partei konnte sich ihr angesichts der Politik des nationalen Konsenses nicht entziehen. Charakteristisch waren dafür sowohl die politischen als auch die persönlichen Kontroversen zwischen den Vertretern der verschiedenen Richtungen, die vor diesem Hintergrund ausgetragen wurden. Es ist jedoch bezeichnend, daß eine Richtung, die mit Sicherheit noch eine breite Anhängerschaft in der Partei hatte, die Befürworter einer neostalinistischen Restauration, sich nicht offen zu Wort gemeldet hat.

Jede Klassifizierung nach Richtungen oder gar Gruppen hat freilich nur relativen Wert, da die Selbstdarstellungen der betreffenden Gruppierungen weder klar noch kohärent waren und die Positionen sich in Abhängigkeit von den Ereignissen ständig wandelten. Die Parteikreise um Präsident

<sup>21)</sup> Ihren Niederschlag fand diese Stimmung in dem berühmten Artikel von Adam Michnik, Wasz Prezydent, nasz Premier (Euer Präsident, unser Premierminister), in: Gazeta Wyborcza, 3. Juli 1989, S. 1.



Jaruzelski, darunter viele Militärs, aber auch etliche kommunistische Politiker, übten in den innerparteilichen Kontroversen deutlich Zurückhaltung. Sie machten sich die traditionelle Überparteilichkeit des Präsidentenamts wie der Armee zunutze, um zur Partei auf Distanz zu gehen. Dieser Prozeß endete im Januar 1990, indem dieser Personenkreis auf weitere Parteitätigkeit im Rahmen der epigonalen kommunistischen Nachfolgeorganisationen verzichtete.

Diejenigen, die weiter parteipolitisch aktiv sein wollten, standen vor einem Dilemma: Sollten sie sich um möglichst starken Rückhalt auf den bisherigen Grundlagen bemühen, oder um Glaubwürdigkeit außerhalb der Partei werben? Im ersten Fall kam es darauf an, der Partei durch Kontinuität Macht zu sichern. So wollte Rakowski der Partei ihren aktiven Kern sowie ihr Vermögen, einschließlich des umfangreichen Propagandaapparats, erhalten. Das ungarische Beispiel konnte als Warnung vor dem Versuch verstanden werden, die Partei aufzulösen und sie von Grund auf neu zu formieren. Doch fehlte es an positiven Vorbildern für eine einigermaßen erfolgreiche Transformation einer bestehenden Partei. Im Gegenteil, die kommunistischen Parteien in der DDR und der Tschechoslowakei waren einem starken Erosionsprozeß ausgesetzt, in Rumänien hatte die Partei aufgehört zu existieren. Rakowski rang sich daher allmählich dazu durch, eine ideologische und politische Erneuerung der Partei, deren „Sozialdemokratisierung“ zu akzeptieren, wenn nur die organisatorische Kontinuität gewahrt bliebe. Sein Besuch bei Willy Brandt galt der Kontaktsuche zur Sozialistischen Internationale. Für den Fall eines Mißerfolgs aber hatte er bereits beschlossen, in Zukunft keine Führungsposition in der Partei anzustreben. Auf dem Auflösungsparteitag vertrat er nur noch minimalistische Losungen: „Wir fürchten uns nicht, verantwortungsbewußt über die Zukunft nachzudenken . . . für den Sieg der sozialistischen Ideale zu kämpfen . . . große Anstrengungen für den Sieg des demokratischen Sozialismus auf uns zu nehmen“<sup>22</sup>). Mit diesen Losungen verabschiedete er sich faktisch in ein politisches Rentnerdasein.

Indem Rakowski als Parteiführer an Einfluß verlor, traten etliche jüngere, pragmatische Funktionäre aus dem zentralen Parteiapparat in den Vordergrund, der fähigste unter ihnen war Aleksander Kwaśniewski. Da sie nicht von Mitverantwortung für die bisherige Politik belastet waren, konnten sie glaubwürdiger für die Bildung einer neuen, sozialdemokratischen Partei eintreten. Doch ähnlich wie Rakowski wollten auch sie das Unmögliche: eine neue Partei schaffen, zugleich aber die Verluste an

Mitgliedern und Vermögenswerten, die ein solcher Identitätswechsel mit sich bringen mußte, auf ein Minimum beschränken. Kwaśniewski gelang es schließlich, eine Gruppe von radikalen Kritikern vor allem aus Hochschulkreisen, die „Bewegung 8. Juli“, um sich zu scharen. Auf dem Gründungskongreß der Sozialdemokratie der Republik Polen wurde Kwaśniewski zum Vorsitzenden gewählt. Bezeichnend ist, daß sich der Oberste Parteirat zu einem Drittel aus ehemaligen Funktionären der PVAP und zu einem weiteren Drittel aus Wissenschaftlern und Hochschullehrern zusammensetzt<sup>23</sup>).

Anfangs mochte es scheinen, daß Tadeusz Fiszbach bessere Aussichten auf die Wahl zum Parteivorsitzenden hatte, verfügte er doch über die Unterstützung der „Bewegung 8. Juli“ sowie der Mehrheit der Sejm-Fraktion unter ihrem Vorsitzenden Marian Orzechowski. Jedenfalls hatte Fiszbach gute Chancen. 1980/81 war er Erster Sekretär der PVAP in der Wojewodschaft Danzig gewesen, hatte eng mit der „Solidarität“ zusammengearbeitet und war — nachdem man ihn nach Verhängung des Kriegsrechts abgesetzt hatte — erst zur Zeit der Juni-Wahl wieder in die Politik zurückgekehrt. Was Fiszbachs Position vermutlich schwächte, war sein Eintreten für eine entschiedene Distanzierung von den kompromittierten Parteifunktionären, noch mehr aber seine Absichtserklärung, vollständig auf das Parteivermögen der PVAP verzichten zu wollen. Die schließlich gegründete Konkurrenzpartei Union der Sozialdemokratie der Republik Polen vermochte nur wenige Delegierte zu gewinnen, wengleich mehr Sejm-Abgeordnete dieser Partei folgten als der Partei Kwaśniewskis. Ohnehin erklärte sich die Mehrzahl der Sejm-Fraktion vorerst neutral, um die weitere Entwicklung abzuwarten.

Zurückhaltung wahrte noch eine andere Gruppe, die in den letzten Monaten eine nicht unbedeutende Rolle in der PVAP gespielt hatte: Alfred Miodowicz's Kreis von Parteifunktionären aus der Gewerkschaftszentrale der Partei beim Gesamtpolnischen Verband der Gewerkschaften (OPZZ). Sie verstanden sich vor allem als Sprachrohr für egalitär orientierte Gruppen, vor allem unter den Arbeitnehmern. Anfänglich sparten sie nicht mit vehementer Kritik an dem Wirtschaftsprogramm der Regierung Mazowiecki, schlugen dann aber im Hinblick auf die Popularität der Regierung versöhnlichere Töne an. Innerhalb der PVAP gründeten sie eine „Bewegung der Arbeitnehmer“. Nach der Auflösung der alten Partei legten sie sich vorerst nicht auf eine neue Option fest, d. h. sie erklärten

<sup>22</sup>) Trybuna Kongresowa, Nr. 1, 29. Januar 1990, S. 9.

<sup>23</sup>) Vgl. Trybuna Kongresowa, Nr. 3, 29. Januar 1990, S. 4f.

sich weder förmlich für unabhängig, noch traten sie einer der beiden Sozialdemokratien bei.

Während also die Kommunisten von der politischen Bühne abtraten, richtet sich dort die „Solidarität“ in verschiedenen Organisationszusammenhängen als neue Kraft ein. So unerwartet ihr Erfolg aufgrund der Wahl gewesen war, so provisorisch, wildwüchsig und inkohärent hatten sich auch ihre Organisationsstrukturen entwickelt. Die wichtigsten Strukturen waren die Gewerkschaft „Solidarität“, neugegründet am 18. Dezember 1988, das Bürgerkomitee beim Vorsitzenden der „Solidarität“ Wałęsa und die im Wahlkampf gegründeten Bürgerkomitees der Wojewodschaften und Gemeinden, die Gewerkschaft „Solidarität der privaten Bauern“ und der Parlamentarische Bürgerklub, dem die Abgeordneten und Senatoren aus dem Umkreis der „Solidarität“ angehören. Dieser organisatorische Pluralismus bei gleichzeitigem Fehlen verbindender Hierarchien und abgegrenzter Kompetenzen trat nach der Übernahme der Regierung im September 1989 noch stärker hervor. Daraus erwachsen vielfältige Konflikte, die ihren spektakulärsten (wenn auch künstlich überspitzten) Ausdruck in einem viel diskutierten Artikel von Piotr Wierzbicki fanden<sup>24</sup>). Durch ihn ist es populär geworden, den Kreis um die parlamentarischen Führer als „Familie“ zu bezeichnen, die der Regierung nahestehenden Gruppen als das „Gefolge“ und den Kreis um Wałęsa als den „Hof“.

Die „Solidarität“ erlangte am Runden Tisch den Status einer legalen Gewerkschaft. Dennoch scheinen viele Gewerkschaftsführer bis heute nicht zu verstehen, worin die Macht der alten „Solidarität“ von 1980/81 bestand. Wenn man gegenwärtig Klagen darüber hört, daß sich die Politiker von der „Solidarität“ gelöst hätten oder daß die Bürgerkomitees ein neues Aufblühen der wieder legalisierten Gewerkschaft verhindert hätten, so ist dies vor allem als ein Indiz der Ernüchterung zu werten.

In einem verarmten Land wie Polen können die Gewerkschaften von den Arbeitgebern nur schwer Zugeständnisse abringen, ja oft genug nicht einmal den aktuellen Besitzstand verteidigen.

Die Universalität der „Solidarität“-Bewegung und ihre Funktion als eine Anti-Partei bilden heute auch für die Gewerkschaft selbst eher eine Belastung als eine Erleichterung. Denn es gereicht der Gewerkschaft keineswegs zum Vorteil, daß sie derart eng

<sup>24</sup>) Piotr Wierzbicki, *Familia, świta, dwór* (Familie, Gefolgschaft, Hof). In: *Tygodnik Solidarność*, 10. November 1989, S. 1 und S. 5. Dessen These von den drei Machtzentren vertrat, wenngleich weniger zugespitzt, auch der persönliche Berater Wałęsas Lech Kaczyński in: *Polityka*, 3. Februar 1990, S. 3.

an die regierenden Gruppen gebunden ist. Die Gewerkschafter in der Bundesrepublik haben daher zu Zeiten der SPD-Regierung strikt auf die Wahrung ihrer Unabhängigkeit geachtet, desgleichen die britischen Gewerkschaften unter den jeweiligen Labour-Regierungen. Freilich gibt es Gründe für die Larmoyanz der Gewerkschaftsfunktionäre. Es handelt sich vielfach um altbewährte Leute mit beträchtlicher Autorität und großen politischen Fähigkeiten. Gerade deshalb fühlen sie sich heute auf dem Abstellgleis. Am wenigsten gilt dies für Wałęsa selbst, denn er ist weiterhin die Symbolfigur der „Solidarität“ insgesamt, und er hat gute Aussichten, seine Position unabhängig von der Entwicklung der Organisationsformen zu behaupten. Um so unzufriedener sind alle diejenigen, welche keinen berühmten Namen haben.

Die Gewerkschaft „Solidarität“ zählt gegenwärtig etwa 2 Millionen Mitglieder, also nur ein Fünftel ihres Mitgliederstands von vor neun Jahren. Daraus ist nicht zu schließen, daß die Polen eine Phase politischer Lethargie oder Passivität durchmachen. Gegenbeweise sind die Wahlbeteiligung, die hohe Auflage der „Gazeta Wyborcza“ oder die Einschaltquoten bei den Fernsehnachrichten. Natürlich äußert sich politisches Engagement nicht mehr so dramatisch wie in den Jahren 1980/81, und es umfaßt auch nicht mehr derartig breite Kreise der Bevölkerung. Polen ist ein politisch normales Land geworden. Da die Regierung das Vertrauen einer überwältigenden Mehrheit der Bürger genießt, hat die Motivation, ständig kampfbereit zu sein, nachgelassen. Die Neigung, pausenlos Versammlungen abzuhalten, zu diskutieren oder gar zu demonstrieren oder zu streiken, ist verständlicherweise geringer geworden.

Dennoch ist einstweilen die Frage ungelöst geblieben, welche demokratischen Organisationsformen des politischen Lebens gefunden werden müssen, um allen, die dies wünschen, die Teilnahme zu ermöglichen. Im allgemeinen gibt es dafür zwei Möglichkeiten: politische Parteien und die lokale Selbstverwaltung. Im heutigen Polen herrscht indessen die nach den Maßstäben des ausgehenden 20. Jahrhunderts kuriose Situation, daß sich die große Mehrheit der politisch Engagierten nicht für die Parteien interessiert, eine lokale Selbstverwaltung aber nicht existiert. Klar ausgeformt sind bisher nur die elitären politischen Institutionen: das Parlament mit seinen Fraktionen und die Redaktionen der politischen Presse.

Gewisse Stellvertreterfunktionen erfüllen einstweilen die Bürgerkomitees. Aber auch hier bestehen zahlreiche Hemmnisse, die einer möglichen Umgestaltung der „Solidarität“ in eine parteiartige Orga-

nisation erschweren. Gleich nach den Wahlen, für deren Bedürfnisse die Komitees gebildet worden waren, hatte die Gewerkschaftsleitung der „Solidarität“ ihre Auflösung angeordnet und dabei auf den Primat der Gewerkschaftsaufgaben hingewiesen. Allerdings wurde diese Entscheidung später wieder annulliert, doch konnten viele Bürgerkomitees, selbst in Warschau, bis heute nicht wieder vollständig reaktiviert werden. Widerstände gegen ihre Umgestaltung in parteiartige Institutionen gibt es aber nicht nur von Gewerkschaftsseite. Vielmehr werden auch grundsätzliche Einwände laut, vor allem die Überzeugung, daß es bei der gegenwärtigen Popularität der „Solidarität“ durch politische Institutionalisierung zur Entstehung einer Art neuen Einheitspartei kommen würde, was die Entwicklung des politischen Pluralismus stark beeinträchtigen müßte. Schließlich gibt es auch aktuelle politische und nicht zuletzt persönliche Motive des Widerstands, vor allem bei den Vertretern der derzeit in der „Solidaritäts“-Führung wie in der Regierung, im Parlamentarischen Bürgerklub und im Gesamtpolnischen Bürgerkomitee eher schwach repräsentierten Gruppierungen; das sind jene Gruppen, die deutlich rechts oder links von den gegenwärtigen Führungskreisen stehen.

Die Abneigung gegen eine Institutionalisierung der Bürgerkomitees hängt ferner mit konkurrierenden Bestrebungen zusammen, besondere Interessenvertretungen zu schaffen. Dies gilt besonders für Initiativen aus dem bäuerlichen Milieu. Zwar behaupten etliche Vertreter der „Solidarität der privaten Bauern“ weiterhin ihren Platz in verschiedenen Gliederungen der „Solidarität“ und vor allem im Parlamentarischen Bürgerklub. Doch gewinnt allmählich die Tendenz die Oberhand, eine selbständige Organisation anzustreben und den Kontakt zu anderen Bauernorganisationen zu suchen.

Einen Versuch, die Pattsituation bei der Organisation des politischen Lebens zu überwinden, stellt die Entscheidung dar, im Mai 1990 Wahlen zu den territorialen Selbstverwaltungsorganen abzuhalten und damit erneut eine wirkliche Selbstverwaltung zu reaktivieren. Dabei geht es zum einen darum, eine der beiden Grundformen moderner Demokratie neu zu beleben. Zum andern aber sollen im Zuge des Wahlkampfes auch die Bürgerkomitees erneut mobilisiert werden, um diejenigen Fronten, welche auf der zentralen Ebene bereits zerschlagen sind, auch auf der lokalen Ebene aufzubrechen: die Fronten zwischen der aus dem kommunistischen System hinübergeretteten Nomenklatura und der „Solidarität“ als Ganzes<sup>25)</sup>.

<sup>25)</sup> Vgl. den programmatischen Artikel von Bronislaw Gernemek, in: Rzeczpospolita, 17. Januar 1990, S. 3.

Neben den sich kapitalistisch anpassenden Kommunisten und der vielgestaltigen „Solidarität“ gibt es noch viele weitere Akteure in der politischen Szenerie Polens. Sie machen nicht selten durch markige Losungen und spektakuläre Auftritte von sich reden, repräsentieren jedoch nur Randgruppen der Bevölkerung. Dazu gehören nicht zuletzt die ehemaligen Bündnisparteien der Kommunisten, die Bauernpartei (jetzt: Polnische Volkspartei – Wiedergeburt), die Demokratische Partei und die drei katholischen Gruppierungen. Sie alle verfügen über einen mehr oder weniger umfangreichen Apparat, eine technische Infrastruktur und ein Parteivermögen. Die gegenwärtigen Bestrebungen, das von den Parteien illegal mit Beschlag belegte Staatseigentum zurückzuerstatten, sowie die Wahlen zur regionalen Selbstverwaltung dürften die ehemaligen Bündnispartner der Kommunisten künftig erheblich schwächen.

Eine zweite Gruppe von potentiell bedeutsamen politischen Akteuren bilden die verschiedenen neuen Gruppierungen und Parteien, die als Gegenpole zum kommunistischen System und dessen Relikten jetzt entstanden sind. Dazu gehören auch solche Gruppen, die sich weiterhin als Teil der „Solidarität“ betrachten, gleichzeitig aber ihre Unabhängigkeit herausstellen. Dies gilt zum Beispiel für die Polnische Sozialistische Partei von Jan Józef Lipski, die Partei der Arbeit von Władysław Siła-Nowicki, die Christlich-Nationale Union von Wiesław Chrzanowski, in gewisser Hinsicht aber auch für die stärkste, einige tausend Mitglieder zählende Formation der Konföderation für ein Unabhängiges Polen. Weitere Gruppen berufen sich zwar auch auf die Tradition der „Solidarität“, verdammen jedoch kategorisch ihre gegenwärtige, vermeintlich kompromißlerische und undemokratische Politik. Zu nennen wäre hier die „Kämpfende Solidarität“ um Krzysztof Morawiecki sowie die inzwischen in Auflösung befindliche Arbeitsgruppe der Solidarität um Andrzej Gwiazda. Wiederum eine eigene Gruppe bilden die scharfen Kritiker der „Solidarität“, zu denen etliche extremistisch nationale Parteien sowie die trotzkistische Polnische Sozialistische Partei – Demokratische Revolution gehören.

Die geringe Bedeutung der politischen Parteien und Gruppierungen im engeren Sinn ist ein Reflex der posttotalitären Wirklichkeit im heutigen Polen. Es ist nicht etwa die „Solidarität“, die jene künstliche Einheit erzwingt; denn es gibt weder Beschränkungen für die Gründung politischer Parteien, noch ist die „Solidarität“ aufgrund ihrer organisatorischen Strukturen in der Lage, potentielle Konkurrenten zu vereinnahmen. Man mag ferner darüber streiten, wie stark die Relikte des

Kommunismus in Polen noch immer nachwirken, aber gewiß vermögen weder sie noch ihre Schatten die große Mehrheit der Gesellschaft gegen deren

gemeinsame Symbole, anerkannte Führungs-  
persönlichkeiten und allgemeingültige Werte zu integrieren.

## V. Die polnische Politik von morgen

Polens politische Zukunft hängt weitgehend vom Erfolg der derzeitigen Wirtschaftsreformen ab. Deren grundlegende Zielsetzungen – zunächst Eindämmung der Inflation, dann Auflösung der Monopole, Schaffung von Marktverhältnissen und Privatisierung – sind allgemein akzeptiert. Sollte diese Reform gelingen, stellt sich für die Zukunft die Frage nach der Option für eine langfristige Wirtschaftspolitik. Denn bekanntlich konkurrieren hierbei die Verfechter verschiedener konträrer Konzepte – vom Thatcherismus bis zum schwedischen Modell. So wird es früher oder später zwangsläufig zur Ausbildung eines modernen pluralistischen Parteiensystems kommen, das sich weder einfach auf Klassenkategorien noch auf geschlossene Ideologien beziehen kann. Die Zeit der sozialistischen wie der nationalistischen Doktrinen ist vorbei.

Was aber wird kommen, wenn die Wirtschaftsreform gelingt? Und was würde es bedeuten, wenn sie nicht gelänge? Darauf zu antworten, ist wesentlich schwieriger. In der Weltgeschichte gibt es bisher keine Vorbilder für den Weg aus dem Kommunismus, und Vergleiche mit Prozessen der Überwindung anderer diktatorischer Systeme helfen nicht weiter. Eine „Solidaritäts“-Regierung wäre in der Lage, den Reformprozeß anzuhalten, wenn sich erweisen sollte, daß er keine Chancen auf Erfolg hat. Dies würde bedeuten, sich auf Dauer mit der Situation der Rückständigkeit und einem dritt- oder viertrangigen Platz in der Weltordnung abzufinden. Daß es dazu kommen könnte, ist wenig wahrscheinlich. Doch wenn sich eine Entwicklung abzeichnen sollte, die eher zum Selbstmord als zur Erholung tendiert, ist auch diese Variante nicht auszuschließen.

Die Reform wird auch dann nicht gelingen, wenn eine Welle der Unzufriedenheit über die Reformregierung hereinbrechen sollte. Diese könnte sich in spontanen Ausbrüchen äußern, aber auch in organisierten Bewegungen, unter dem Zwang be-

stimmter Umstände von den Gewerkschaften angeführt – sei es von den alten post-kommunistischen Gewerkschaften, sei es von der „Solidarität“. Die möglichen Auswirkungen einer solchen Welle der Unzufriedenheit lassen sich kaum abschätzen. Sie könnten zu lange anhaltendem Chaos oder auch nur zu einem Regierungswechsel unter der Ägide der „Solidarität“ führen.

Mit Sicherheit aber würde ein Mißerfolg der Wirtschaftsreform und damit eine Fortschreibung der Krise die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie gefährden und statt dessen entweder direkt oder nach einer Phase des Chaos abermals autoritäre Lösungen durchzusetzen. Es gibt verschiedene Abstufungen von autoritärer Macht; sie kann sich sowohl auf die anerkannte Geltung einer Person als auch auf militärische oder polizeiliche Macht stützen. Auch kann sie sich unter Umständen rechtfertigen als eine (freilich immer riskante) Übergangslösung zur Ermöglichung – und freilich auch zur Verhinderung – wirtschaftlicher Reformen.

Mit solchen Überlegungen bewegt man sich auf unsicherem Grund. Die optimale Lösung wäre zweifellos eine erfolgreiche Wirtschaftsreform und in der Folge eine moderne politische Demokratie. Einstweilen scheint den Reformbestrebungen auch tatsächlich Erfolg beschieden zu sein, und die durch das allgemeine politische Vertrauen motivierte Geduld der Gesellschaft ist geradezu erstaunlich. So scheinen die Chancen zur Zeit auf Seiten jener Werte zu liegen, welche von der „Solidarität“ repräsentiert werden, in allen ihren organisatorischen Gliederungen, von allen ihren profilierten Führern: Verbannung von Gewalt aus dem politischen Leben, Garantie der Bürgerrechte und Entwicklung der parlamentarischen Demokratie auf der Grundlage des Pluralismus.

(Übersetzung: Michael G. Müller)

# Polens schwieriger Weg in die Marktwirtschaft

## I. Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren

Die wirtschaftliche Krise in der Volksrepublik Polen wurde 1979 offenbar. Bis 1978 zeigten die statistischen Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit noch Wachstumsraten; ab 1979 ergab sich ein Rückgang. 1982 war der Tiefpunkt erreicht; das produzierte Nationaleinkommen lag damals um 24 vH unter dem Stand von 1978, beim Realeinkommen belief sich der Rückgang auf 25 vH.

Viele Ursachen werden für die wirtschaftliche Krise in Polen genannt: Streiks und politische Unruhen, ungünstige außenwirtschaftliche Bedingungen, falsche Entscheidungen der Wirtschaftsführung in der Vergangenheit und nach Zuspitzung der Krise. Jeder einzelne dieser Faktoren allein reicht jedoch zur Erklärung nicht aus. Streiks und politische Unruhen waren nicht eine Ursache, sondern vielmehr eine Folge der ökonomischen Probleme. Die außenwirtschaftlichen Bedingungen und die falschen Entscheidungen spielten zwar eine Rolle, waren aber für sich allein nicht ausschlaggebend für den plötzlichen Zusammenbruch der Wirtschaft. Insgesamt gibt es keine isolierte Erklärung für die geradezu katastrophale Entwicklung in Polen Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre. Vielmehr bestand die Ursache aus vielen Faktoren, die sich gegenseitig verschärften.

Die Wurzeln der späteren Schwierigkeiten reichen weit in die Vergangenheit zurück. Sie beruhten auf der Entscheidung, in Polen eine Wirtschaft unter Bevorzugung der Schwerindustrie aufzubauen. Dieses aus der marxistischen Vorstellung und der stalinistischen Praxis in der UdSSR abgeleitete Wachstumsmuster hatte zur Folge, daß andere Industriezweige — insbesondere die Verbrauchsgüterindustrie und die Landwirtschaft — sowie die Infrastruktur weitgehend vernachlässigt wurden. Auch die Einbindung Polens in die internationale Arbeitsteilung, der Aufbau von exportfähigen Produktionen, blieb zurück.

Diese Fehlentwicklungen wurden weder in den sechziger noch in den siebziger Jahren korrigiert. Die wichtigsten Strukturdaten blieben vielmehr fast unverändert. Das wirtschaftliche System — insbesondere die zentrale Entscheidung über die Investitionsprioritäten, die verzerrte Preisstruktur und die fehlenden Anreizmechanismen — haben die un-

günstige Struktur zusätzlich konserviert. Die Einführung einer grundsätzlich neuen Strategie und neuer Methoden der Wirtschaftsführung wurde immer wieder hinausgeschoben. So kumulierten sich Fehler und Versäumnisse. Der Ausweg einer „aktiven Kreditpolitik“ durch Westverschuldung ohne eine durchgreifende Strukturpolitik in den siebziger Jahren hat das strukturelle Ungleichgewicht noch weiter verstärkt.

Gravierend bei der Zuspitzung der Situation war, daß die zentrale Führung die Kontrolle über die Wirtschaft mehr und mehr verloren hatte. Eine ganze Reihe von wichtigen Aktivitäten (Investitionen, Preise, Importe) entwickelten sich mehr oder weniger unkontrolliert; es wird sogar von einem völlig ungeplanten, spontanen Ablauf der Wirtschaftsprozesse gesprochen. Eine erfolgreiche Verwirklichung der „aktiven Kreditpolitik“, wie sie von Gierek Anfang der siebziger Jahre begonnen wurde, setzt aber gerade eine strenge zentrale Kontrolle der wichtigsten makroökonomischen Größen voraus. Nachdem man sich einmal zur Kreditaufnahme entschlossen hatte, hätte konsequenterweise die zweite und zentrale Entscheidung gefällt werden müssen — wie hoch man sich verschulden sollte, wie schnell und wofür. Diese Kriterien wurden von der polnischen Führung immer mehr aus den Augen verloren. Die Verschuldung erhöhte sich zu rasch und nur die Hälfte der Auslandskredite wurde für die Finanzierung von Investitionsgütereinfuhren verwendet.

Unter dem Druck der Gewerkschaften und der öffentlichen Meinung wurde im Herbst 1980 eine Partei- und Regierungskommission für eine Wirtschaftsreform gebildet, auch zahlreiche andere Gruppen erarbeiteten Reformvorschläge. Die — revidierte — Fassung der Reformkommission vom Juli 1981 war weitgehend: Sie legte nicht nur neue Prinzipien für die Arbeit der Betriebe, sondern auch für die sozialen Beziehungen in der Gesellschaft und für die Organisation von Staat und Verwaltung fest. Auf der Betriebsebene waren das Zielmodell die „drei S“: Selbständigkeit, Selbstfinanzierung, Selbstverwaltung. Die wichtigsten Punkte waren Marktorientierung der Betriebe, Beschränkung der zentralen Planung auf Rahmenpla-

nung, Koordinierung durch indirekte Steuerung. Gleichzeitig sollte das gesamte volkswirtschaftliche Lenkungssystem umgestaltet werden (Reduzierung der Zahl der Industrieministerien, Abschaffung der mittleren Leitungsebene). Für die wichtigsten Maßnahmen wurde ein genauer Stufenplan aufgestellt.

Die Einführung der Reform stand im Schatten des Kriegsrechts. Einige der im Stufenplan vorgesehenen Maßnahmen wurden zögerlich und wenig konsequent realisiert. So konnten die Preise ihre Regulierungsfunktion nicht übernehmen, weil der Anwendungsbereich der „vereinbarten Preise“ (freie Marktpreise) verringert worden ist. Auch die Subventionierung wurde nicht eingeschränkt. Ein stark dirigistisches Element bestand immer noch in der administrativen Zuteilung von Rohstoffen und Material. Gravierend war, daß keine grundsätzliche Veränderung in der Organisationsstruktur eingeführt wurde. Die Leitungsstruktur war immer noch zentralistisch und hierarchisch gegliedert. So ist ein neues Mischsystem entstanden; es ist „zwar anders als früher, aber anders als es sein sollte“.

Der „Kriegszustand“ begann am 13. Dezember 1981. Die Führung des Landes übernahm ein sogenannter „Militärrat“ (WRON) unter General Jaruzelski. Der Kriegszustand wurde am 21. Juli 1983 aufgehoben; er dauerte somit 585 Tage. Rein wirtschaftlich betrachtet gab es Licht- und Schattenseiten: 1982 und 1983 war es der militärischen Führung gelungen, die Talfahrt der Wirtschaft zunächst zu verlangsamen, um die Wirtschaft dann — wenn auch ausgehend von einer relativ niedrigen Basis — wieder auf einen Wachstumskurs zu führen. Auf der Negativseite stehen in erster Linie die Mißerfolge bei der Inflationsbekämpfung. Es ist nicht gelungen, die Lohnentwicklung der Produktivitätssteigerung anzugleichen — im Gegenteil: Die Preis-Lohn-Spirale hat sich auch 1983 weiter kräftig gedreht. Die polnische Militärregierung war offensichtlich nicht in der Lage, eine „harte“ Geld- und Einkommenspolitik zu fahren.

Das polnische Parlament, der Sejm, hatte Ende 1982 den Dreijahresplan für die Jahre 1983 bis 1985 verabschiedet; er sollte als ein Zeichen der Normalisierung des Wirtschaftsablaufs in Polen verstanden werden. Dieser Plan verfolgte zwei Hauptziele, nämlich die schrittweise Überwindung der Wirtschaftskrise und die schrittweise Rückkehr zum (binnen- und außen-)wirtschaftlichen Gleichgewicht. Bei der Produktion sind die Ziele des dreijährigen Gesundheitsprogramms der Regierung durchweg übererfüllt worden. Dennoch konnte der Leistungsstand von 1979 — abgesehen von der Landwirtschaft — in keinem Bereich erreicht wer-

den. Der Vergleich mit 1978, dem letzten Vorkrisenjahr, ergibt ein noch negativeres Bild: Die gesamtwirtschaftliche Produktion des Landes lag 1985 real um 12 vH unter dem damaligen Niveau; gerechnet je Einwohner betrug der Rückstand sogar 17 vH. Auch auf dem Wege der Wiederherstellung des Gleichgewichts ist man in den Jahren 1983 bis 1985 nicht viel weitergekommen. Der Investitionsprozeß bildet in diesem Zusammenhang nach wie vor eine erhebliche Schwachstelle. Der Konsultativrat für Wirtschaftsfragen (KRG), damals eine Art unabhängiger Sachverständigenrat zur Beurteilung der Wirtschaftspolitik der Regierung, stellte in diesem Zusammenhang lakonisch fest, „daß das Zentrum die Investitionsprozesse nach wie vor nicht beherrscht“. Die geplante Inflationsbekämpfung endete mit einem Mißerfolg. Die polnischen Verbindlichkeiten in Transfer-Rubel (TRbl), in erster Linie gegenüber der Sowjetunion und der RGW-Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit, erhöhten sich weiter. In den Jahren 1983 bis 1985 wurden insgesamt sechs Mrd. US-Dollar, das sind 25 vH des Einnahmenüberschusses aus der Waren-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz, an westliche Gläubiger überwiesen. Dieser Betrag reichte indes nicht aus, um den fälligen Schuldendienst voll zu finanzieren; die polnischen Gesamtverbindlichkeiten in westlichen Währungen stiegen um 2,8 auf 29,3 Mrd. US-Dollar.

Der Plan 1986 bis 1990 sollte einen breiten und tiefgreifenden Strukturwandel in der polnischen Wirtschaft mit dem Ziel einleiten, alle verfügbaren Produktionsfaktoren besser zu nutzen, den spezifischen Material- und Energieverbrauch zu senken, die Verschmutzung der natürlichen Umwelt zu verringern und den Wirtschaftsablauf effizienter zu gestalten. Wie schwierig es sein wird, diese Aufgaben zu lösen, zeigt folgendes Beispiel: Nach Schätzungen der polnischen Planungskommission wird sich das Angebot an Brennstoffen und Energie, aus heimischen und ausländischen Quellen zusammengenommen, in den Jahren 1986 bis 1990 um 13 bis 14 Mill. t Steinkohleeinheiten (SKE) erhöhen. Demgegenüber hatte der Mehrverbrauch in den Jahren 1971 bis 1975 36 Mill. t und in den Jahren 1976 bis 1980 30 Mill. t betragen. Der Energiemehrbedarf in der laufenden Planperiode würde sich bei unveränderter Energieintensität auf 32 Mill. t belaufen. Das geplante Wachstum ist bei dem begrenzten Energieangebot nur dann zu erreichen, wenn der spezifische Energieverbrauch erheblich gesenkt wird. Polnische Fachleute bezweifeln, ob das dem Plan zugrunde liegende Verhältnis des Energieangebots und der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate (0,4) überhaupt realistisch sei.

**Tabelle 1: Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Polen**

Indikatoren	1986/85	1987/86	1988/87	1989/88	Stand 1989 1978 = 100
	Veränderungen in vH				
Produziertes Nationaleinkommen	4,9	1,7	4,8	0	99
Industrie: Produktion	4,2	3,3	4,9	3,4	110
Beschäftigte	0,2	-0,5	-0,4	-4,5	88
Arbeitsproduktivität	4,0	3,8	5,0	1,2	124
Löhne und Gehälter	21,0	21,0	77,5	275,5	3 094
Produktion der Landwirtschaft	5,0	-3,0	0,6	2,0	102
Produktion der Bauwirtschaft	2,0	-1,7	2,1	-9,0	68
Verwendetes Nationaleinkommen	5,0	1,6	4,7	0	93
Privater Konsum	4,8	2,6	3,0	-1,0	111
Anlageninvestitionen	5,9	4,2	5,0	-1,5	77
Ausfuhr	4,9	4,8	9,4	-0,7	131
davon: Ausfuhr in das Währungsgebiet II <sup>1)</sup>	1,5	4,7	10,8	-0,7	120
Einfuhr	6,4	4,3	9,1	-0,7	126
davon: Einfuhr aus dem Währungsgebiet II <sup>1)</sup>	3,2	4,7	16,9	4,4	85

<sup>1)</sup> Länder, mit denen der Handel auf der Grundlage konvertibler Währungen erfolgt.

Quelle: Statistisches Hauptamt in Warschau.

Wie vor fünf Jahren betonte die polnische Regierung auch dieses Mal, der erwünschte Wandel in der Produktionsstruktur sei nicht zu erreichen, die Inflation nicht erfolgreich zu bekämpfen und das wirtschaftliche Gleichgewicht nicht wiederherzustellen, wenn es nicht gelingt, die Wirtschaftsreform konsequent zu verwirklichen. Die Regierung betont ihren Reformwillen und ihre Bereitschaft, den eingeschlagenen Reformweg weiterzugehen. Zur Realisierung der „zweiten Etappe der Wirtschaftsreform“ sollen bis 1990 drei Viertel der Subventionszahlungen aus dem Staatshaushalt gestrichen, der Staatshaushalt ausgeglichen und seine Einnahmequellen stabilisiert, die zentrale Bewirtschaftung auf allen Märkten wesentlich eingeschränkt, das Anlagenvermögen neu bewertet und die Abschreibungen daran angepaßt werden; das finanzielle Ergebnis soll schließlich bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen eine größere Rolle spielen.

Ein zentrales Anliegen ist die Inflationsbekämpfung. Die Inflationsrate soll bis 1990 auf fünf bis sechs Prozent gesenkt, die Wiedererlangung des binnenwirtschaftlichen Gleichgewichts beschleunigt und damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, das marktwirtschaftliche Instrumentarium wirksam einsetzen zu können. Die Regierung nimmt bewußt in Kauf, daß in den ersten Jahren der Planperiode das Tempo der Preissteigerung über

dem gegenwärtigen Inflationsniveau (15 bis 20 vH) liegen müßte.

Fazit: In Polen ist im Herbst 1981 mit der Durchführung einer Wirtschaftsreform in einer Situation begonnen worden, die seither unverändert durch eine binnenwirtschaftliche Krise, innenpolitische Instabilität sowie außen- und außenwirtschaftspolitische Unsicherheiten gekennzeichnet ist. In dieser Lage hat die jeweilige polnische Regierung der Bekämpfung aktueller wirtschaftlicher Schwierigkeiten auf dem Binnenmarkt immer Vorrang vor der angestrebten Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus gegeben und dabei gleichzeitig immer wieder ihren Reformwillen hervorgehoben. Das Ergebnis ist ein halbherzig durchgeführter Reformversuch; es wurde stets bewußt in Kauf genommen, daß die bereits durchgeführten Reformen wieder gelähmt wurden. Auf diese Weise wurde auch die Position der Regierung bei der Steuerung und Kontrolle der Wirtschaftsprozesse geschwächt, ohne daß gleichzeitig die innerbetrieblichen und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die selbständig und eigenverantwortlich handelnden Unternehmen geschaffen worden wären. Der Wirtschaftsablauf trägt seit Jahren chaotische Züge, was die wirtschaftliche Krise des Landes perpetuiert. Der Fünfjahrplan 1986 bis 1990, vom polnischen Parlament erst Ende 1986 verabschiedet, war bereits Ende 1988 obsolet. Im Jahr 1989 hat sich die wirtschaftliche Lage Polens weiter verschlechtert.

## II. Die wirtschaftliche Lage 1989

### 1. Produktion

Polens Bruttosozialprodukt bzw. produziertes Nationaleinkommen hat sich im vergangenen Jahr — nach vorläufigen Schätzungen der obersten statistischen Behörde des Landes — gegenüber 1988 nicht vergrößert; ein leichter Rückgang dürfte sogar plausibler sein. Zu diesem Ergebnis haben insbesondere die (staatliche und genossenschaftliche) Industrie (Absatz: -3,5 vH; arbeitszeitbereinigt: -2,5 vH) und die (vergesellschaftete) Bauwirtschaft (Produktion: -9 vH) maßgeblich beigetragen. Die Produktion der wichtigsten Grundstoffe ist gesunken: Steinkohle: -8 vH, Stahl: -10,5 vH, Walzwerkerzeugnisse: -9 vH. Dies hat den Produktionsprozeß der nachgelagerten Industrie empfindlich gestört. Diese — hausgemachten — Störungen wurden durch die Kürzung der Importe von Vorleistungsgütern (-4,5 vH) verschärft. Der Bau-sektor lieferte eine besonders schlechte Leistung: 1989 konnten nur knapp 150 000 neue Wohnungen fertiggestellt werden (-21 vH), das schlechteste Ergebnis seit 26 Jahren (öffentlicher Wohnungsbau: 95 000 Wohnungen: -27 vH; privater Wohnungsbau: 55 000 Wohnungen: -8 vH). Bezogen auf 1 000 Einwohner wurden nur vier neue Wohnungen gebaut (1978: 8,1). Junge Familien (1989 gab es 256 000 Eheschließungen) müssen weit über zehn Jahre auf eine eigene Wohnung warten.

Demgegenüber hat die Landwirtschaft ein Plus erzielt (Bruttoproduktion: +2 vH). Die pflanzliche Produktion stieg um 4 vH, weil bei Getreide — bedingt durch einen milden Winter und durch günstige Witterungsverhältnisse — eine Rekordernte (28,5 Mill. t) erzielt wurde. Die tierische Produktion ist leicht gesunken (-1 vH), weil die Fleisch-erzeugung hinter dem Ergebnis von 1988 (-4,5 vH) blieb; dies hat sich auf die Versorgung der Bevölkerung negativ ausgewirkt. Gewachsen ist auch die Produktion der privaten Wirtschaft des Landes (+12 vH); sie erhöhte ihren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung um zwei Punkte auf 18,5 vH. Polen ist damit im (politischen) Osteuropa dasjenige Land, in dem die Bedeutung der Privatwirtschaft bisher mit deutlichem Abstand am größten gewesen ist (in den übrigen Volkswirtschaften dürfte der Anteil des privaten Sektors an der gesamtwirtschaftlichen Produktion unter 5 vH liegen).

Eine wichtige Ursache für das unbefriedigende Ergebnis der gesamten verarbeitenden Wirtschaft sind die zahlreichen Streiks gewesen: Insgesamt wurden 880 Streiks gezählt, an denen knapp 350 000 Beschäftigte, darunter rund 300 000 Arbeiter, betei-

ligt waren (6,5 vH aller Arbeiter im Bereich der materiellen Produktion). Der geschätzte Arbeitszeitausfall wird mit fast 700 000 Arbeitstagen beziffert.

### 2. Verwendung

Die Summe der im Inland insgesamt verwendeten Güter und Dienstleistungen („verwendetes Nationaleinkommen“) lag in Polen im vergangenen Jahr um 3 vH unter dem Produktionsaufkommen; dieser Betrag diente überwiegend dem auswärtigen Schuldendienst. Im Vergleich mit 1978, dem letzten Vorkrisenjahr, war das verwendete Nationaleinkommen je Einwohner<sup>1)</sup> 1989 rund 13 vH kleiner (bei der Produktion betrug der vergleichbare Rückstand rund 8 vH). Der private Verbrauch hat sich 1989 leicht verringert. Dies ging in erster Linie auf das unzureichende Angebot von Konsumgütern zurück. Bei Nahrungsmitteln traten Angebotslücken insbesondere bei Fleisch und Fleischwaren (-7 vH gegenüber 1988), Fisch und Fischwaren (-8 vH), tierischem Fett (-10 vH), Schokolade (-10 vH) und Wodka (-7 vH) auf. Bei sonstigen Waren konnte die Nachfrage selbst dann nicht gedeckt werden, wenn das Angebot von 1988 mengenmäßig übertroffen wurde; dies traf für viele dauerhafte Verbrauchsgüter zu. Die polnische Bevölkerung hat 1989 von staatlichen Handelsunternehmen für insgesamt 900 Mill. US-Dollar Waren aus dem westlichen Ausland gekauft (+29 vH). Darunter waren 20 000 PKW, 153 000 Farbfernseher, 216 000 Videogeräte.

Die Anlageinvestitionen haben sich im vergangenen Jahr — erstmals seit 1983 — verringert (-2 vH). Dies war eine Folge von Kürzungen von größeren Projekten im Bergbau, im Verkehrsbereich und beim Kraftwerksbau. Außerdem mußten viele Unternehmen wegen erheblicher Finanzierungsschwierigkeiten, die in der zweiten Jahreshälfte aufgetreten waren, ihre Investitionstätigkeit stark einschränken. Wegen der schlechten Wirtschaftslage beschränkten sich die meisten Unternehmen auf die Durchführung der allernotwendigsten Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen.

Wegen des Investitionsrückstaus der letzten zwölf Jahre — im vergangenen Jahr wurden nur drei Viertel der Summe von 1978 investiert — ist das produktive Anlagevermögen weitgehend veraltet („Dekapitalisierung“) und die technische Infrastruktur, im Zuge der stalinistischen Industrialisierung ohnehin stark vernachlässigt, befindet sich in

<sup>1)</sup> Die Bevölkerung Polens nahm von 1978 bis 1989 um 8 vH auf 37,9 Mill. zu.



einem kritisch-desolaten Zustand. In diesem Zusammenhang fällt negativ auf, daß im vergangenen Jahr gerade die Investitionen in Maschinen und Einrichtungen besonders stark gesunken sind (-11 vH).

### 3. Preise, Einkommen, Lebenshaltung

Die Rakowski-Regierung hat am 1. August 1989 die Preise für alle Grundnahrungsmittel freigegeben, die Lebensmittelkarten für Fleisch- und Fleischwaren aufgehoben sowie die staatlichen Subventionen für die Nahrungsmittelproduktion eingefroren. Die Folge war eine drastische Steigerung der Preise für Nahrungsmittel: Diese erhöhten sich im ersten Halbjahr 1989 um 60 vH (gegenüber dem 4. Quartal 1988); in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres betrug die Steigerungsrate bereits mehr als 465 vH. Aber auch in allen anderen Bereichen der Wirtschaft hat sich die Inflation dramatisch beschleunigt (vgl. Tab. 2).

Eine der wichtigsten Inflationsursachen war das gewaltige Defizit des zentralen Staatshaushalts (November 1989: 5,2 Bill. Zl., das war über ein Drittel der Staatseinnahmen). Dieses Defizit wurde durch einen zinsfreien Kredit (Geldschöpfung) der Nationalbank finanziert; die Staatsverschuldung erhöhte sich infolgedessen auf 6,5 Bill. Zl. Der Staat mußte sich derart verschulden, um die wachsenden Subventionen (38,5 vH der Staatsausgaben) und die steigenden Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor finanzieren zu können.

Der „runde Tisch“, diese polnische Erfindung zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Reformen, hat im Frühjahr 1989 zwar beschlossen, die Zunahme der Einkommen mit einem Faktor von 80 vH an die steigenden Lebenshaltungskosten zu binden. Die monatlichen Einkommen der außerhalb der Privatwirtschaft Beschäftigten sind aber dennoch kräftiger gestiegen (+286 vH) als die Kosten ihrer Lebenshaltung (+254 vH). Auch dadurch hat sich die Inflation beschleunigt; die Indexierung der Löhne kann in einer Wirtschaft, die von einer Angebotskrise geplagt ist, kein erfolgreiches Instrument der Inflationsbekämpfung sein (zumal man auf eine Indexierung der Zinsen und des Wechselkurses verzichtet hat).

Die infolge dieser Hyperinflation wachsende Entwertung der polnischen Währung verursacht eine verstärkte Flucht in Sachwerte aller Art. Der US-Dollar ist faktisch zur Hauptwährung geworden. Für polnische Bauern spielte der Diesel-Treibstoff die Rolle einer Ersatzwährung: ein Liter Diesel für ein Liter Milch oder 30 Liter Diesel für eine Tonne Zuckerrüben.

**Tabelle 2: Preissteigerungen in Polen; Stand Dezember 1989 (Dezember 1988 = 100)**

Absatzpreise, staatliche und genossenschaftliche Industrie	750
Baupreise	763
Ausfuhrpreise	806
Einfuhrpreise	707
Einzelhandelspreise, Konsumgüter und Dienstleistungen insgesamt	740
dar. von Nahrungsmittel	1 978
— im öffentlichen Handel	1 110
— auf privaten Märkten	759
Alkoholische Getränke	759
Sonstige Waren	630
Dienstleistungen	541

### 4. Außenwirtschaft

Auch das Außenhandelsergebnis hat sich 1989 verschlechtert: Ausfuhr und Einfuhr gingen real je um 1 vH zurück. Der Wert der Ausfuhr in das sogenannte Währungsgebiet (WG) I (Länder, mit denen der Handelsverkehr in sozialistischen, nicht-konvertiblen Währungen verrechnet wird<sup>2)</sup>) erhöhte sich um knapp 2 vH, die Einfuhren von dort sind wertmäßig deutlich gesunken (-7 vH); die Ursachen hierfür sind noch nicht klar erkennbar. Der Ausfuhrüberschuß Polens gegenüber dem WG I hat sich auf über 2 Mrd. Transfer-Rubel (TRbl) fast verdoppelt. Hierzu hat auch die Verbesserung der Terms of Trade beigetragen (+3,7 vH; das ergab ein Plus von 420 Mill. TRbl.).

Die Ausfuhr in das sogenannte Währungsgebiet II (Länder, mit denen der Handel auf der Grundlage konvertibler Währungen abgewickelt wird) stieg um 2 vH auf 8,5 Mill. US-Dollar, die Einfuhr aus dieser Region erhöhte sich um 5,5 vH auf 7,7 Mill. US-Dollar. Der Ausfuhrüberschuß gegenüber dieser Region betrug knapp 750 Mill. US-Dollar, fast 300 Mill. US-Dollar weniger als 1988. Auch hier konnten Gewinne (115 Mill. US-Dollar) aus den Veränderungen der Terms of Trade (+1,5 vH) verbucht werden. Das Leistungsbilanzdefizit in konvertiblen Währungen hat sich, nach ersten Schätzungen des Finanzministeriums, auf 2 Mrd. US-Dollar verdreifacht.

<sup>2)</sup> Ein Teil des polnischen Warenaustausches mit den RGW-Ländern wird nicht in TRbl, sondern in konvertiblen Währungen verrechnet. 1987 (jüngere Angaben liegen nicht vor) waren es 3,5 vH der polnischen Einfuhr und 3 vH der polnischen Ausfuhr.

**Tabelle 3: Verschuldung der RGW-Länder in konvertiblen Währungen 1981 bis 1988  
(in Mrd. US-Dollar<sup>1)</sup>)**

	1981	1984	1988	Veränderungen	
				1984/1981	1988/1984
<b>A. Gesamtverbindlichkeiten</b>					
Bulgarien	3,2	2,2	7,3	-1,0	5,1
CSSR	4,6	3,1	5,7	-1,5	2,6
DDR <sup>2)</sup>	15,4	11,3	20,0	-4,1	8,7
Polen	25,9	26,9	37,3	1,0	10,4
Rumänien	10,2	7,2	4,0	-3,0	-3,2
Ungarn	8,7	8,8	16,8	0,1	8,0
RGW (6)	68,0	59,5	91,1	-8,5	31,6
UdSSR	26,5	22,5	38,0	-4,0	15,5
RGW (7)	94,5	82,0	129,1	-12,5	47,1
<b>B. Nettoverbindlichkeiten<sup>3)</sup></b>					
Bulgarien	2,4	0,7	6,4	-1,7	5,7
CSSR	3,5	2,1	4,2	-1,4	2,1
DDR <sup>2)</sup>	13,3	6,8	10,9	-6,5	4,1
Polen	25,1	25,4	34,1	0,3	8,7
Rumänien	9,9	6,6	2,6	-3,3	-4,0
Ungarn	7,8	7,3	15,6	-0,5	8,3
RGW (6)	62,0	48,9	73,8	-13,1	24,9
UdSSR	18,1	11,2	23,5	-6,9	12,3
RGW (7)	80,1	60,1	97,3	-20,0	37,2

<sup>1)</sup> Jeweilige Wechselkurse.

<sup>2)</sup> Einschließlich innerdeutscher Kapitalverkehr.

<sup>3)</sup> Gesamtverbindlichkeiten abzüglich Forderungen an westliche Geschäftsbanken.

Quelle: Schätzungen der OECD.

Die Auslandsverbindlichkeiten des Landes in Transfer-Rubel sind um 0,6 Mrd. auf 5,9 Mrd. gesunken. Allein 5 Mrd. dieser Verbindlichkeiten bestehen gegenüber der UdSSR. Bereits 1988 haben Polen und die Sowjetunion vereinbart, die Rückzahlung dieser Schulden auf die Jahre nach 1995 zu verschieben<sup>3)</sup>.

Die gesamten Verbindlichkeiten Polens in konvertiblen Währungen betragen zum Jahresultimo 1989 rund 40 Mrd. US-Dollar, das war ein Plus von 0,8 Mrd. gegenüber 1988. Allerdings ist nach Polen kein „frisches Geld“ geflossen. Diese Zunahme ist ausschließlich durch die Kapitalisierung der im vergangenen Jahr fälligen, aber nicht gezahlten Zinsen bedingt (2 Mrd. US-Dollar).

<sup>3)</sup> Polen hat Anfang der achtziger Jahre von der UdSSR zusätzlich einen Kredit in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar erhalten. Die Rückzahlung dieses Kredits wurde auf die Jahre nach 1998 vereinbart.

Unter den osteuropäischen RGW-Staaten weist Polen damit die absolut und relativ (d. h. je Einwohner bezogen) höchste Verschuldung in westlichen Währungen auf. Bei allen Indikatoren, die bei der Beurteilung der Verschuldung eines Landes bzw. seiner zukünftigen Kreditwürdigkeit von den Banken herangezogen werden (Verhältnis von Verbindlichkeiten zum Export, Schulden- bzw. Zinsendienstquote), steht Polen an letzter Stelle in der Reihenfolge der osteuropäischen Schuldnerländer. Polen konnte deswegen in den achtziger Jahren keinen Kredit auf den internationalen Finanzmärkten aufnehmen. Abgesehen von Kursschwankungen des amerikanischen Dollars, sind die Verbindlichkeiten Polens ausschließlich in Höhe der nichtgezahlten Zinsen und Tilgungen angewachsen. Dies ist auf Dauer ein unhaltbarer Zustand und verlangt nach einem Entgegenkommen der Gläubiger, auch in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse. Die Bundes-

republik hat sich in diesem Zusammenhang beispielhaft verhalten: Was den sogenannten „Jumbo-Kredit“ über eine Mrd. DM aus dem Jahre 1975 an Polen angeht — hinzu kommen 350 Mill. DM angelaufene Rückstände —, so wurde von beiden Regierungen im November 1989 beschlossen, 590 Mill. DM werden in Zloty umgewandelt und in einen Fonds eingezahlt, aus dem Projekte in Polen im Bereich der Kultur, Bildung

und Infrastruktur finanziert werden sollen; die restlichen 760 Mill. DM werden gestrichen.

Aufgrund der galoppierenden Inflation wurde der Zloty im Verlaufe des Jahres gegenüber dem US-Dollar um das 13fache (Januar: 503 Zl./US-Dollar, Dezember: 6 500 Zl./US-Dollar) und gegenüber dem TRbl (230 bzw. 1 450) um das Sechsfache abgewertet.

### III. Das neue Regierungsprogramm für 1990: Stabilisierung und Marktwirtschaft

Die Rakowski-Regierung hatte bereits zur Jahreswende 1988/89 ein Paket von Reformmaßnahmen beschlossen. Die grundsätzliche Gewerbefreiheit und die Gleichheit aller Unternehmen, unabhängig von ihrer Eigentumsform, wurden gesetzlich verankert; die bisherige Begrenzung der Beschäftigten in privaten Unternehmen (50 pro Schicht) entfällt. Ausländern wurde gesetzlich die Möglichkeit eingeräumt, in Polen allein oder zusammen mit polnischen Partnern zu investieren; ausländische Beteiligung bis zu 100 vH des Kapitals ist dabei möglich. Ein zweistufiges Bankensystem wurde geschaffen mit einer unabhängigen Zentralbank an der Spitze und mit untereinander konkurrierenden Geschäftsbanken an der Basis; die Gründung von privaten Banken ist möglich, und ausländische Banken können tätig werden. Das staatliche Außenhandelsmonopol wird weitgehend dereguliert; ausgenommen bleiben einige strategische Bereiche. Private Personen können im Inland frei Devisen kaufen und verkaufen; die Regierung legt nur den Wechselkurs für kommerzielle Zwecke fest. Die Staatliche Plankommission — sie bestimmte im wesentlichen die Wirtschaftspolitik — wurde abgeschafft und durch das Zentrale Planungsamt mit ausschließlich beratenden Funktionen ersetzt; die staatliche Wirtschaftsplanung beschränkt sich nunmehr auf wirtschaftspolitische Leitlinien.

Dieses Reformpaket hat in der Wirklichkeit keine positiven Wirkungen gezeigt. Im Gegenteil: Die Regierung hat die makroökonomische Kontrolle weitgehend verloren, ebenso wie die finanzielle Disziplin auf allen Ebenen der Wirtschaft spürbar schwächer wurde. Auf diese Situation hat die neue Mazowiecki-Regierung — seit Mitte September 1989 im Amt —, mit einem radikalen Erneuerungsprogramm reagiert; sie wurde dabei von Fachleuten des IWF unterstützt.

Dieses Programm verfolgt zwei — aus der Sicht der polnischen Regierung interdependente — kurzfristige Ziele: erstens einen spürbaren Abbau der Inflationsrate und der Angebotsknappheiten sowie zweitens einen beschleunigten Umbau des Wirtschaftssystems in Richtung auf eine Marktwirtschaft. In mittelfristiger Sicht sollen — und hier handelt es sich um das eigentliche Endziel des Kurswechsels — ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum, eine Verbesserung des Lebensstandards und eine Stärkung der externen Position des Landes erreicht werden. Die Behörden erwarten eine für die polnische Bevölkerung sehr harte Übergangszeit, von der man hofft, daß sie so kurz wie möglich dauern wird.

Das neue Programm hat die folgenden wichtigsten Bestandteile:

— Am 1. Januar sind — bis auf wenige Ausnahmen — die Preise für Produktions- und Konsumgüter freigegeben worden. Mieten, öffentliche Verkehrstarife sowie Preise für etliche öffentliche Güter unterliegen weiter der Kontrolle durch die Regierung (das sind nur 3 bis 5 vH des gesamten Umsatzes von Konsumgütern und Dienstleistungen; 1988: 31 vH). Im Produktionsbereich werden nur Steinkohle, Koks und elektrischer Strom (auf sie entfallen zusammen 5 vH des Produktionspreisindex) administrativ festgelegte Preise aufweisen.

— Ab 1. Januar ist der Zloty für Inländer partiell konvertibel: Für alle laufenden Transaktionen in konvertiblen Währungen wurde ein einheitlicher Wechselkurs in Höhe von 9 500 Zl./US-Dollar festgelegt. Zugleich sind sämtliche Subventionen und Steuererleichterungen für die Exportwirtschaft beseitigt worden. Unternehmen und private Haushalte haben einen unbegrenzten Zugang zu ihren Devisenbeständen, die sie bis einschließlich 1989 akkumuliert haben (ca. 6 Mrd. US-Dollar). Seit Beginn dieses Jahres müssen Unternehmen ihre

Deviseneinnahmen an die Zentralbank verkaufen, und sie können von ihr Devisen für ihre Importfinanzierung kaufen. Private Haushalte sind demgegenüber weiterhin berechtigt, Devisenkonten im Inland zu halten. Die Regierung wird die Entwicklung des offiziellen Wechselkurses im Vergleich zum Kurs auf dem privaten Parallelmarkt sorgfältig beobachten. Die quantitativen Beschränkungen der Einfuhr aus dem Westen wurden weitgehend aufgehoben. Auch der Export ist seit Jahresbeginn liberalisiert worden.

— Die Zunahme der nominalen Löhne soll 1990 durch zentral vorgegebene Koeffizienten auf eine Rate begrenzt werden, die signifikant unter dem Anstieg der Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen liegen wird. Jede Lohnerhöhung über diese Norm hinaus wird durch eine hohe und stark progressive Lohnsteuer abgeschöpft. Für die ersten vier Monate wurde der Koeffizient auf 30 vH der Preissteigerung im Januar und auf 20 vH der Preissteigerung in den Monaten Februar bis April festgesetzt; für den Rest des Jahres glaubt man, den Koeffizienten auf 60 vH erhöhen zu können, weil man ab Mai mit einer erheblich reduzierten Inflationsrate rechnet. Diese harte Lohn- und Einkommenspolitik ist das Kernstück der Stabilisierungsanstrengungen.

— Im laufenden Jahr soll der zentrale Staatshaushalt ein „annäherndes“ Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben aufweisen — auch dies ist von fundamentaler Bedeutung für das Gelingen des Regierungsprogramms. Das geplante Haushaltsdefizit soll nur noch ca. 1 vH des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen (1989: mehr als 8 vH des BIP). Auf der Ausgabenseite sollen die Subventionen von 38,5 vH auf 14 vH reduziert werden (das entspricht 7 vH des BIP); die verbleibenden

Subventionen werden überwiegend an die Wohnungswirtschaft und an den öffentlichen Verkehr geleistet. Durch eine Streichung sämtlicher Steuererleichterungen sollen Mehreinnahmen in Höhe von 4 vH des BIP erzielt werden.

— Mit einer konsequenten Geld- und Kreditpolitik sollen erstens effektive Barrieren gegen eine zu exzessive Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage geschaffen, zweitens das Vertrauen in den Zloty als Zahlungsmittel wieder hergestellt werden, und drittens sollen die realen Zinsen — anders als 1989 — wieder ein positives Vorzeichen aufweisen und somit zur Herstellung eines effizienten Kreditmarktes beitragen.

Dieses Programm soll in diesem Jahr durch eine ganze Reihe von weiteren Reformmaßnahmen flankiert werden. Die Regierung ist entschlossen, die staatliche Wirtschaft weitgehend zu privatisieren; der Entwurf des Privatisierungsgesetzes wurde soeben veröffentlicht<sup>4)</sup>. In Kürze soll mit dem Verkauf staatlichen Vermögens begonnen werden; dies soll insbesondere auf öffentlichen Versteigerungen geschehen, die für alle (einschließlich Ausländer) offen stehen. Ein Wertpapiermarkt und ein Kapitalmarkt sollen entstehen. Um den Wettbewerb zu stärken, sollen antimonopolistische Maßnahmen — insbesondere in der Kohleindustrie, Stromwirtschaft, Nahrungsmittelverarbeitung und im Handel — ergriffen werden; der Entwurf eines Gesetzes gegen monopolistische Praktiken liegt dem Parlament bereits vor. Das gesamte Bankensystem soll weiter modernisiert werden. Ein Insolvenzengesetz soll geschaffen werden. Die verbliebenen Elemente der zentralen Intervention („Regierungsaufträge“) sollen beseitigt werden. Für 1991/92 ist eine umfassende Reform des Steuersystems vorgesehen.

#### IV. Aussichten

Der traditionelle „Zentrale Jahresplan“ (CPR) wurde mit Beginn dieses Jahres abgeschafft, die gesamtwirtschaftliche Steuerung stützt sich auf die (marktwirtschaftlichen) Instrumente der Staatshaushaltspolitik-, Geld- und Einkommens- sowie Währungspolitik. Die Inflationsrate soll von 650 vH 1989 auf nicht mehr als 95 vH in diesem Jahr gesenkt werden; die monatliche Preissteigerung soll von 45 vH im Januar auf 1 vH in der zweiten Jahreshälfte zurückgehen. Die Regierung rechnet mit einem weiteren „signifikanten“ Rückgang der Produktion: Viele unrentable Unternehmen werden schließen müssen, in der Bauwirtschaft könnten es

allein 30 vH aller Betriebe sein. Die geschätzte Zahl der Arbeitslosen bewegt sich zwischen 400 000 und rund drei Millionen. Mit einem sozialpolitischen Netz sollen die Auswirkungen dieser Politik auf die Arbeitslosen, wirtschaftlich Ärmsten und Schwächsten begrenzt werden.

Die Ausfuhr in das WG II soll real stagnieren, bei der Einfuhr ist ein Wachstum von 10 vH vorgesehen. Das Defizit der Leistungsbilanz in harter Währung wird um 1 Mrd. US-Dollar auf 3 Mrd. US-

<sup>4)</sup> Vgl. Zycie gospodarcze, Nr. 7/1990, S. 5.

Dollar anwachsen (7 vH des BIP). Vorausgesetzt, es gelingt, den in diesem Jahr fälligen Schuldendienst in Höhe von 4,8 Mrd. US-Dollar umzuschulden, benötigt Polen 1,5 Mrd. US-Dollar, um den laufenden Fehlbedarf zu finanzieren. Der Leistungsüberschuß gegenüber den RGW-Staaten soll 1990 halbiert werden.

Die Januar-Ergebnisse, die man indes nicht überbewerten darf, sind für eine erfolgreiche Realisierung dieser Politik nicht sehr ermutigend: Die Industrieproduktion fiel um 23 vH; die Wirtschaft bewegt sich in Richtung auf eine Rezession. Die Preise sind um 73 vH gestiegen, die Löhne um real 40 vH gesunken, die Zahl der Arbeitslosen betrug rund 60 000.

Für die Regierung Mazowiecki gibt es bei der Durchsetzung ihrer harten Wirtschaftspolitik zwei Pluspunkte: Sie findet bisher immer noch die Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung; für diese Mehrheit gibt es offensichtlich nach 40 Jahren kommunistischer Mißwirtschaft keine Alternative. Sie hat von den Industrieländern des Westens Zusagen über wirtschaftliche Hilfe in Höhe von über 10 Mrd. US-Dollar erhalten.

Die westliche Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Polen entspricht damit genau der Summe, die von der Solidarnosc Mitte vergangenen Jahres vom Westen erbeten wurde. Dieser Betrag von zehn Mrd. US-Dollar dürfte sich u. a. aus den folgenden Einzelposten zusammensetzen: Auf Vorschlag des amerikanischen Präsidenten haben 24 westliche Staaten (G-24) für Polen einen Stabilisierungskredit in Höhe von einer Mrd. US-Dollar bereitgestellt; die Bundesregierung in Bonn hat sich mit 500 Mill. DM in Form eines ungebundenen Finanzkredits mit Bundesbürgschaft beteiligt (der Anteil der USA beträgt 200 Mill. US-Dollar). Dieser Stabilisierungsfonds, den Polen ab sofort abrufen kann, dient in erster Linie der Unterstützung der polnischen Wechselkurspolitik. Mit dem gleichen Ziel wurde ein sogenannter Überbrückungskredit (in unbekannter Höhe) zwischen Polen und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel vereinbart. Der Bundeskanzler hat bei seinem Besuch in Warschau im November letzten Jahres neue Hermes-Bürgschaften über 2,5 Mrd. DM zur Finanzierung von Projekten in Polen zugesagt.

Die gesamte — kostenlose — Nahrungsmittelhilfe der G-24-Länder betrug zuletzt 380 Mill. ECU (420 Mill. US-Dollar); Polen erhält in diesem Jahr weitere 780 000 t Weizen, 600 000 t allein aus der EG (aus der EG wurden bereits 800 000 t Weizen gelie-

fert), 130 000 t aus Japan, 38 000 t aus Österreich und 18 000 t aus Australien (die USA wollen 200 000 t Mais liefern). Die aus dem Staatshaushalt in allen G-24-Ländern finanzierte Unterstützung für Polen (einschließlich der genannten Nahrungsmittelhilfe) wurde Ende November auf zusammen rund eine Mrd. ECU (1,1 Mrd. US-Dollar) geschätzt (die vergleichbare Hilfssumme für Ungarn beträgt 500 Mill. ECU). Anfang Februar dieses Jahres hat Polen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein sogenanntes Stand-by-Abkommen über einen Betrag von 723 Mill. US-Dollar und einer Laufzeit von 13 Monaten abgeschlossen. Es ist die erste polnische Vereinbarung mit dieser Organisation nach dem (Wieder-)Eintritt Polens in den IWF im Juni 1986. Der IWF dürfte Polen weitere zwei Mrd. US-Dollar aus einem seiner „Spezialtöpfe“ zur Verfügung stellen. Dem Stand-by-Abkommen mit dem IWF folgte Ende Februar der erste Kreditvertrag mit der Weltbank: Es wurde eine Summe von 360 Mill. US-Dollar vereinbart, davon sollen 200 Mill. US-Dollar die polnische Exportwirtschaft stützen, um die „dezimierten Währungsreserven wieder aufzubauen“. Die Weltbank wird Polen in den nächsten drei Jahren weitere Kredite im Umfange von 2,5 Mrd. US-Dollar gewähren. Schließlich hat die Europäische Investitionsbank (EIB) einen Garantierahmen für Polen und Ungarn von zusammen einer Mrd. ECU eingeräumt.

Die Übereinkunft mit dem IWF hat auch den Weg zu einer Umschuldungsaktion im sogenannten „Pariser Club“ frei gemacht. In diesem Club sind die öffentlichen Gläubiger Polens aus 17 Staaten zusammengeschlossen. Polen schuldet diesen Gläubigern 27 Mrd. US-Dollar (68 vH der gesamten Auslandsverschuldung in westlichen Währungen). Mitte Februar sind 9,4 Mrd. US-Dollar der polnischen Verbindlichkeiten umgeschuldet worden (davon entfallen allein 3 Mrd. Dollar auf die Bundesrepublik). Es handelt sich dabei um die gesamten Zahlungsrückstände an Tilgungen und Zinsen in Höhe von 3,4 Mrd. US-Dollar bis zum Jahresende 1989 und die Fälligkeiten bis zum März 1991 in Höhe von 6 Mrd. US-Dollar. Die Bedingungen für die Umschuldung sind außerordentlich günstig: Die Rückzahlungen werden sich auf eine Zeit von 14 Jahren bei acht tilgungsfreien Jahren erstrecken, d. h. die Rückzahlung beginnt erst 1998. Der Pariser Club war allerdings nicht bereit, einen Teil der polnischen Verbindlichkeiten zu streichen.

Polen benötigt die zugesagte westliche Hilfe dringend. Nur mit dieser Hilfe dürfte es möglich sein,

den weiteren wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten, die Industrie und insbesondere die Exportwirtschaft zu modernisieren, die Währungsreserven des Landes aufzubauen und die freie Austauschbarkeit des Zloty zu stärken sowie schließlich die sozialen Härten beim Übergang zur Marktwirtschaft zu mil-

dern. Wird das Experiment gelingen, für das es weder eine empirisch brauchbare Theorie noch historische Erfahrungen gibt — nämlich aus einer maroden Planwirtschaft eine funktionierende Marktwirtschaft zu schaffen, und das in einem krisengeschüttelten Land?

# Der Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen

## Hintergründe und Belastungen

Anläßlich der Unterzeichnung der Ostverträge am 23. Mai 1972 sprach der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann die Bitte aus, die während der Ratifizierungsdebatte aufgeworfenen innenpolitischen Gräben einzuebnen und die Abkommen mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen mit Leben zu erfüllen: „Wenn die Völker sich die Verträge nicht innerlich zu eigen machen, werden sie tote Buchstaben bleiben. Das Gegeneinander vergangener Jahre muß jetzt zu einem Miteinander in der Zukunft werden.“<sup>1)</sup> Vor allem die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, deren Ziel es sein mußte, trotz der von der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft im Zweiten Weltkrieg und den darauf folgenden Leiden der Vertreibung ausgelösten Konfrontation eine dauerhafte, von allen Bevölkerungskreisen gleichermaßen mitgetragene Aussöhnung zu erreichen, hatte sich nämlich in den Jahren vor der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags als äußerst schwieriges Unterfangen erwiesen<sup>2)</sup>.

Die hochgespannten Erwartungen, daß mit dem 7. Dezember 1970 ein neues Kapitel in der tausendjährigen deutsch-polnischen Nachbarschaftsgeschichte aufgeschlagen würde, haben sich jedoch nicht auf allen Gebieten erfüllt. Denn das latente polnische Mißtrauen hinsichtlich der Aufrichtigkeit der deutschen Versöhnungsbereitschaft erhielt unbeschadet der im Warschauer Vertrag<sup>3)</sup> enthaltenen Verpflichtung, die Bundesrepublik Deutsch-

land werde jetzt und künftig keinerlei Gebietsansprüche Polen gegenüber erheben, durch die immer wieder von Sonntagsrednern und Vertriebenenfunktionären erhobene Forderung nach Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 neue Nahrung; das Infragestellen der von den Alliierten als Folge der deutschen Niederlage im Potsdamer Protokoll am 2. August 1945 festgelegten polnischen Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße berührt bis heute den Lebensnerv aller Bürger Polens. Überempfindliche und daher oft überzogene Reaktionen der polnischen Seite, Unnachgiebigkeit bei der Verteidigung „nationaler“ Positionen und das — bei Regierung, Gesellschaft und katholischem Episkopat gleichermaßen — fehlende Gespür, welche Bedeutung der Behandlung der offiziell so lange geleugneten deutschen Minderheit in Polen inzwischen in der westdeutschen Öffentlichkeit beigemessen wird, haben die Normalisierungsanstrengungen nicht gerade gefördert.

Dennoch konnte Bundespräsident Richard von Weizsäcker aus Anlaß des 50. Jahrestags des deutschen Angriffs auf Polen in seiner Botschaft an das polnische Staatsoberhaupt Wojciech Jaruzelski mit gutem Grund darauf verweisen, daß „die allermeisten Deutschen, alte und junge Menschen, . . . den Wunsch des polnischen Volkes nach gesicherten Grenzen“ verstehen und respektieren und „die Verständigung mit Polen ohne Vorbehalte“ suchen<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Text der Rundfunk- und Fernsichtsprache bei Boris Meissner (Hrsg.), Moskauer — Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955—1973. Dokumentation, Köln 1975, S. 1522 f.

<sup>2)</sup> Vgl. Gotthold Rhode, Die deutsch-polnischen Beziehungen von 1945 bis in die achtziger Jahre; Józef-Janusz Węc, Die Beziehungen zwischen der VR Polen und der Bundesre-

publik Deutschland 1949—1987, beide in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11—12/88, S. 3—20 bzw. 21—33.

<sup>3)</sup> Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Dokumente zur Ostpolitik. Der Vertrag mit der Sowjetunion. Der Vertrag mit Polen, Bonn 1973, S. 16—24.

<sup>4)</sup> Text nach Süddeutsche Zeitung vom 29. August 1989.

## I. Das Erbe des Zweiten Weltkriegs

Seit Kriegsende vertraten alle polnischen Regierungen die Auffassung, daß die im Potsdamer Protokoll beschriebene Verwaltungsgrenze an Oder und Lausitzer Neiße trotz des Friedensvertragsvorbehalts eine endgültige, völkerrechtlich verbindliche Festlegung der Westgrenze Polens darstelle. Sie begründeten ihren Standpunkt nicht nur mit dem deutschen Angriff, der den Zweiten Weltkrieg ausgelöst und Polen über sechs Millionen Tote und schwerste Sachschäden gekostet hatte, sondern vor allem mit der von der Anti-Hitler-Koalition am 6. Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta gebilligten Westverschiebung zugunsten der UdSSR, die polnische Gebietsverluste von rd. 180 000 km<sup>2</sup> beinhaltete. Durch die gezielte Vertreibung der durch Evakuierung und Flucht bereits stark dezimierten etwa zwölf Millionen Deutschen aus den „ehemaligen deutschen Ostgebieten“ und die rasche Ansiedlung von — zum Großteil aus dem neuen sowjetischen Herrschaftsbereich stammenden — Polen sollten die 103 000 km<sup>2</sup> umfassenden „wiedergewonnenen Westgebiete“ unumkehrbar mit dem polnischen Kernstaat verschmolzen werden. Schon im Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit vom 21. April 1945 hatte die Sowjetregierung die Dauerhaftigkeit der neuen polnischen Westgrenze garantiert, die auch die Regierung der DDR am 6. Juli 1950 im Görlitzer Abkommen als „unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze“ zu respektieren versprach.

Wie Bundeskanzler Konrad Adenauer, der sich in seiner ersten Regierungserklärung am 20. September 1949 entschieden gegen eine Abtretung der Gebiete jenseits von Oder und Neiße aussprach und später alle Grenzvereinbarungen zwischen der DDR und Polen als null und nichtig bezeichnete, trat mit Ausnahme der KPD auch lange Zeit keine der Bundestagsparteien für einen Ausgleich mit Polen unter Anerkennung des territorialen Status quo ein. Obschon in den Proklamationen dem im Grundgesetz niedergelegten Wiedervereinigungsgebot in den Reichsgrenzen von 1937 ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde, spielten auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges angesichts viel drängenderer und zukunftsrelevanterer Entscheidungen die Diskussionen um Inhalte und Durchführung einer aktiven Osteuropa- und Polenpolitik nur eine untergeordnete Rolle. Unter Berücksichtigung des Wählerpotentials der Vertriebenen, die dank ihres geschlossenen Massenanhangs Mitte der fünfziger

Jahre den Zenit ihrer politischen Einflußnahme erreichten, besaß keiner der führenden Bonner Politiker den Mut, einer — nur durch den glaubwürdigen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete zu erreichenden — vertrauensvollen Aussöhnung mit Polen offen das Wort zu reden. Im Interesse der Ablösung des Besatzungsstatuts und um die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu beschleunigen, konzierte Kanzler Adenauer jedoch am 21. November 1951 dem amerikanischen Außenminister Dean Acheson: „Die Bundesregierung stellt keine Ansprüche und verlangt keine Bindungen der Alliierten hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße.“<sup>5)</sup> Am 20. Oktober 1953 fand sich Adenauer auch zu der Aussage bereit, daß „die mit der Oder-Neiße-Linie zusammenhängenden Probleme . . . nicht mit Gewalt, sondern ausschließlich auf friedlichem Wege gelöst werden“ müßten<sup>6)</sup>.

Die lautstarken Proteste der polnischen Regierung gegen die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, gegen Äußerungen bundesdeutscher Politiker zum bilateralen Verhältnis unter Infragestellung der neuen polnischen Westgrenze und die mit äußerstem Mißtrauen verfolgte rasche Eingliederung dieses deutschen Teilstaats in die westliche Wirtschafts- und Verteidigungsgemeinschaft trugen nicht zu einer Klimaverbesserung bei und vertieften die in der Regierung und Öffentlichkeit der Bundesrepublik lebendige antikommunistische Grundeinstellung. Folgerichtig zeigten sich 1951 nur sieben Prozent der Bundesbürger bereit, den Grenzverlauf an Oder und Neiße zu akzeptieren. Nachdem in der am 22. Juli 1952 angenommenen verfassungsdemokratischen Verfassung Polens die Oder-Neiße-Gebiete als „wiedergewonnen und ewig zurückgekehrt“ bezeichnet worden waren, stellte der Bundestag mit überwältigender Mehrheit am 5. Dezember 1952 in einer Entschließung fest, daß Grenzregelungen im Vorgriff auf einen zukünftigen Friedensvertrag keine Rechtsgültigkeit beanspruchen könnten.

In dem Wissen um die verheerenden Folgen der nationalsozialistischen „Lebensraumpolitik“ in Po-

<sup>5)</sup> Karl Kaiser, Die Bundesregierung stellt keine Ansprüche, in: Die Zeit, Nr. 40 vom 29. September 1989, S. 49; vgl. auch Die Zeit, Nr. 31 vom 28. Juli 1989, S. 4; Der Spiegel, Nr. 29 vom 17. Juli 1989, S. 18–23.

<sup>6)</sup> Zit. nach Volker Kellermann, Brücken nach Polen. Die deutsch-polnischen Beziehungen und die Weltmächte 1939–1973, Stuttgart 1973, S. 72.



len hatten sich bereits in den ersten Nachkriegsjahren das Deutsche Büro für Friedensfragen, die um Alfred Weber gescharte „Heidelberger Aktionsgruppe zur Demokratie und zum freien Sozialismus“ und der von dem Würzburger Historiker Ulrich Noak geleitete Nauheimer Kreis bemüht, die schon in der Weimarer Republik geschürten, von den Goebbelschen Hetztiraden verfestigten Vorurteile gegenüber den Polen abzubauen<sup>7)</sup>. Doch diese von wenigen Intellektuellen erarbeiteten Vorschläge zur Beendigung des deutsch-polnischen Antagonismus besaßen keine Breitenwirkung. Auch die 1950 von dem früheren General Hanns von Rohr ins Leben gerufene „Hellmuth von Gerlach-Gesellschaft e. V. zur Förderung des deutsch-polnischen Kultur- und Wirtschaftsaustauschs“, aus der 1973 die „Deutsch-polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ hervorging, war zahlenmäßig zu unbedeutend, als daß sie viel hätte in Bewegung setzen können. Bei dem verbreiteten militanten Antikommunismus in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre wurde das volksdemokratische Polen nur als gehorsamer Satellit der Suprematsmacht UdSSR ohne eigenen politischen Entscheidungsspielraum eingestuft, was als Rechtfertigung für die „Nichtzurkenntnisnahme“ bereits ausreichte und das Wunschdenken begünstigte, man brauche die Polen nur vom Kommunismus zu erlösen, um von ihnen dann — gleichsam als Akt freier Selbstbestimmung — die Gebiete von jenseits der Oder und Neiße zurückzuerhalten.

Trotz des größer werdenden zeitlichen Abstands seit dem Verlust der Heimat und der Teilnahme der Vertriebenen am bundesdeutschen „Wirtschaftswunder“ wurde eine Aussöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn auf der Grundlage der tatsächlichen Verhältnisse vor allem von ihren Sprechern kompromißlos abgelehnt. Immerhin hatten sie in der am 5. August 1950 proklamierten „Charta der

Heimatvertriebenen“ ausdrücklich auf „Rache und Vergeltung“ verzichtet und keine Forderung auf Rückgabe ehemals deutschen Territoriums und nach Rückkehr erhoben, obschon das Recht auf Heimat „als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit“ bezeichnet worden war<sup>8)</sup>. Da sich dem wirtschaftlich-sozialen Integrationsprozeß eine politisch-psychologische Eingliederung anschloß und die meisten Vertriebenen zu Beginn der sechziger Jahre zu vollgültigen „Einheimischen“ geworden waren, fanden die meist mit verletzendem Rigorismus und mangelndem Augenmaß vorgetragenen Postulate ihrer Sprecher nach Zurückdrängung des Kommunismus, Wiedergewinnung der verlorenen Ostgebiete und Rückkehr in die alte Heimat eine immer geringere Resonanz, boten aber der östlichen Propaganda die willkommene Gelegenheit, die Aussöhnungsbereitschaft der Landsmannschaften generell in Frage zu stellen und ihre Mitglieder als Revanchisten und Kriegstreiber zu diffamieren.

Viele Vertriebenenfunktionäre wollten ganz einfach nicht wahrhaben, daß — unbeschadet der Beateuerung der von Konrad Adenauer geführten Kabinette, Verhandlungen über die endgültige Grenzregelung im Osten könne nur eine freigewählte, demokratisch legitimierte gesamtdeutsche Regierung aufnehmen — auch die Politiker der NATO-Partner die Vertreibung als endgültig anzusehen begannen und im Interesse eines Abbaus der Ost-West-Konfrontation für die Akzeptanz des Status quo plädierten. Die Unfähigkeit, konstruktive Alternativen zu entwickeln, schränkte die Einwirkungsmöglichkeiten der Vertriebenen auf die Neuorientierung der Deutschland- und Ostpolitik ein, zumal als mit der Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 der in 17 Jahren bewährte Interessengleichklang mit der jeweiligen Bundesregierung zerbrach.

## II. Versuche der Annäherung

Die sich nach 1950 beschleunigende Einbindung beider Staaten in einander antagonistisch gegenüberstehende Blöcke veranlaßte die polnische Regierung, im Interesse einer Absicherung ihrer territorialen Integrität mit vorsichtigen Schritten zu einer politischen Stabilisierung in Mitteleuropa beizutragen. Bereits am 24. August 1953 gab Ministerpräsident Cyrankiewicz einen einseitigen Verzicht

auf deutsche Reparationen bekannt. Als die Auseinandersetzung um die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO ihren Höhepunkt erreichte, erklärte die polnische Regierung am 18. Februar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland für beendet; drei Wochen zuvor hatte sie eine Normalisierung der Beziehungen nach einer Aner-

<sup>7)</sup> Vgl. Hans Georg Lehmann, *Der Oder-Neiße-Konflikt*, München 1979, S. 152–154.

<sup>8)</sup> Vgl. Text u. a. bei Ernst Nittner (Hrsg.), *Dokumente zur sudetendeutschen Frage 1916–1967*, Nr. 231, München 1967, S. 358.

kennung der Oder-Neiße-Grenze in Aussicht gestellt. Auf die vom neuen Parteichef Wladyslaw Gomulka erstmals am 14. Januar 1957 signalisierte Bereitschaft zur Herstellung diplomatischer Beziehungen ohne Vorbedingungen und — nach sowjetischem Beispiel — selbst unter Hinnahme einer deutschen Vorbehaltserklärung in der Grenzfrage<sup>9)</sup> reagierte das Kabinett Adenauer zwar mit der Versicherung „des aufrichtigen Willens zur Verständigung mit den osteuropäischen Nachbarvölkern“, lehnte eine Formalisierung der Kontakte unter Berufung auf die Hallstein-Doktrin und die strittige Interpretation des Potsdamer Protokolls aber rundweg ab.

Auch der polnische Vorschlag vom 2. Dezember 1957 zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (Rapacki-Plan)<sup>10)</sup> mit der Intention, Bonn in ein kollektives Sicherheitssystem einzubinden und somit eine Revision der bestehenden Grenzen zu erschweren, fand am 23. Januar 1958 die schroffe Zurückweisung durch die Bundesregierung. Das sowjetische Berlin-Ultimatum setzte dann im November 1958 den Schlußpunkt hinter eine konstruktive Phase der polnischen Politik.

In der westdeutschen Öffentlichkeit wuchs gleichzeitig die Einsicht in die Unaufschiebbarkeit einer Normalisierung der bilateralen Kontakte. Denn nach dem „polnischen Frühling im Oktober“ von 1956 setzte eine intensivere Wahrnehmung der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der VR Polen ein, wozu die kenntnisreiche Berichterstattung der seit 1957 auf Dauer in Warschau akkreditierten Journalisten wirkungsvoll beitrug. Publizisten und Redakteure, Wissenschaftler und Theologen forderten beredt die Anerkennung des Status quo als Voraussetzung für die überfällige Verständigung. Auch wenn das durch Spielfilme und Gegenwartsliteratur, Volkskunst und den stillvollen Wiederaufbau der kriegszerstörten historischen Stadtkerne genährte Interesse für die polni-

schen Realitäten vorerst nur ein kleines Spektrum der Intelligenz erfaßte und der seit 1955 praktizierte Ostkunderlaß in den Schulen die Vermittlung unvoreingenommenen Wissens eher erschwerte, trugen mit der Zeit Kultur und Erziehung zum Abbau alter Vorurteile bei. Auch ohne vertragliche Absicherung kam mit gewisser Regelmäßigkeit der Austausch von Wissenschaftlern zustande<sup>11)</sup>; Sportler traten zu Wettkämpfen im anderen Land an; Mitglieder der „Aktion Sühnezeichen“ konnten sich zum Arbeitseinsatz in Polen aufhalten; die Rotkreuzgesellschaften pflegten enge Kontakte; das Handelsvolumen wurde ausgeweitet — aber Reismöglichkeiten für ein breiteres Publikum bestanden nicht. Der mit dem polnischen antikommunistischen Exil in Westeuropa und in den USA gesuchte Meinungs-austausch veranlaßte die Warschauer Regierung sogar zeitweilig, die bilateralen Beziehungen einzufrieren und allein Begegnungen im multilateralen Rahmen oder in den großen internationalen Organisationen zu tolerieren.

Gedrängt von ihrer Jugend- und Hochschulorganisation begann unter schmerzhafter Abkehr von den Positionen, die Kurt Schumacher im Kampf gegen die Oder-Neiße-Grenze bezogen hatte, seit 1957 die SPD als erste große Volkspartei, ihre ostpolitischen Positionen zu überdenken und auf der Basis des Gewaltverzichts die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und eine Verständigung in allen strittigen Fragen „in einer freundschaftlichen Atmosphäre“ zu fordern. Die deutlichen Niederlagen bei der Bundestagswahl 1957 und der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 1958 sowie die erneute Zuspitzung des Ost-West-Konflikts nach Chruschtschows Berlin-Ultimatum im November 1958 dämpften aber die Bereitschaft, mit unkonventionellen, vom Wähler noch nicht honorierten Lösungsvorschlägen vorzupreschen. Immerhin wuste Kanzlerkandidat Brandt im Vorfeld der Bundestagswahl 1961 die Aussage, eine von ihm geführte Regierung werde sich „um friedliche Zusammenarbeit mit allen osteuropäischen Völkern, vor allem dem polnischen Nachbarvolk bemühen und das Verhältnis zu ihm versachlichen, ohne daß einem Friedensvertrag vorgegriffen wird“<sup>12)</sup>. In der SPD

<sup>9)</sup> Vgl. Jerzy Sulek, *Stanowisko rządu NRF wobec granicy na Odrze i Nysie Łużyckiej 1946—1949*, Poznań 1969; Mieczysław Tomala, *Die Beziehungen Polens zur Bundesrepublik Deutschland 1944/49—1975*; Hans Adolf Jacobsen, *Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen 1949—1975: Aspekte aus deutscher Sicht*, beide in: Wolfgang Jacobmeyer (Red.), *Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen bis zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki 1975)*. XIX. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 20.—25. Mai 1986 in Saarbrücken, Braunschweig 1987, S. 13—38 bzw. 39—54.

<sup>10)</sup> Vgl. Adam Albrecht, *Der Rapacki-Plan — neue Aspekte*, Poznań 1964; ferner *Die Zeit*, Nr. 50 vom 4. Dezember 1987.

<sup>11)</sup> Vgl. Stanisław Cholewiak/Mieczysław Suchocki, *Die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland von 1949—1976*, in: Hans-Adolf Jacobsen u. a. (Hrsg.), *Bundesrepublik Deutschland — Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen, Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung*, Frankfurt—Warschau 1979, S. 314—327.

<sup>12)</sup> *Zit. nach V. Kellermann (Anm. 6)*, S. 99. Detailliert Ludwig Elsing, *Sozialdemokratie und Polen. Die Polenpolitik der SPD bis zum Warschauer Vertrag*, Phil. Diss., Bonn 1981.

setzte sich die Erkenntnis durch, daß die Suche nach einem *modus vivendi* mit den osteuropäischen Volksdemokratien nur auf der Grundlage einer Anerkennung der auf den alliierten Kriegskonferenzen und zumal im Potsdamer Protokoll niedergelegten Vereinbarungen und den inzwischen entstandenen politischen Realitäten möglich war.

Die von Thomas Dehler und Erich Mende geführte FDP, die nach dem Tod von Wolfgang Pfeleiderer über keinen unvoreingenommenen außenpolitischen Kopf mehr verfügte, schloß sich dagegen bruchlos der von CDU/CSU vertretenen, auf der Hallstein-Doktrin und dem Alleinvertretungsanspruch basierenden Deutschland- und Ostpolitik an. Mit beißendem Sarkasmus beantwortete deshalb Premier Cyrankiewicz die Grußadresse, die Kanzler Adenauer aus Anlaß des 20. Jahrestags der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs an das polnische Volk gerichtet hatte. Aus Enttäuschung über die festgefahrenen Positionen Bonn's beteiligte sich Polen engagierter als zuvor an der Propagandakampagne der Volksdemokratien gegen die Bundesrepublik Deutschland und begegnete allen Annäherungsversuchen mit skeptischer Reserve.

Das wachsende Interesse der deutschen Wirtschaft an einer Intensivierung des Warenaustauschs begünstigte dann im Dezember 1960 das Zustandekommen einer inoffiziellen, aber von Kanzler Adenauer autorisierten Kontaktaufnahme des Krupp-Generalbevollmächtigten Berthold Beitz mit der polnischen Regierung. Trotz des Drängens des neugewählten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, einen substantiellen Beitrag zum Ab-

bau des mitteleuropäischen Spannungsfeldes zu leisten, engten das deutsche Beharren auf der Hallstein-Doktrin und die Weigerung, die Grenzfrage auch nur zu erörtern, den Verhandlungsspielraum ebenso ein wie das polnische Bestehen auf vollen diplomatischen Beziehungen. Mit der Unterzeichnung eines für beide Seiten vorteilhaften Wirtschaftsabkommens mit dreijähriger Laufzeit am 7. März 1963 und der Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen ohne Konsularfunktionen konnte wenigstens ein Minimalkonsens erreicht werden<sup>13)</sup>. Inzwischen wurde selbst im Deutschlandpolitischen und Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU die Einsicht vertreten, daß Initiativen zur Verbesserung der Kontakte zu den osteuropäischen Volksdemokratien unterhalb der Aufgabe von Rechtspositionen nicht länger ausweichen war<sup>14)</sup>.

Die polnische Regierung war aber nicht willens, Hilfestellung zu einer wie auch immer gearteten Rettung der Hallstein-Doktrin zu geben und von ihrer unbeirrbar aufrechterhaltenen Forderung nach Aufnahme normaler zwischenstaatlicher Kontakte unter vorbehaltloser Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze abzuweichen. Sie fühlte sich in ihrer Haltung ermutigt durch die westlichen Bündnispartner der Bonner Republik, die ihren Argwohn erkennen ließen, eine deutsche Ostpolitik mitzuverantworten, die — trotz neuer Nuancierungen — darauf hinauszulaufen schien, aus der Konkursmasse der Weltkriegsniederlage soviel wie möglich für ein wiedervereinigtes „Gesamtdeutschland“ zu retten.

### III. Der Beitrag der Christen zum Aussöhnungsprozeß

In der konsequent die Westintegration und die Wiederbewaffnung verfolgenden Politik Adenauers, die von den beiden großen Amtskirchen gebilligt wurde, hatten evangelische und katholische Laien früh eine Gefährdung des Wiedervereinigungsgebots und vor allem ein Hindernis auf dem Weg zur Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas gesehen. Während z. B. Walter Dirks und Eugen Kogon als Sprecher politisch differenzierter denkender Kreise in der Katholischen Kirche ihr Unbehagen an der Übernahme der außen- und vertriebenenpolitischen Postulate der CDU/CSU durch den Episkopat äußerten und eine konstruktive Osteuropapolitik verlangten, bahnte sich nach 1955 auch innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ein langsamer Meinungswandel an. Einen

Sturm der Entrüstung entfachten im November 1961 acht prominente evangelische Laien (unter ihnen Carl Friedrich von Weizsäcker, Werner Heisenberg, Ludwig Raiser und Klaus von Bismarck), die in einem „Tübinger Memorandum“ die Kritik am Realitätsverlust der Bundesregierung und der

<sup>13)</sup> Vgl. Hanna Paul-Calm, Ostpolitik und Wirtschaftsinteressen in der Ära Adenauer (1955—1963), Frankfurt—New York 1981; Michael Kreile, Osthandel und Ostpolitik, Baden-Baden 1978; Gösta Thieme, Die Entwicklung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen unter besonderer Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Grundlagen (1950—1980), Phil. Diss., Bonn 1985.

<sup>14)</sup> Vgl. dazu z. B. die Ansprache von Außenminister Gerhard Schröder vor dem Evangelischen Arbeitskreis am 4. Oktober 1962 in Wiesbaden, in: B. Meissner (Anm. 1), S. 36.

politischen Parteien mit der Empfehlung verbanden, eine der Normalisierung dienende Ostpolitik unter Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu betreiben<sup>15)</sup>. Dieses Durchbrechen eines langgehegten Tabus begünstigte eine zunehmend freimütiger geführte Auseinandersetzung um Ziele und Methoden der als überfällig angesehenen Aussöhnung mit Polen.

Als dann im Oktober 1965 die Denkschrift der EKD über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“<sup>16)</sup> bekannt wurde, löste sie einen leidenschaftlich geführten Meinungsstreit aus. Neben dem Bund der Vertriebenen (BdV) übte vor allem die Springer-Presse scharfe Kritik an den „moralisch, historisch, rechtlich und politisch unverantwortlichen“ Schlußfolgerungen – hatten die Autoren doch gewagt, eine „neue Grundlagenbestimmung ohne vorher feststehendes Ergebnis“ anzumahnen. Diese als „Tendenzschrift einer Minderheit“ abqualifizierte Ost-Denkschrift wurde vom BdV vor allem deshalb angegriffen, weil sie angeblich „das Heimatrecht der Vertriebenen über die Köpfe der Betroffenen hinweg als Kaufpreis für eine Versöhnungspolitik gegenüber dem kommunistischen Regime“ in Polen anbot und mit dem Eingeständnis einer Kollektivschuld aller Deutschen „politischen Selbstmord“ betrieb.

Die Unfähigkeit, ihre politisch inzwischen fragwürdig gewordenen Rechtspositionen sachlich zu diskutieren, bewiesen die Gegner einer wirklichen Aussöhnungspolitik auch beim Bekanntwerden des

Briefwechsels zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat vom November/Dezember 1965. In ihrem Schreiben krönten die polnischen Bischöfe ihre Interpretation der tausendjährigen Nachbarschaft mit der Gewährung von und der Bitte um Vergebung, während ihre deutschen Amtsbrüder in ihrer Antwort – etwas enttäuschend – vor allem die Heimatliebe und die Rechtsauffassung unter den Vertriebenen erläuterten sowie für die Fortsetzung des Dialogs „in allen Lebensbereichen unserer beiden Völker“ plädierten<sup>17)</sup>. Die Warschauer Regierung hat die Initiative des polnischen Episkopats zwar als Einmischung in Staatsangelegenheiten verurteilt, die Stimmen der deutschen Christen aber, die nicht in direkter politischer Verantwortung zum Handeln gezwungen waren und mit ihren Mahnungen und Lösungsvorschlägen nicht nur auf die Parteien einwirkten, sondern auch die öffentliche Meinung für die existentiellen polnischen Belange sensibilisierten, dankbar registriert. Nachdem sich auch die katholische Friedensbewegung Pax Christi für eine Beschleunigung des Aussöhnungsprozesses mit Polen einsetzte, untersuchten Laien und Geistliche, die sich im Mai 1966 im Bensberger Kreis zusammenschlossen, die Voraussetzungen für das Gelingen des Normalisierungsprozesses. In ihrem am 2. März 1968 veröffentlichten „Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen“<sup>18)</sup> vertraten sie die Ansicht, daß der von der Bundesregierung angebotene Gewaltverzicht erst durch „die Anerkennung der gegenwärtigen territorialen Verhältnisse zwischen Deutschland und Polen“ glaubwürdig werde.

#### IV. Das Zustandekommen des Warschauer Vertrags

Wenn diese an Deutlichkeit weit über die Schlußfolgerungen der EKD-Denkschrift hinausgehende katholische Stellungnahme nicht einen ähnlichen Proteststurm wie alle früheren Normalisierungsvor-

schläge auslöste, so war dies dem veränderten politischen Klima nach der Bildung der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt zuzuschreiben. Hatte bereits die sogenannte Friedensnote der Regierung Erhard vom 25. März 1966 einen versöhnlichen Tenor angeschlagen, so wies

<sup>15)</sup> Vgl. Text bei Kurt P. Tudyka, *Das geteilte Deutschland. Eine Dokumentation der Meinungen*, Stuttgart 1965, S. 190 ff.; ferner Ludwig Raiser, *Die Bemühungen der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Versöhnung mit den östlichen Nachbarvölkern, vor allem mit Polen*, in: Jürgen Moltmann/Martin Stöhr (Hrsg.), *Begegnung mit Polen. Evangelische Kirchen und die Herausforderung durch Geschichte und Politik*, München 1974, S. 81–92, hier S. 87.

<sup>16)</sup> Vgl. Reinhard Henkys (Hrsg.), *Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift*, Berlin 1966, S. 176–217.

<sup>17)</sup> Texte bei R. Henkys, ebd., S. 218–230. Vgl. dazu Hansjakob Stehle, *Seit 1960: Der mühsame katholische Dialog über die Grenze*, in: Werner Plum (Hrsg.), *Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen*, Bonn 1984, S. 155–178.

<sup>18)</sup> Vgl. dazu Gottfried Erb, *Das Memorandum des Bensberger Kreises zur Polenpolitik*, in: W. Plum (Anm. 17), S. 179–187.

Kiesinger in seiner Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 auf die Bereitschaft der meisten Bundesbürger „nach einer Aussöhnung mit Polen“ hin, zumal der Wunsch der polnischen Bevölkerung, „endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben“, respektiert werde; die Einschränkung jedoch, die endgültige Grenzziehung müsse einer gesamtdeutschen Regierung in einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben<sup>19)</sup>, nahm seinen verständnisvollen Worten viel von ihrer Wirkung. Parteichef Gomulka, der schon im Zusammenhang mit den Jahrtausendfeiern der Staatsgründung Polens unermüdlich die vollständige, unwiderrufliche und deshalb nicht mehr verhandelbare Integration der Westgebiete betont hatte, versteifte sich unter Berufung auf die am 6. Juli 1966 veröffentlichte Budapester Erklärung der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa nicht nur auf die vorbehaltlose Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, sondern verlangte jetzt auch das Eingeständnis der Nichtigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an, die völkerrechtliche Respektierung der DDR und eine umfassende Abrüstung der Bundeswehr. Die ost- und deutschlandpolitischen Akzente, die Außenminister Brandt zur Aufweichung der verhärteten Fronten unter Abkehr vom Alleinvertretungsanspruch und der Hallstein-Doktrin zu setzen suchte, wurden von der CDU jedoch nur unter Vorbehalten mitgetragen, von der CSU gelegentlich mit offener Kritik bedacht und von der sich im Aufwind befindenden NPD und dem BdV entschieden abgelehnt.

Der mutige Vorstoß, den der Publizist Wilhelm Wolfgang Schütz in seinem „Deutschland-Memorandum“<sup>20)</sup> im November 1967 unternahm, sorgte ebenso für Aufsehen wie die Einsicht der FDP-Politiker Hans Wolfgang Rubin und Wolfgang Schollwer, daß eine Wiedervereinigung ohne Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der Existenz eines kommunistischen Staates auf deutschem Boden undurchführbar sei<sup>21)</sup>. Die nach leidenschaftlicher Diskussion vom 13. SPD-Parteitag (17.–21. März 1968) angenommene Entschließung, in der die Bereitschaft zum Ausdruck kam, „die bestehenden Grenzen in Europa, insbesondere die gegenwärtige polnische Westgrenze zu respektieren

und anzuerkennen, bis die deutschen Grenzen in einer friedensvertraglichen Regelung, die von allen Beteiligten als gerecht und dauerhaft empfunden werden kann, endgültig festgelegt werden“<sup>22)</sup>, stellte den entscheidenden Durchbruch dar. Damit hatte eine der großen Volksparteien eine eindeutige Position bezogen, die sie nach 1969 auch zum Leitmotiv ihrer neuen Ostpolitik erhob.

In der CDU/CSU dagegen erhielt 1968/69, in den Tagen des „Prager Frühlings“, die Hoffnung auf eine allmähliche Lösung der osteuropäischen Staaten von der sowjetischen Suprematsmacht und auf einen nicht mehr aufzuhaltenden Zerfallsprozeß innerhalb des sozialistischen Lagers neuen Auftrieb, die im Rahmen einer weitgehenden Neuordnung Europas auch zur deutschen Wiedervereinigung mit einer weit nach Osten vorgeschobenen Grenze beitragen würden. Die FDP rang sich auf ihrem Nürnberger Parteitag am 25. Juni 1969 zu einer Aufgabe „der leer gewordenen Formeln der deutschen Außenpolitik“ und zur Einleitung einer neuen, die politischen Gegebenheiten über die ideologischen Gräben und unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen hinweg akzeptierenden gesamteuropäischen Sicherheitspolitik durch<sup>23)</sup>. Die Bundesregierung wich aber Polen gegenüber weiterhin jeder Präzisierung ihrer Vorstellungen über die Lösung der Grenzfrage aus und begnügte sich mit realitätsfremden Absichtserklärungen, die zu einem Paket verschnürten Problembereiche Alleinvertretungsanspruch, Hallstein-Doktrin, Oder-Neiße-Grenze, Status Berlins und Beziehungen zur DDR würden von einer demokratisch legitimierten gesamtdeutschen Regierung im Rahmen einer europäischen Friedensordnung einer Regelung zugeführt werden.

In einer Warschauer Wahlrede kam Gomulka am 17. Mai 1969 dem Standpunkt der Bundesregierung erstmals etwas entgegen, als er die polnische Bereitschaft andeutete, den Unterschied zwischen einer Gesamtdeutschland betreffenden Frage – der Grenzziehung – und den souveränen Rechten der beiden deutschen Staaten zu beachten und es bilateralen Verhandlungen zu überlassen, wie weit die Bundesregierung im eigenen Namen bei der Grenz- anerkennung gehen würde. Diese danach mehrfach bekräftigte Position war auch das Ergebnis einer innerhalb der polnischen Öffentlichkeit intensiv geführten Diskussion über die Zukunft des Landes. Das Zustandekommen einer sozial-liberalen Koalition nach den Bundestagswahlen vom 28. Septem-

<sup>19)</sup> Text der „Friedensnote“ und der relevanten Passagen der Regierungserklärung Kiesingers in: B. Meissner (Anm. 1), S. 120–124 und S. 161–163.

<sup>20)</sup> Wilhelm Wolfgang Schütz, Deutschland-Memorandum. Eine Denkschrift und ihre Folgen, Hamburg 1968.

<sup>21)</sup> Vgl. Hans Wolfgang Rubin, Die Stunde der Wahrheit, in: liberal, 12. März 1967; Wolfgang Schollwer, Deutschland- und Außenpolitik, in: Der Stern vom 3. März 1967.

<sup>22)</sup> Text des „Beitrags der SPD zu aktuellen Problemen der deutschen Politik“, in: B. Meissner (Anm. 1), S. 362–364.

<sup>23)</sup> Vgl. B. Meissner (Anm. 1), S. 362–364.

ber 1969 stellte für die Bonner Ostpolitik den entscheidenden Wendepunkt dar. „Das deutsche Volk braucht den Frieden im vollen Sinne dieses Wortes auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens . . . Diese Bundesregierung wird der Regierung der Volksrepublik Polen einen Vorschlag zur Aufnahme von Gesprächen zugehen lassen, mit denen sie die Ausführungen Wladyslaw Gomulka vom 17. Mai 1969 beantwortet“, kündigte Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 an.

Obschon – auch im polnischen Interesse – den deutsch-sowjetischen Verhandlungen Priorität eingeräumt wurde, kamen unbeschadet der sich rasch herauskristallisierenden Schwierigkeiten die am 5. Februar 1970 aufgenommenen Gespräche zwischen Bonn und Warschau gut voran. Probleme beschworen aber die als Verfassungsgrundsatz niedergelegte Einheit der deutschen Nation sowie die Tatsache herauf, daß nach dem Deutschlandvertrag alle ganz Deutschland betreffenden Fragen in den Zuständigkeitsbereich der Siegermächte fielen. Diese Schranken politischer Bewegungsfreiheit wurden durch die schmale parlamentarische Mehrheit der Regierung noch weiter eingeengt, die Rücksichtnahme auf unsichere Kantonisten in den eigenen Fraktionen notwendig machte; auch wurde eine – wenigstens begrenzte – Zustimmung der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu den Verhandlungsergebnissen angestrebt.

Die Grenzfrage bildete unverändert den *nervus rerum*. Die Unterzeichnung des Vertrags mit der UdSSR am 12. August 1970 besaß Signalwirkung, war im Art. 3 doch festgehalten worden, daß beide Parteien „heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich (betrachten) . . . , einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet“. Erschwerend kam nach Aufnahme der 6. deutsch-polnischen Gesprächsrunde (5.–7. Oktober) aber hinzu, daß über andere Problemkreise – u. a. die Ausreise Deutschstämmiger aus Polen, individuelle Wiedergutmachung für Opfer pseudomedizinischer Versuche in den KZs – die Positionen noch weit auseinanderklafften.

Nach der von den Außenministern Walter Scheel und Stefan Jędrychowski am 18. November vollzogenen Paraphierung des Vertragstextes betonten beide Seiten den Kompromißcharakter. Unter Berufung auf den moralischen Stellenwert des deutsch-polnischen Verhältnisses machte die Bundesregierung deutlich, dem Verhandlungsergebnis vorrangig deshalb zugestimmt zu haben, um die „Verständigung mit dem polnischen Volk und die Normalisierung und Verbesserung der Beziehun-

gen“ einzuleiten, die Lösung humanitärer Probleme zu ermöglichen und einen Beitrag zur Stabilisierung der europäischen Friedensordnung und für eine spätere Regelung der deutschen Frage zu leisten<sup>24</sup>). Als am 7. Dezember 1970 das Vertragswerk in Warschau unterzeichnet wurde, waren die sich bald danach abzeichnenden Schwierigkeiten bei der Ratifizierung der Ostverträge durch Bundestag und Bundesrat in ihrer dramatischen Zuspitzung aber ebensowenig abzusehen wie die euphemistisch als „Dezember-Ereignisse“ heruntergespielten Unruhen in der Volksrepublik Polen, die Gomulka und einen Großteil seiner Mannschaft kurz danach aus den Ämtern fegten.

Die anschließende Diskussion um das Für und Wider der Ostverträge und die weniger mit Sachargumenten als mit persönlichen Diffamierungen und Unterstellungen seit Januar 1972 in der Bundesrepublik Deutschland geführte Ratifizierungsdebatte bedingte eine bis heute nicht ganz überwundene Verhärtung der politischen Fronten und eine schroffe Polarisierung der öffentlichen Meinung. Obgleich sich 1967 immerhin 46 Prozent, 1970 bereits 58 Prozent und 1972 sogar 61 Prozent der vom Allensbacher Institut für Demoskopie befragten Bundesbürger für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze aussprachen, lehnten Teile der CDU, die CSU, der BdV und die Springer-Presse die Ostverträge entschieden ab. Die nach dem Scheitern des konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Brandt am 27. April aufgrund einer gemeinsamen Bundestagsresolution am 17. Mai erreichte Zustimmung zu den Ostverträgen konnte die Polen nicht zufriedenstellen, weil der Warschauer Vertrag bei 248 Ja- und 17 Nein-Stimmen angesichts der 231 Enthaltungen nicht von der absoluten Mehrheit der Abgeordneten gebilligt wurde. Erst nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen durch Bundespräsident Heinemann am 23. Mai 1972 stimmte der Sejm drei Tage später dem Vertragswerk zu, das mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden am 3. Juni 1972 in Kraft trat. Die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen am 14. September 1972 bildete einen weiteren formalen Schritt auf dem Wege der Normalisierung.

<sup>24</sup>) Vgl. Benno Zündorf, Die Ostverträge. Die Verträge von Moskau, Warschau, Prag, das Berlin-Abkommen und die Verträge mit der DDR, München 1979; Günther Schmid, Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/70, Köln 1979; Claus Arndt, Die Verträge von Moskau und Warschau. Politische, verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Aspekte, Bonn-Bad Godesberg 1973; Wortlaut des Vertrages in: Bulletin. Sonderausgabe des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 8. Dezember 1970.

## V. Schwierige Verständigung

Hatte sich die Bundesregierung nach Inkrafttreten des Warschauer Vertrags in der Hoffnung gewiegt, mit Hilfe enger Kooperation auf den verschiedensten Gebieten die Hypotheken der Vergangenheit rasch tilgen zu können, so verfolgte die polnische Seite nach 1972 vorrangig das Ziel, den vielbeschworenen Normalisierungsprozeß zur Regelung der offengebliebenen Problemkreise zu nutzen. Die Entschädigungsforderungen der Opfer der NS-Herrschaft und das Beharren auf Angleichung der bundesdeutschen Gesetzgebung an den Geist der Ostverträge wurden flankiert von dem mit wachsender Ungeduld vorgetragenen Wunsch nach Gewährung eines substantiellen Kredits zu günstigen Konditionen. Der 1974 eskalierende Streit über die Umsiedlung und Familienzusammenführung Deutschstämmiger trug ebenso zu einer spürbaren Irritation in den bilateralen Beziehungen bei wie die Grundsatzzurteile des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und 7. Juli 1975, in denen der Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 ausdrücklich bestätigt wurde. Erst in der Nacht vom 1. auf den 2. August 1975 konnten während des Helsinki-Gipfels Bundeskanzler Helmut Schmidt und Parteisekretär Edward Gierek einen Minimalkonsens erreichen, der eine Pauschalabgeltung von Renten- und Sozialversicherungsansprüchen in Höhe von 1,3 Milliarden DM, einen Finanzkredit von einer Milliarde DM sowie ein langfristiges Kooperationsprogramm für Wirtschaft, Industrie und Technik beinhaltete und auch ein Einvernehmen in der besonders heftig umstrittenen Umsiedlerfrage vorsah, das Ausreisegenehmigungen für bis zu 125 000 Deutschstämmige gestattete<sup>25</sup>).

Die am 9. Oktober 1975 in Warschau von den Außenministern Hans-Dietrich Genscher und Stefan Olszowski unterzeichneten Abkommen stießen sowohl in Polen als auch in der Bundesrepublik Deutschland auf heftigen Widerspruch: Während die polnische Presse die deutsche Unnachgiebigkeit anprangerte und die Auffassung empört zurückwies, mit den finanziellen Zugeständnissen seien die polnischen Entschädigungsansprüche ein für allemal abgegolten, empfahl CSU-Chef Franz Josef Strauß am 25. Oktober wegen der „unabsehbaren kommunistischen Geldforderungen“ die Ablehnung der neuen Vereinbarungen mit Polen. Die

Unterstellung, hierbei ginge es um „Menschenhandel mit finanzieller Erpressung“, konnte die Annahme des gesamten Vertragspakets am 19. Februar im Deutschen Bundestag mit 276 zu 191 Stimmen und die einvernehmliche Zustimmung des Bundesrats am 12. März 1976 jedoch nicht verhindern<sup>26</sup>).

Auf unterer und mittlerer Ebene hatte sich die bilaterale Zusammenarbeit dagegen recht erfreulich entwickelt. Kontakte der Ressortminister, Reisen von Parteirepräsentanten, gegenseitige Besuche von Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften, die Verlängerung und Erweiterung der Handelsvereinbarungen oder die Tagungen der gemischten Kommission für Fragen der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Kooperation wurden rasch zur Routine; die Intensivierung der Presse- und Fernsehberichterstattung aus Polen sowie Reiseerleichterungen für Gruppen und Einzelpersonen dienten der verbesserten Wahrnehmung Polens in der Bundesrepublik Deutschland. Bei dem vom 8.—12. Juni 1976 dauernden Besuch des Ersten Sekretärs der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PVAP), Edward Gierek, konnte in einer gemeinsamen Erklärung auf die erreichten Fortschritte im Normalisierungsprozeß zwischen den beiden Staaten verwiesen werden; unter den ausgefertigten Verträgen besaßen ein Wirtschaftsabkommen mit fünfjähriger Laufzeit, das Kulturabkommen sowie die Vereinbarung über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit besonders großes Gewicht. Die Reise Bundeskanzler Schmidts vom 21.—25. November 1977 nach Polen machte deutlich, daß beide Seiten dem Ausbau der bilateralen Kontakte im Interesse einer Beschleunigung des Aussöhnungsprozesses einen hohen Stellenwert beimaßen und sie konstruktiv vertiefen wollten.

Für die polnische Außenpolitik nahm die Bundesrepublik Deutschland aber als eine der großen Wirtschaftsmächte und wegen des auf ihrem Gebiet konzentrierten Militärpotentials einen herausgehobeneren Rang ein als Polen im westdeutschen politischen Kalkül. Warschau reagierte deshalb mit großer Empfindlichkeit, ja gereiztem Mißtrauen auf

<sup>25</sup>) Vgl. Carl Christoph Schweitzer, Konflikt und Kooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen seit dem Warschauer Vertrag von 1970, in: H.-A. Jacobsen (Anm. 11), S. 103—130.

<sup>26</sup>) Vgl. Die deutsch-polnischen Vereinbarungen vom 9. Oktober 1975 und ergänzende Texte, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1976; Klaus Terfloth, Bonn—Warschau — ein Schritt zur Versöhnung, in: Außenpolitik, 27 (1976), S. 123—132; Dieter Bingen, Zehn Jahre Vertrag mit Polen. Möglichkeiten und Hindernisse auf dem Wege der Verständigung, in: Osteuropa, 31 (1981), S. 187—199.

jede noch so vage Infragestellung des politischen und territorialen Status quo in Europa und speziell des Verlaufs der polnischen Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße; besonders heftig wurde gegen die „antipolnischen Aktivitäten“ der Landsmannschaften und die angeblich dem Geist des Warschauer Vertrags zuwiderlaufende bundesdeutsche Verwaltungs- und Gerichtspraxis polemisiert. Bonn dagegen räumte, ohne die wichtige Position Polens im Kreis der osteuropäischen Volksdemokratien aus dem Auge zu verlieren, zur Enttäuschung der polnischen Öffentlichkeit der westeuropäischen Integrationspolitik und der Kontaktpflege zu den NATO-Partnern Priorität ein. Ein weiterer Polen-aufenthalt Kanzler Schmidts am 17./18. August 1979 konnte diese Interessendivergenz nicht beseitigen. Obgleich aus eigener historischer Erfahrung viele Polen die Teilung Deutschlands als unnatürlich empfanden, hat die traumatische Furcht vor einer deutschen Wiedervereinigung und den möglichen Rückwirkungen auf die polnische Westgrenze die politischen Entscheidungsträger in Warschau veranlaßt, den Ausbau der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten mit gespannter Aufmerksamkeit zu verfolgen und alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um das internationale Gewicht der DDR zu stärken und den deutsch-deutschen Gegensatz zu erhalten<sup>27)</sup>.

Die dramatische Entwicklung, die seit Sommer 1980 über Polen hinwegfegte und mit der Ausrufung des Kriegerischen Zustands am 13. Dezember 1981 erst einmal gewaltsam unterbunden wurde, fand das lebhafteste Interesse der bundesdeutschen Öffentlichkeit, während das offizielle Bonn Mühe hatte, den unerwarteten und in seinen politischen Konsequenzen schwer einzuschätzenden Reformprozeß zu würdigen. Der erstmals im Oktober 1980 erhobene Vorwurf einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens verringerte die Bereitschaft der Bundesregierung, den bei einem Besuch Außenminister Genschers am 19./20. März 1981 in Warschau vorgetragenen Wünschen nach weiteren Krediten und einem Entgegenkommen bei der Umschuldung der fälligen Zins- und Tilgungsraten großzügig zu entsprechen. Der Niedergang der Wirtschaft, die wachsenden Versorgungsgänge und die offenkundige Not der Bevölkerung in Polen führten jedoch früh zur Einleitung humanitärer Hilfsmaßnahmen; allein im Jahresverlauf 1982 schickten die Bundesbürger, unterstützt von caritativen und privaten Organisationen, über zwei Mil-

lionen Lebensmittel- und Kleiderpakete nach Polen.

Trotz der Kritik an der Aussetzung der Grundrechte und der Zurückweisung der „Einmischungs“-Anschuldigung riß der Gesprächsfaden nicht völlig ab. Bereits vom 19. – 22. Februar 1982 hielt sich der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, in Warschau auf; informelle Kanäle wurden genutzt, um die Lage der internierten Solidarność-Aktivistinnen zu erleichtern sowie die baldige Rückkehr zu verfassungsgemäßen Zuständen anzumahnen. Doch eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen als Folge des Bonner Regierungswechsels im Oktober 1982 und der wiederbelebten Diskussion um die Bindewirkung des Warschauer Vertrags blieb nicht aus. Äußerungen von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann über den Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 veranlaßten im Februar 1983 Außenminister Olszowski zu einem scharfen Protest, worauf nach mehrjähriger Pause die polnische Presse den Vorwurf vom „Revanchismus“ und „Revisionismus“ in der Bundesrepublik Deutschland erneuerte. Die mehrfach vorgetragenen Bitten der Bonner Regierung, die Rechte der auf etwa eine Million Menschen geschätzten deutschen Minderheit zu achten, wurden in den Medien und vom katholischen Episkopat in verletzenden Artikeln, die im Pangermanismus-Vorwurf gipfelten, zurückgewiesen. Als Außenminister Genscher seine für den 21. November 1984 geplante Warschau-Reise absagte, nachdem der Visumsantrag eines deutschen Journalisten abgelehnt und ihm die Niederlegung eines Kranzes am Grab eines deutschen Soldaten verweigert worden war, erreichten die deutsch-polnischen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt.

Beiden Regierungen konnte jedoch nicht an einer Ausweitung dieser Verstimmung gelegen sein, zumal Warschau nur mit aktiver Unterstützung der Bundesregierung hoffen durfte, durch neue Kreditrahmenbedingungen und eine Umschuldung ihre drückenden Auslandsverbindlichkeiten in Höhe von 39 Milliarden US-Dollar zu reduzieren und die darniederliegende Volkswirtschaft anzukurbeln. Den Brückenschlag erleichterten die verständnisvollen Worte, die der damalige Ministerpräsident und Parteichef Jaruzelski über das den deutschen Vertriebenen zugefügte „menschliche Leid“ im Rahmen einer Breslauer Großveranstaltung zum „40. Jahrestag der Rückkehr der West- und Nordgebiete zum Mutterland“ am 7. Mai 1985 fand<sup>28)</sup>,

<sup>27)</sup> Vgl. Dieter Bingen, Warschauer Sorgen. Die Bonner Deutschlandpolitik 1969–1979, in: Deutschland Archiv, 13 (1980), S. 180–191.

<sup>28)</sup> Vgl. Trybuna Ludu vom 8. Mai 1985.



und nicht zuletzt die in Polen mit dankbarem Respekt aufgenommene Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai<sup>29)</sup>.

Die Bereitschaft beider Seiten, die historische und moralische Dimension in den deutsch-polnischen Beziehungen und für die Zusammenarbeit in Europa anzuerkennen, ist mit den gerade auch von der innerpolnischen Entwicklung beeinflussten Veränderungen im östlichen Mitteleuropa ständig gewachsen. Irritationen blieben freilich nicht aus, weil fehlendes Einfühlungsvermögen in die Psyche des anderen Volkes, mit Drohgebärden verbundenes Beschwören von Rechtspositionen und ein Verlust an politischer Realitätsbezogenheit und Behutsamkeit alte Vorbehalte und Ängste weckten, trotzdem weitere Aussöhnungsschritte aber nicht dauerhaft zu unterbinden vermochten. In Polen konnte kein Verständnis für die innerdeutsche Kontroverse um die geplante Reise des Bundespräsidenten nach Danzig aus Anlaß des 50. Jahrestags des Kriegsausbruchs aufgebracht werden; auch wurde mit zuneh-

mender Verbitterung die Weigerung der Bundesregierung registriert, den im Zweiten Weltkrieg zwangsverpflichteten polnischen „Ostarbeitern“ eine individuelle Entschädigung zu gewähren. Die kleinlichen Schikanen gegen die deutsche Minderheit oder das lange Zögern, die Gründung eines deutsch-polnischen Jugendwerks zuzulassen und die Einrichtung eines bundesdeutschen Kulturinstituts zu erlauben, trugen in der Bundesrepublik zur Reaktivierung schlummernder antipolnischer Vorurteile bei. Die in der Resolution des Deutschen Bundestags vom 8. November 1989 erneut ausgesprochene Grenzgarantie, die während des Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 9.–14. November unterzeichneten Vereinbarungen und vor allem der aus diesem Anlaß beschworene „feste Wille“ beider Regierungen, von jetzt ab die „endgültige Aussöhnung“ der Nachbarvölker herbeizuführen, läßt immerhin erwarten, daß nach der „Normalisierung“ hoffentlich bald auch vertrauensvolle und freundschaftliche „Normalität“ die deutsch-polnischen Beziehungen auszeichnen wird.

## VI. Multiplikatoren einer Versöhnungspolitik

Die Schaffung eines tragfähigen Fundaments für die überfällige Verständigung wurde – anknüpfend an die schon Mitte der fünfziger Jahre eingeleiteten Initiativen – nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags von gesellschaftlichen Gruppierungen, Parteien, Stiftungen und Institutionen angegangen<sup>30)</sup>, die zwar nicht im Auftrag ihrer Regierungen handelten, aber meist mit wohlwollender Unterstützung und oft mit finanzieller Absicherung staatlicher Stellen rechnen konnten.

Während die Parteien der sozialliberalen Koalition keine Mühe hatten, Kontakte zur PVAP und den im Sejm vertretenen Gruppierungen herzustellen, taten sich CDU/CSU nach 1972 schwer, qualifizierte Gesprächspartner in Polen zu finden. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund nutzte früh die Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der polnischen Gewerkschaften. Obschon von allen bundesdeutschen Institutionen der im Spätsommer 1980 machtvoll einsetzende Veränderungsprozeß in Polen begrüßt und erste Verbindungen zur Landeskommision von Solidarność unter ih-

rem Vorsitzenden Lech Wałęsa hergestellt wurden, herrschte nach Ausrufung des Kriegerischen Zustands Ratlosigkeit. Unbeschadet aller Appelle an Regierung und PVAP, den Ausnahmezustand zu beenden, die Internierten freizulassen und das Verbot der Solidarność aufzuheben, bestimmten politischer Kleinmut und eine ängstliche Fixierung auf die Herrschenden die weiteren Polen-Kontakte.

Erst als mit dem „Runden Tisch“ von Februar-April 1989 die Krise der kommunistischen Staats- und Parteiführung nicht mehr zu verschleiern war und die Parlamentswahlen vom 4./18. Juni die Schwäche der PVAP und den breiten Rückhalt des von Solidarność-Aktivisten getragenen „Bürgerkomitees“ in der Bevölkerung dokumentierten, fielen die Berührungsängste. Die positive Resonanz auf die Wahl von Tadeusz Mazowiecki am 24. August zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten und der mit allen protokollarischen Ehren abgewickelte Besuch Wałasas in der ersten Septemberwoche 1989 in der Bundesrepublik unterstrichen die Korrektur früherer Fehleinschätzungen; generell ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der jetzt in der Regierungsverantwortung stehenden einstigen Opposition gewachsen.

<sup>29)</sup> Vgl. Richard von Weizsäcker, Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gwalt Herrschaft, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985.

<sup>30)</sup> Vgl. dazu die Beiträge in dem von Werner Plum hrsg. Band Ungewöhnliche Normalisierung (Anm. 17).

„Als Barometer des aktuellen Standes der bilateralen Verhältnisse“<sup>31)</sup> dienten die 1976 vereinbarten Foren Bundesrepublik Deutschland – Volksrepublik Polen, die bisher fünfmal (Bonn 1977, Allenstein 1978, Darmstadt 1980, Krakau 1985, Kiel 1987) zusammentraten, weil auf ihnen nicht nur die tagespolitischen Sorgen, Klagen und Erwartungen vorgetragen und Normalisierungshindernisse abgebaut werden konnten, sondern weil auch die deutsch-polnischen Beziehungen im gesamteuropäischen Kontext zur Sprache kamen. Die deutsche Frage und die wirtschaftlichen Implikationen der westeuropäischen Integration, zuletzt aber auch die Rolle der beiden Nachbarn im visionären „gemeinsamen europäischen Haus“ standen im Mittelpunkt der zunehmend zukunftsorientierten Überlegungen. Der direkten Begegnung und dem besseren Kennenlernen ihrer Bürger dienen dagegen die Städtepartnerschaften, deren erste am 12. April 1976 zwischen Bremen und Danzig vereinbart wurde. Inzwischen haben u. a. auch Hannover und Posen, Nürnberg und Krakau sowie Wiesbaden und Breslau eine Zusammenarbeit verabredet, gegen die der BdV aber wegen der konsequenten Nennung der polnischen Städtenamen heftig polemisierte.

Nachdem der Vatikan am 28. Juni 1972 mit der Errichtung neuer Bistümer in den ehemaligen deutschen Ostgebieten einer seit 1945 vehement vorgebrachten Forderung der Warschauer Regierung entsprochen hatte, konnte eigentlich mit einer unproblematischen Intensivierung der kirchlichen Kontakte gerechnet werden. Die Reisen der Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, der Kardinal Döpfner und Höffner, 1973 und 1977 nach Polen wurden im September 1978 mit einem Gegenbesuch des Kardinal-Primas Wyszyński und des Krakauer Kardinals Wojtyła beantwortet, ohne daß es hier oder bei einem weiteren Polenaufenthalt deutscher Bischöfe im September 1980 zu einer Vertiefung des im November/Dezember 1965 begonnenen Versöhnungsdialogs kam. Mißverständliche, angeblich „dem polnischen Nationalismus huldigende“ Äußerungen Papst Johannes Pauls II. bei seinem zweiten Heimatbesuch am 21. Juni 1983 in Breslau und auf dem schlesischen Annaberg lösten sogar Proteste des BdV aus. Auf Unverständnis stieß bei westdeutschen Katholiken die Feststellung Kardinal Glemp in seiner Predigt vom 15. August 1984 im Marienheiligtum Tschensterochau, in Polen gebe es keine deutsche Minderheit und daher auch

<sup>31)</sup> Dieter Bingen, Bonn–Warschau 1949–1988: Von der kontroversen Grenzfrage zur gemeinsamen europäischen Perspektive?, in: Bericht des BIOst, Nr. 13/1988, S. 31.

keine Notwendigkeit für die Abhaltung deutscher oder zweisprachiger Gottesdienste. Diese bis heute vom polnischen Episkopat nicht revidierte Auffassung hat die Beziehungen der Amtskirchen beeinträchtigt und dem Gedankenaustausch zwischen den wesentlich fortschrittlicheren Laienorganisationen (u. a. Pax Christi, Klub der katholischen Intelligenz) größeres Gewicht zukommen lassen. Die 1968 aufgenommene Mithilfe der Arbeitsgruppen von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste bei der Erhaltung der KZ-Gedenkstätten findet in Polen hohe Anerkennung, weil jungen Christen die grauenvolle Vergangenheit nahegebracht und ihre Bereitschaft geweckt wird, weiterhin am Versöhnungswerk mitzuwirken.

Die Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, darunter viele Lehrer, Journalisten, Pfarrer und Professoren, bemühten sich vor allem während der Ratifikationsdebatte der Ostverträge im Bundestag, die weitverbreitete Unkenntnis über Polen und die dortigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse abzubauen und seither als Multiplikatoren für die Verständigungspolitik zu dienen. Auch die Historischen Kommissionen für Schlesien, für Posen und für ost- und westpreußische Landesforschung zeigten sich nicht nur an der Bewahrung des deutschen Erbes interessiert, sondern suchten verstärkt den Kontakt mit den polnischen Fachkollegen und die wissenschaftliche Zusammenarbeit.

In den Instituten für osteuropäische Geschichte der westdeutschen Universitäten stand zwar die Vermittlung der russischen Vergangenheit und der sowjetischen Gegenwart im Zentrum der Lehre, aber einzelne Professoren richteten ihre Forschung schwerpunktmäßig auf polnische Themenstellungen aus, auch wenn wegen anfänglicher Engpässe in der Polonistik oft fähiger sprachkundiger Nachwuchs fehlte. Erst die auf der Grundlage des 1976 geschlossenen Kulturabkommens vereinbarten zahlreichen Partnerschaften bundesdeutscher mit polnischen Universitäten haben den zuvor vorwiegend vom Deutschen Akademischen Austauschdienst, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Alexander von Humboldt-Stiftung betreuten Austausch von Studenten und Wissenschaftlern stark anwachsen lassen und hier zur Einrichtung von Polnischlektoraten, in Polen zur Förderung der Germanistik und des universitären Deutschunterrichts beigetragen. Dem Polonikum an der Universität Mainz, dessen Etablierung allein durch die großzügige Unterstützung der Robert Bosch-Stiftung möglich war, kommt Pilotcharakter zu. Der unermüdlichen Fürsprache des verdienten Überset-

zers und Vermittlers der polnischen Literatur in der Bundesrepublik Deutschland, Karl Dedecius, war es zu danken, daß am 11. März 1980 in Darmstadt ein Deutsches Polen-Institut eröffnet werden konnte, das sich vor allem — so durch die Herausgabe einer „Polnischen Bibliothek“ — der Kultur-, Literatur- und Wissensverbreitung annimmt.

Den deutsch-polnischen Normalisierungsprozeß trieb nicht zuletzt die Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission voran, die zwischen Februar 1972 und April 1976 in zehn schwierigen Verhandlungsrunden mit dem Ziel, eine auf Verständigung und Aussöhnung ausgerichtete Erziehung sicherzustellen, „Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie“ erarbeitete und diese seither auf zwölf weiteren Fachkonferenzen vertiefte. Die dort gehaltenen Referate wurden veröffentlicht und stehen Schulbehörden und Lehrern, Schulbuchautoren und Verlegern als Leitlinien zur Ausgestaltung der Unterrichtsinhalte zur Verfügung<sup>32)</sup>. Trotz anfänglich heftiger Kritik an den thesenartig knappen Empfehlungen — besonders an den Aussagen zur Zeitgeschichte, mit denen sich mehrfach der Deutsche Bundestag und alle Länderparlamente beschäftigten und die ein breites, höchst kontroverses Presseecho auslösten — haben sich die Arbeitsergebnisse der Expertenkommission, in die bislang 144 polnische und 132 deutsche Wissenschaftler ihren Sachverstand einbrachten, im Schulalltag beider Länder weitgehend durchgesetzt und zum Abbau der tradierten Vorurteile und einer einseitigen, meist nationalzentrischen Interpretation beigetragen.

Ohne die Unterstützung durch Kirchen, Parteien und Verbände, Vereinigungen und Einzelpersonen, die den Dialog über die Grenzen hinweg suchen

ten und hemmende Vorbehalte oft leichter beseitigen konnten, wäre die von den Regierungen beider Länder betriebene, aber nicht immer mit der wünschenswerten Konsequenz verfolgte Verständigungspolitik sicher nicht so positiv gediehen. Ob schon 33 Prozent der vom Bielefelder Emnid-Institut im August 1989 befragten Bundesbürger eingestanden, Polen mit Gleichgültigkeit, weitere 18 Prozent mit Mißtrauen und drei Prozent sogar mit Feindseligkeit zu begegnen, sprachen sich doch 65 Prozent für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze aus<sup>33)</sup>. Gerade die mit der Grenzregelung verbundenen Problemkreise, die angesichts des Friedensvertragsvorbehalts und der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts über den Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 in Polen weiterhin mit der gleichen Sorge verfolgt werden wie alle Spekulationen um eine deutsche Wiedervereinigung, könnten sich als Stolpersteine auf dem Weg zur Bewältigung der Vergangenheit und eines nur im Wissen um die historische und moralische Dimension möglichen, längst überfälligen Neuanfangs des Nachbarschaftsverhältnisses erweisen.

In seiner eindrucksvollen Ansprache vom 8. Mai 1985 hat Bundespräsident von Weizsäcker die deutsche Verantwortung für den Angriff auf Polen dargelegt, aber auch Verständnis für alle Betroffenen gefordert, die, wie Millionen Polen und Deutsche, „wehrlose Objekte der politischen Ereignisse wurden und denen keine Aufrechnung von Unrecht und keine Konfrontation von Ansprüchen wiedergutmachen kann, was ihnen angetan worden ist“<sup>34)</sup>. Doch erst, wenn der Forderung des Bundespräsidenten Rechnung getragen wird, „den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen“, dürfte eine wesentliche Voraussetzung für das endgültige Gelingen des Normalisierungsprozesses vorliegen.

<sup>32)</sup> In der Bundesrepublik Deutschland betreut das Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig die Veröffentlichungen, in Polen das Posener Institut Zachodni.

<sup>33)</sup> Vgl. Der Spiegel, Nr. 35 vom 28. August 1989.

<sup>34)</sup> R. von Weizsäcker (Anm. 29), S. 10.

## Georg W. Strobel: Politisches System und Pluralismus in Polen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12–13/90, S. 3–16

Der Beitrag analysiert — auf dem Hintergrund eines durch Symbole vermittelten Geschichtsbewußtseins — den politischen Machtwechsel in Polen, der durch die Bildung der unabhängigen selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarität“ 1980 eingeleitet wurde. An der Wiege des Durchbruchs zum politischen Pluralismus in Polen stand der Bankrott der bisherigen kommunistischen Herrschaft und ihrer Wirtschaftsreformpolitik. Er wurde aber erst dadurch ermöglicht, daß die formal noch verbotene, aber seit 1985/86 wieder in aller Öffentlichkeit wirkende Gewerkschaft „Solidarität“ die Schwächen der kommunistischen Partei- und Regierungspolitik konsequent ausnutzte und sich weit entschiedener als noch vor ihrem Verbot 1981 an staatspolitische Aufgaben heranwagte.

Die neue Entwicklung, die sich seit Mitte 1988 vollzog, war durch die Gespräche am Runden Tisch, die Parlamentswahlen im Juni 1989 und die Bildung einer Koalitionsregierung unter dem ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Mazowiecki gekennzeichnet. Diese stützt sich auf die „Solidarität“, schließt aber auch die Bauernpartei, die Demokratische Partei und die PVAP ein, was den Widerstand verschiedener Oppositionsgruppen hervorgerufen hat. Die Übernahme des kommunistisch geprägten Staatsapparates bringt wesentliche Erschwernisse für eine systempolitische Neuordnung mit sich. Die politische Pluralisierung zeigt ihre Auswirkungen sowohl auf gewerkschaftlicher Ebene, wo mehrere Neugründungen den beiden Gewerkschaftsgiganten, der „Solidarität“ und der alten offiziellen Gesamtpolnischen Gewerkschaftsvertretung (OPZZ), Konkurrenz machen als auch in der Parteienlandschaft, wo sich inzwischen ca. 40 Parteien den Richtungen der Bauernbewegung, der Christdemokratie, Nationaldemokratie, Sozialdemokratie, den Liberalen und der Ökologiebewegung zuordnen lassen. Zur Einordnung der politischen Organisation ist jedoch weniger deren schwer differenzierbare Programmatik als ihr Traditionsbezug hilfreich. Die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit Polens ist daher weitaus komplizierter als es die westliche Publizistik vermuten läßt. Der Umschichtungsprozeß in Polen ist von Unsicherheiten und Risiken begleitet, die durch die sozioökonomische Instabilität verstärkt werden, so daß die künftige Entwicklung viele Fragen offenläßt.

## Jerzy Holzer: Polens Weg aus dem Kommunismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12–13/90, S. 17–28

Das kommunistische System in Polen war gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung eingeführt worden und hatte daher nur eine geringe Akzeptanz, wie die Arbeiterunruhen 1956, 1970 und 1976 gezeigt haben. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) mußte 1980 ihren Anspruch, die führende Kraft des „Proletariats“ zu sein, an die Gewerkschaft „Solidarität“ abgeben. Ihre verlorene Legitimation konnte die Partei auch durch die Veränderung des Kriegsrechts im Dezember 1981 nicht zurückgewinnen.

Das Grundproblem der Partei in den Jahren 1982–1988 bestand darin, daß die Führung zwar erkannt hatte, das Land nur durch tiefgreifende Reformen aus der Krise führen zu können, doch fehlten ihr dazu die politischen Möglichkeiten. Der endgültige Zusammenbruch des traditionellen Systems wurde durch die sowjetische Perestrojka gefördert und 1988 eingeleitet. Die entscheidende Rolle bei dem Umgestaltungsprozeß in Polen spielte die „Solidarität“. Die Verhängung des Kriegsrechts hat sowohl die Organisationsstruktur als auch den Bewußtseinsstand in der „Solidarität“ tiefgreifend verändert. Unter den Bedingungen der Illegalität hörte sie auf, eine Gewerkschaft zu sein, und nahm vielmehr den Charakter einer konspirativen politischen Organisation an.

Durch die Gespräche am Runden Tisch Anfang 1989 erreichte die „Solidarität“ ihre Wiederzulassung und einen wesentlichen Einfluß auf die politische Umgestaltung des Landes. Bei den Parlamentswahlen im Juni 1989 entzog die überwiegende Mehrheit der Wähler den Kommunisten das Vertrauen. Zwar gelang es, die Wahl General Jaruzelskis zum Staatspräsidenten zu erreichen, doch mußte die PVAP die Bildung einer nichtkommunistischen Regierung unter Tadeusz Mazowiecki hinnehmen, wobei sie erst nach längeren Auseinandersetzungen eine Regierungsbeteiligung erwirken konnte. Die Auflösung der PVAP, die im Januar 1990 erfolgte, war jedoch nach diesem Machtverlust nicht mehr aufzuhalten.

Während die Kommunisten nach ihrer Aufspaltung von der politischen Bühne abtraten, richtet sich dort die „Solidarität“ als neue Kraft ein. Ungelöst bleibt vorerst die Frage, ob geeignete, neue politische Organisationsformen gefunden werden, um die aktuellen Probleme Polens zu bewältigen. Bei der Entwicklung des demokratischen Systems dürfte die Ausweitung der territorialen Selbstverwaltung künftig eine besonders wichtige Rolle spielen. Polens politische Zukunft hängt weitgehend auch vom Erfolg der Wirtschaftsreformen ab.

## **Heinrich Machowski: Polens schwieriger Weg in die Marktwirtschaft**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12—13/90, S. 29—38

Die wirtschaftliche Entwicklung Polens in den achtziger Jahren war negativ: Die Wirtschaftskrise, in die das Land 1979 geraten ist, konnte bisher nicht überwunden werden. Die mehrfachen Versuche der politischen Führung, das Wirtschaftssystem zu reformieren und es dadurch effizienter zu gestalten, sind im Sande verlaufen. Das vergangene Jahr lieferte dafür einen aktuellen Beleg: Polens Wirtschaft hat 1989 ein schlechtes Ergebnis erzielt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stagnierte; sie lag immer noch unter dem Niveau von 1978, dem letzten Vorkrisenjahr. Privater Konsum — und damit auch der Lebensstandard — sowie Investitionen gingen zurück. Das Ungleichgewicht auf dem inländischen Produktions- und Konsumgütermarkt hat sich verschärft. Seit der Freigabe der Nahrungsmittelpreise im August 1989 herrscht eine Hyperinflation. Die Auslandsverschuldung in harter Währung hat weiter zugenommen.

Die Regierung Rakowski hatte zur Jahreswende 1988/89 ein Paket von Reformmaßnahmen beschlossen: Gewerbefreiheit, Öffnung des Landes für Auslandskapital, neues Bankensystem, Deregulierung des Außenhandelsmonopols, freier Devisenhandel für Privatpersonen, Abschaffung der zentralen Wirtschaftsplanung. Auch diese Reform hat in der Praxis keine positiven Wirkungen gezeigt.

Die Regierung Mazowiecki, seit September im Amt, versucht, mit einer Schock-Therapie eine Wende zum Besseren einzuleiten: Mit einer Freigabe der Preisbildung, einem Abbau der staatlichen Subventionen und mit der Einführung einer partiellen Konvertibilität des Zloty gegenüber westlichen Währungen will man die wirtschaftliche Lage stabilisieren und zugleich die Grundlagen für eine funktionsfähige Marktwirtschaft schaffen. Die Kosten des Programms, an dem der Internationale Währungsfonds (IWF) maßgeblich beteiligt war, lauten: Arbeitslosigkeit, Betriebsbankrotte, zunehmendes Elend der wirtschaftlich Schwächsten. Was die Erfolgsaussichten angeht, so regiert bestenfalls das Prinzip Hoffnung. Es gibt indes zwei Lichtblicke: die anhaltende Unterstützung der Regierung Mazowiecki durch die Mehrheit der Bevölkerung und die zugesagte, massive wirtschaftliche Hilfe des Westens. Gelingt der erste polnische Versuch, die Marktwirtschaft einzuführen?

## **Jörg K. Hoensch: Der Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen. Hintergründe und Belastungen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12—13/90, S. 39—51

Die bis heute in Polen lebendige Erinnerung an die Schrecken der deutschen Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg und die bitteren Erfahrungen des Verlusts der Heimat bei den vertriebenen Deutschen haben die Einleitung und konsequente Durchführung einer Politik der Normalisierung schwer belastet. Wachsender Druck der NATO-Partner und ein Meinungswandel in der westdeutschen Öffentlichkeit beeinflussten seit Ende der fünfziger Jahre die Auseinandersetzung um eine realitätsbezogene Neuorientierung der Osteuropapolitik, die dann von der sozialliberalen Koalition nach 1969 umgesetzt wurde.

Der während der Ratifikationsdebatte um den Warschauer Vertrag im Frühjahr 1972 in der Bundesrepublik Deutschland entbrannte heftige Streit beeinträchtigte den schwierigen Annäherungsprozeß ebenso nachhaltig wie die allzu hoch gespannten Erwartungen auf großzügige Wirtschaftshilfe und Entschädigung der Kriegsoffer auf polnischer Seite. Auch nachdem 1975/76 die meisten Konfliktherde beseitigt worden waren, wollte sich die vielbeschworene „Normalität“ im bilateralen Verhältnis nicht einstellen, zumal die Ausrufung des „Kriegerischen Zustands“ am 13. Dezember 1981 die Beziehungen belastete. Erst nach 1985 kam es erneut zu vorsichtigen Fühlungen, die — begünstigt durch das im April 1989 am „Runden Tisch“ erzielte Einvernehmen über eine grundlegende Reform des politischen und sozioökonomischen Systems — ihren vorläufigen Höhepunkt während des Besuchs von Bundeskanzler Kohl im November 1989 in Polen erreichte.

An dem Bemühen um eine „endgültige Aussöhnung“ der beiden Nachbarvölker haben neben den politisch Verantwortlichen die Kirchen, die Gewerkschaften, die Stiftungen der Parteien, die Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen sowie zahlreiche Repräsentanten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur mitgewirkt. Mit Hilfe von staatlichen, kommunalen und privaten Initiativen konnten so die Erblasten der Vergangenheit reduziert werden — nicht zuletzt deshalb, weil sich Medien und Schulen in beiden Ländern ihrer Verantwortung bewußt sind, tradierte Vorurteile abzubauen und im Geiste der Völkerverständigung und Friedenswahrung Verständnis für die Lebensinteressen und die besonderen Voraussetzungen des jeweils anderen Landes zu wecken.

# Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem  
Inhaltsverzeichnis



**nur 25,- DM**  
zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

**neu 1988**

**Jetzt bestellen!**  
Auslieferung nach  
Fertigstellung und Bestelleingang

*Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)*

**Jahrgänge: 1984 – – – 1987**



Bundeszentrale  
für politische  
Bildung

Bestell- DAS PARLAMENT, Vertriebsabteilung  
Adresse: Fleischstraße 62-65, D-5500 Trier

## Jahresband 1988

**DAS  
PARLAMENT**

der Wochenzeitung

**nur 39,- DM**

zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

bei der gleichen Adresse erhältlich.

Gebunden. *Nur begrenzte Auflage!*